



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

40. Sitzung

4. Wahlperiode

Mittwoch, 23. Juni 2004, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 GO LT	2261	Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD: Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern – FTG M-V –) – 3. ÄndG FTG M-V – (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/738 –	2274
Beschluss zur Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	2261	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 4/1246 –	2274
Wolfgang Riemann, CDU (zur Geschäftsordnung)	2261	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS – Drucksache 4/1266 –	2274
Ute Schildt, SPD (zur Geschäftsordnung)	2261	Siegfried Friese, SPD	2274
Beschluss	2261	Heinz Müller, SPD	2274
		Wolf-Dieter Ringguth, CDU	2276
		Peter Ritter, PDS	2278
		Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	2278
		Beschluss	2279, 2280, 2307
Aktuelle Stunde Situation und Perspektive von Schule in Mecklenburg-Vorpommern	2262	Erklärung zur Abstimmung des Abgeordneten Eckhardt Rehberg, CDU, gemäß § 97 GO LT	2280
Angelika Gramkow, PDS	2262		
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU	2263		
Heike Polzin, SPD	2264		
Andreas Bluhm, PDS	2266		
Torsten Renz, CDU	2267		
Mathias Brodkorb, SPD	2270		
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	2272		
		Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Spielbankgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Spielbankgesetz – SpielBG M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/893 –	2280

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**

– Drucksache 4/1254(neu) – 2280

Beschluss 2280

Gesetzentwurf der Landesregierung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
zum Lotteriewesen in Deutschland und zum
Staatsvertrag über die Regionalisierung von
Teilen der von den Unternehmen des Deutschen
Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/1094 – 2281

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**

– Drucksache 4/1224 – 2281

Beschluss 2281

Gesetzentwurf der Landesregierung:

**Entwurf eines Gesetzes über Seilbahnen
im Land Mecklenburg-Vorpommern
(Landesseilbahngesetz – LSeilbG M-V)**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/1099 – 2281

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses**

– Drucksache 4/1247 – 2281

Andreas Petters, CDU 2281

Dr. Ulrich Born, CDU 2282

Minister Dr. Otto Ebnet 2283

Beschluss 2284

Gesetzentwurf der Landesregierung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der
Zoo-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/1100 – 2284

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Umweltausschusses**

– Drucksache 4/1252 – 2284

Birgit Schwebs, PDS 2284

Beschluss 2285

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:

**Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung
der Verwaltung und Vereinfachung von Ver-
waltungsgesetzen in Mecklenburg-Vorpommern
(Erste Lesung)**

– Drucksache 4/1228 – 2286

Eckhardt Rehberg, CDU 2286

Minister Erwin SELLERING 2288

Gabriele Schulz, PDS 2291

Heinz Müller, SPD 2292

Dr. Ulrich Born, CDU 2293

Beschluss 2296

Antrag der Fraktion der CDU:

**Liquidität und Wettbewerbsfähigkeit der Land-
wirtschaftsbetriebe Mecklenburg-Vorpommerns
durch Verpachtung und Verwertung von
landwirtschaftlichen Nutzflächen sichern**

– Drucksache 4/1235 – 2296

Beate Schlupp, CDU 2296

Minister Dr. Till Backhaus 2297, 2305, 2306

Alexa Wien, PDS 2300

Renate Holznagel, CDU 2301

Lilly Kühnel, SPD 2302

Udo Timm, CDU 2304, 2306

Beschluss 2306

Nächste Sitzung

Donnerstag, 24. Juni 2004 2306

Beginn: 10.00 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Guten Morgen, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bitte Sie Platz zu nehmen, damit wir pünktlich beginnen können.

Ich begrüße Sie zur 40. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 40. und 41. Sitzung liegt Ihnen vor.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 18 nach Tagesordnungspunkt 15 und den Tagesordnungspunkt 16 nach Tagesordnungspunkt 17 zu beraten. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 40. und 41. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der CDU liegt Ihnen auf Drucksache 4/1260 ein Antrag zum Thema „Prüfung von FFH-Gebieten aus sozioökonomischer Sicht/ Peenevertiefung“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Ich gebe damit Herrn Riemann das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages. Bitte.

Wolfgang Riemann, CDU (zur Geschäftsordnung): Die CDU-Fraktion stellt folgenden Dringlichkeitsantrag: „Prüfung von FFH-Gebieten aus sozioökonomischer Sicht/ Peenevertiefung“.

„Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, kurzfristig die großflächig gemeldeten FFH-Gebiete im Bereich des Peene-Stroms nördlich von Wolgast, im Bereich der Wismarer und Stralsunder Hafenzufahrt sowie im Bereich des Plauer Sees und der Müritz aus sozioökonomischer Sicht erneut zu prüfen und gegebenenfalls zurückzuziehen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die von der Stadt Wolgast, der Wolgaster Hafengesellschaft und der Peene-Werft am 9. Dezember 2002 beantragte Peenevertiefung unverzüglich für den Bundesverkehrswegeplan nachzumelden bzw. sich dafür bei der Bundesregierung einzusetzen, dass die beantragte Maßnahme mittelfristig außerhalb des Bundesverkehrswegeplanes durch den Bund realisiert wird.
3. Zur Realisierung der Ziffern 1 und 2 wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag bis zum 15. September 2004 zu berichten. Zu diesem Zeitpunkt soll die Landesregierung über die Bedenken des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei und des Wirtschaftsministeriums zur Ausweisung und Meldung der FFH-Gebiete für das Land Mecklenburg-Vorpommern berichten.

Begründung:

Die Verbreiterung und Vertiefung der Hafenzufahrt Wolgast ist zwingend erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft zu erhalten und damit Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft im Lande zu erhalten und aus-

zubauen. Wenn die Landesregierung jetzt nicht handelt, ist mit einer Lösung im Sinne der Beteiligten in diesem Jahrzehnt nicht mehr zu rechnen. Die Prüfung der FFH-Meldungen für die Wismarer und Stralsunder Hafenzufahrt dient dem Erhalt dieser Hafenstandorte. Eine erneute Prüfung der FFH-Meldung des Plauer Sees und der Müritz würde die dortigen Möglichkeiten der touristischen Erschließung verbessern.“

Dringlich ist dieser Antrag auch deshalb, weil mit der Meldung der FFH-Gebiete im nördlichen Peenestrom und mit der Nichtmeldung in den Bundesverkehrswegeplan der Peenevertiefung die Peene-Werft bedroht ist. Wir müssen die Weichen jetzt stellen und politischen Rückenwind nach Berlin aussenden.

Ich denke, wenn ein Antrag im Dezember 2002 gestellt ist und am 14.01.2003 durch die Unterschrift des Wirtschaftsministers bestätigt worden ist, dann ist sehr viel Zeit vergangen. Diese Zeit müssen wir jetzt aufholen.

Ich denke auch, der vom Umweltminister proklamierte Bestandsschutz durch FFH-Gebiete ist ein Stillstand. Einen Stillstand können wir in diesem Land nicht zulassen, sondern wir müssen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Riemann.

Das Wort zur Gegenrede wird gewünscht. Das Wort hat jetzt Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD (zur Geschäftsordnung): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit der Problematik des Antrages in seiner letzten Sitzung befasst,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der ist belogen worden.)

und dazu das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium zur Sachlage gehört. Er hat sich davon überzeugt, dass an der Problematik gearbeitet wird.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sicherlich wird der Wirtschaftsausschuss das Verfahren auch weiterhin begleiten und sich über das Verfahren informieren. Der Antrag zur Dringlichkeit zur Bearbeitung dieser Problematik steht in der heutigen Sitzung damit nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wird weiter das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage abstimmen. Wer für die Erweiterung der Tagesordnung durch diese Vorlage ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei einer Gegenstimme der Fraktion der PDS und bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, nach Paragraph 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die 40. und 41. Sitzung den Abgeordneten Vincent Kokert zum stellvertretenden Schriftführer.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der PDS hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Situation und Perspektive von Schule in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Aktuelle Stunde Situation und Perspektive von Schule in Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dieser Woche endet das Schuljahr und am 12. Juni war Lehrertag. Ich danke allen Lehrerinnen und Lehrern für ihre geleistete Arbeit

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das
ist billig, Frau Gramkow!)

und das große Engagement trotz der schwierigen Bedingungen, die wir im Lande haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und den Schülerinnen und Schülern, die ihre Prüfungen abgeschlossen haben, möchte ich dazu sehr herzlich gratulieren und ihnen wünschen, dass sie eine Lehrstelle oder einen Studienplatz bekommen. Und für alle zusammen können wir ja heute auch einmal sagen: Schöne Ferien!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die Situation in den Schulen ist nach wie vor kompliziert. Auf der Landtour der PDS-Landtagsfraktion im Frühjahr wurden insbesondere folgende Problemfelder deutlich:

Erstens. Es gibt erhebliche Probleme bei der Erhaltung von Schulstandorten im ländlichen Raum. Ursachen dafür sind die demographische Entwicklung, die zerfaserte Gliederung des Schulsystems und die verschiedenen Schularten in Mecklenburg-Vorpommern. Bekanntlich haben wir davon ja sogar fünf. Es kommt damit zu einer zunehmenden Konzentration an zentralen Orten. Dies verlängert die Schulwege und erhöht die Kosten der Schülerbeförderung.

Zweitens. An kleinen Schulen ist es problematisch, eine chancengleiche Bildung umzusetzen. Dies liegt am System, weil die Anzahl der Schülerinnen und Schüler die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer bestimmt. Das führt zu Einschränkungen der Möglichkeiten beim Wahl- und Wahlpflichtangebot, aber auch bei den Kurssystemen an kleinen Gymnasien. Der Vertretungsunterricht ist häufig aus eigener Kraft nicht mehr zu leisten und die Bindung von Lehrkräften an eine Schule ist wegen des Einsatzes an mehreren Schulen kaum noch möglich.

Drittens. Die Wahrnehmung der Erziehungsfunktion wird in den Schulen immer schwieriger. Die Lehrerinnen und Lehrer beklagen sich zu Recht, dass sie zunehmend gesellschaftliche Defizite und immer öfter Erziehungsdefizite von Elternhäusern ausgleichen müssen. Die Zahl von emotional- und verhaltensgestörten Kindern nimmt erheblich zu.

Meine Damen und Herren, die aktuellen Probleme sind so, wie sie sind. Es macht keinen Sinn, sie zu beschöni-

gen, zu verniedlichen oder sie gar zu ignorieren. Es nützt nichts, sie müssen perspektivisch, das heißt für uns, im nächsten oder übernächsten Schuljahr gelöst werden. Welche Vorstellungen wir dazu haben, dazu wird Andreas Bluhm anschließend reden.

Ein Wort an die CDU-Opposition: Sie werden meine Ausführungen zum Anlass nehmen, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen wegen ihrer Arbeit und ihrer Entscheidung zu kritisieren. Das ist Ihr Recht.

(Andreas Petters, CDU: Und unsere Aufgabe.)

Aber bedenken Sie dabei bitte, dass Entscheidungen im Bildungsbereich und ihre Folgen manchmal erst nach mindestens zehn Jahren sichtbar werden.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Insoweit haben Sie vor allem durch die Einführung des gegliederten Schulsystems und den Stundenkürzungen von 1992/93

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

wesentliche Grundlagen für die heutige Situation im Bildungsbereich gelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Stellen Sie sich als CDU zu dieser Verantwortung!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Gestatten Sie mir als Finanzerin ein Wort. Obwohl ich immer wieder höre, dass die Bildung das Sparschwein des Landes ist, wird die Behauptung durch häufige Wiederholung nicht richtiger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Wir haben in den letzten Jahren viel Geld in den Bildungsbereich investiert. Das Problem ist, dass der Nutzeffekt offensichtlich nicht ausreichend sichtbar wird, denn mehr Unterricht bringt doch eigentlich mehr Bildung. Das müssen wir prüfen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Finanzmittel des Landes werden in absehbarer Zeit nicht besser. Deshalb wird die Nutzeneffizienz ihrer Verwendung ein aktuelles Thema bleiben. Und das, meine Damen und Herren, steht für mich nicht im Widerspruch dazu, dass eine gute Bildung auch das nötige Geld braucht. Ich glaube allerdings, dass ein gut durchdachtes und einfach strukturiertes Bildungssystem nicht nur mehr Chancengleichheit bietet, sondern effektiver und kostengünstiger ist als das, was wir gegenwärtig im Lande haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich warne aber gleichzeitig davor, dass notwendige bildungspolitische Entscheidungen ausschließlich unter dem finanziellen Gesichtspunkt möglicher Einsparungen getroffen werden. Was letztlich Geld kostet, muss auch finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Fiedler-Wilhelm von der Fraktion der CDU.

Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als das Thema dieser Aktuellen Stunde „Situation und Perspektive von Schule in Mecklenburg-Vorpommern“ – vorgeschlagen von der PDS-Fraktion – in der letzten Woche bekannt wurde, haben wir uns schon etwas verwundert die Augen gerieben. Während der erste Teil des Themas schon leicht masochistische Anwandlungen vermuten lässt – denn es ist genau Ihre Politik, Frau Gramkow, die Sie hier zu verantworten haben und die Sie hier bemängeln –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

sagt uns der andere Teil im Ganzen nichts Gutes. Ich komme darauf noch einmal zurück.

Wie es um die Situation unserer Schulen als Ergebnis der Bildungspolitik in diesem Land bestellt ist, wurde auf den landesweiten Protesten, zu denen der Landeselternrat am 26. Mai aufgerufen hatte, mehr als deutlich. Pünktlich zum Abschluss des Schuljahres 2003/2004 haben der Landeselternrat und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – übrigens der strategische Partner von SPD und PDS – noch einmal ganz klar formuliert, wie sich die neuesten bildungs- und finanzpolitischen Maßnahmen für die Schüler und Lehrer tatsächlich im Lande auswirken.

Ich darf Frau Lindner, GEW-Landesvorsitzende, in einer DPA-Meldung vom 21.06. zitieren: „Größere Klassen, eingeschränktes Fachangebot und weiterhin hoher Unterrichtsausfall zeigen,“ – Frau Gramkow – „dass es nicht besser, sondern schlechter geworden ist.“

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Die Vorsitzende des Landeselternrates Annegrit Schulz beklagt darüber hinaus den fehlenden bildungspolitischen roten Faden beziehungsweise ein langfristiges strategisches Konzept. Sie beklagt schlechte Rahmenbedingungen für die personelle Ausstattung von Ganztagschulen – übrigens dem viel gepriesenen Prestigeobjekt des Kanzlers im Bereich Bildung – oder die Degradierung von Bildung zum Sparschwein für den Landeshaushalt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Die Beschwerde der GEW über die mangelhafte Förderung sozial benachteiligter, lernschwacher und behinderter Kinder und die Streichung der unterrichtsbegleitenden Betreuung von Schülern mit Lese- und Rechtschreibschwäche sowie die starke Einschränkung der Betreuung schwerstbehinderter Kinder und Jugendlicher an den Schulen zur individuellen Lebensbewältigung durch das Personal mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung führt uns die unselige Förderdebatte von vor einem Jahr genau noch einmal und deutlich vor Augen.

Die Lernbedingungen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollten sich in diesem Jahr aber nicht verschlechtern. Das wurde beteuert. Versprochen wurde ein Förderschul- und Integrationskonzept, zu dessen Erarbeitung die integrierenden Regelschulen dem Vernehmen nach allerdings nicht eingeladen sind. Ergebnisse gibt es freilich noch keine, wohl aber die Warnung der Kollegen vor der Integration zum Nulltarif. Die Erfahrung, dass neue Konzepte oder Programme fast immer wohlklingende Sparprogramme sind, scheint tief zu sitzen.

Seit einem Jahr nun beschäftigt uns das Thema der Unterrichtsversorgung. Wurden unsere Warnungen und Anträge zunächst ignoriert, so konnte der chaotische Schulstart über die deutlichen Defizite nicht mehr hinwegtäuschen. Im Herbst wurde dann auch endlich einmal zugegeben, dass durch unterschiedliche Berechnungen der Schulämter und des Ministeriums eine erhebliche Lücke bei der Unterrichtsversorgung durch fehlende Lehrerstellen bestand. Dies musste von den Schulen über Jahre hinweg irgendwie kompensiert werden mit den bekannten negativen Auswirkungen auf Unterricht und Schulleben, mit Verstärkungsmitteln für Vertretungsunterricht im letzten Jahr und der Rückgabe – Rückgabe, nicht zusätzliche Stellen, Frau Gramkow – von nur 200 Lehrerstellen ins System. Für die Unterrichtsversorgung im nächsten Jahr sollte das Thema erledigt sein. Eine längst überfällige übereinstimmende Bedarfsberechnung allerdings von Lehrerstellen wurde bislang noch immer nicht vorgenommen.

Die allorts beklagten Parameterverschlechterungen, die auf dem Papier die restlichen 683 Stellen rechnerisch erbringen sollen, dürfen als Allheilmittel zu Recht angezweifelt werden. Schon wieder werden schlechte Planungsvorbereitungen auf das nächste Schuljahr laut und wieder wird der Schwarzer Peter zwischen Schulen und Verwaltungen hin und her geschoben.

Laut einem Artikel im „Nordkurier“ vom 06.06. schwebt das Damoklesschwert fehlender Lehrerstellen wie befürchtet übrigens auch in den kommenden Jahren über den Schulen. Sollten wir heute hören, wie damit in nächster Zukunft umgegangen werden soll, dann hätte in meinen Augen diese Aktuelle Stunde auch einen Sinn.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns heute über Perspektiven von Schulen in unserem Land unterhalten, dann müssen wir eine Antwort darauf geben, welchen Stellenwert die Bildung für uns wirklich besitzt und wie wir unsere junge Generation gedenken, auf die hohen Anforderungen einer veränderten Arbeitswelt in einem globalen Markt vorzubereiten und damit unsere eigene Zukunft zu sichern. Es reicht nicht, das Jahr 2004 zum Jahr der Bildung auszurufen und dabei auf Ganztagschulmillionen des Bundes, neue Schulmodelle und ein verkorkstes Kita-Gesetz zu verweisen.

Äußere Strukturen oder Bauinvestitionen helfen uns nicht weiter. Es gilt, eine hohe Qualität von Bildung und Erziehung in der Schule im engen Zusammenspiel mit allen Beteiligten und besonders mit den Eltern für die Schulen zu sichern oder zurückzuholen. Gerade in den letzten Monaten wurde hier im Landtag in ausführlichster Weise über die Qualität von Schulbildung gesprochen, und zwar als es um die Unterrichtsversorgung, das Vorschuljahr oder die Erziehungsfunktion von Schule ging. Spaß haben diese traurigen Fakten wohl keinem von uns gemacht. Allein die Quote von zehn Prozent aller Absolventen ohne Schulabschluss ist ein alarmierendes Zeichen. Ich habe allerdings die Befürchtung, dass die heutige Diskussion dazu dienen soll, einmal mehr eine Systemdebatte vom Zaum zu brechen, vor der ich nur warnen kann.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Kein Schulsystem, meine Damen und Herren, egal wie es aussieht oder nach wessen Vorbild es aufgebaut werden soll, wird eine schulische Ausbildung auf hohem Niveau mit den gewünschten Ergebnissen garantieren,

wenn es nicht finanziell auskömmlich, pädagogisch vernünftig und möglichst frei von staatlicher Gängelung ausgestattet wird. Die CDU-Bildungspolitik in den ersten vier Jahren nach der Wende als allgemeine und immerwährende Ursache für schlechte Bildungspolitik in diesem Land und schwachen Output zu bezeichnen, das zieht nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Das war der Beginn der schwachen Bildungspolitik. Sie waren doch gar nicht dabei. Sie haben das doch gar nicht miterlebt.)

Ich darf daran erinnern, dass das Bildungsressort seit zehn Jahren in SPD-Hand liegt und für SPD und PDS seit sechs Jahren bequeme Mehrheiten bestehen, in der längst ein genehmes System hätte eingeführt und etabliert werden können, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Recht haben Sie. Sie haben Recht.)

Aber stattdessen ständig neue Experimente, ohne Ahnung zu haben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

wo man eigentlich hin will.

(Angelika Gramkow, PDS: So ist das mit den Mehrheiten, Frau Fiedler.)

Sowohl das Abitur nach 13 Jahren, das entgegen dem Bundestrend erst eingeführt, dann wieder abgeschafft wurde, die Orientierungsstufe, die ohne entsprechenden Rahmen den gymnasialen Bildungsgang zusätzlich verkürzt, verschiedenste Arten im Bereich der weiterführenden Schulen – Sie haben es selbst angesprochen, Frau Kollegin Gramkow –, Einführung einer überflüssigen obligatorischen Prüfung nach Klasse 10 am Gymnasium, Reform der gymnasialen Oberstufe mit Spareffekten, Integrationsansatz und nicht zu vergessen, die Einführung der Regionalen Schule. Dieses Reformkind kann schon jetzt als gescheitert angesehen werden, weil es seinen Anspruch, nämlich ein breites Fächerangebot für eine gute Vorbereitung auf die spätere Berufsausbildung, und zwar aufgrund der schon genannten Maßnahmen, eben nicht erfüllt.

Die versprochenen Förder- und Teilungsstunden für die gesamte Orientierungsstufe beschränken sich seit langem nur noch auf die Klasse 5 und fallen nicht selten im Schulalltag der Absicherung von normalen Unterrichtsstunden zum Opfer. Die sinkende Zahl von Anmeldungen, in diesem Jahr sind es sieben Prozent der Fünftklässler weniger, zeugt von dem starken Misstrauen der Eltern dieser Schulart gegenüber. Das hinter der Regionalen Schule stehende pädagogische Konzept konnte den Eltern auch im dritten Jahr nach ihrer Einführung nicht vermittelt werden. Die Flucht aufs Gymnasium nimmt in einigen Regionen des Landes so auch erhebliche Ausmaße an.

Aber ist dies immer zum Wohle des einzelnen Kindes? Die Eltern wollen ihre Kinder nicht wie Versuchskaninchen behandeln und haben es wie die Lehrer satt, ständig mit neuen Schulformen, Strukturdebatten, Konzepten, Programmen, Modellversuchen et cetera konfrontiert zu werden. Sie entscheiden sich für eine weiterführende Schulart, die seit 14 Jahren in unserem Land existiert, der sie am meisten vertrauen und wo sie beste Bildungschancen für ihre Kinder vermuten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie schauen so gerne nach Finnland. Hier hat man sich 14 Jahre lang mit der Einführung eines neuen Schulsystems Zeit gelassen und genau überlegt, was man will, es konsequent eingeführt,

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

über Jahre verbessert und vom Inhalt her den neuen Anforderungen ständig angepasst. Alle zehn Jahre werden nämlich die Bildungspläne neu geschrieben, die Strukturen werden aber nicht verändert.

(Reinhard Dankert, SPD: 14 Jahre sind ja auch so langsam um.)

Die Herumdoktorei, meine Damen und Herren, muss aufhören! Jedes System, jede Schulart und -form müssen scheitern, wenn sie zum Angriffspunkt von Sparmaßnahmen werden, über die auch noch so fantastische Namensgebungen nicht hinwegtäuschen können. An dieser Stelle wünsche ich mir einfach auch ein Stückchen mehr Ehrlichkeit in dieser Debatte.

(Andreas Bluhm, PDS: Ich auch, Frau Fiedler, ich auch.)

Ersparen Sie uns neue Strukturdebatten! Stehen Sie zur Regionalen Schule, die Sie gerade erst eingeführt haben! Lassen Sie nicht ganze Schülergenerationen durch immer schlechter ausgestattete Systeme gehen, um durch deren unvermeidliches Scheitern die Wiedereinführung des von Ihnen favorisierten Schulsystems zu legitimieren!

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Frau Fiedler, das war ja eine Kapriole.)

Lassen Sie Schulen in Ruhe arbeiten, sie sind nämlich schon froh, wenn wenigstens die Verschlechterungen bei den Parametern berechenbar sind

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

und man sich rechtzeitig auf sie einstellen kann, gerade zum Ende des Schuljahres!

Rahmenbedingungen, wie stabile Lehrerkollegien, Unterrichtsgarantie, motivierte und engagierte Lehrer, Lernangebote und größtmögliche individuelle Förderung – sei es für Hochbegabte oder für Lernschwache, um nur zwei Beispiele zu nennen – haben nichts mit Systemen zu tun, sondern mit Ausstattung und mit Konsequenz. Und hier ist die gesamte Landesregierung in der Pflicht, nicht nur der Bildungsminister allein, denn den ständigen Bekenntnissen für Bildung müssen auch einmal in Zahlen messbare Taten folgen.

(Torsten Koplin, PDS: Ihr müsst jetzt klatschen! –
Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Fiedler-Wilhelm.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich räume ein, als ich den Titel der Aktuellen Stunde sah, da hielt sich meine Begeisterung in Grenzen. Ich denke, eines muss ich meinem Koalitionspartner wirklich zugute halten, denn die drängenden Probleme packen sie offensiv an. Es ist auch wirklich an der Zeit, die Dinge zu benennen, wie sie sind. Ich habe der

Analyse von Frau Gramkow im Prinzip nichts hinzuzufügen, die ist aus unserer Sicht auch so zu sehen, denn es besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Aber ich teile auch absolut die Auffassung, dass das, was zurzeit in der Öffentlichkeit in einem Rundumschlag kolportiert wird, so nicht stimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auch bei aller Auseinandersetzung mit den wirklichen Problemen ist es wenig hilfreich, wenn man zusätzlich mit pauschalisiertem Draufhauen die Stimmung an Schulen so verschlechtert, dass sich das letztendlich auch wieder auf das Lernklima auswirkt. Das halte ich auch nicht für ein verantwortungsvolles Umgehen mit dem Thema.

(Torsten Renz, CDU: Wer haut drauf?)

Wir haben im Moment oder in der jüngsten Vergangenheit eigentlich schon bessere Ansätze zu dem Thema gehabt.

Und jetzt komme ich einmal zu dem, was Frau Fiedler hier in die Debatte eingebracht hat. Frau Fiedler, Sie erwarten im Moment die Quadratur des Kreises.

(Egbert Liskow, CDU:
Und Sie wollen sie machen.)

Sie sagen: Lassen Sie die Schulen in Ruhe und machen Sie nicht laufend neue Experimente! Sie beklagen aber das Ist in den schlimmsten schwarzen Tönen. Was denn nun, Frau Fiedler?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Was ändern oder es so lassen wie es ist, Frau Fiedler?

Ich habe aus den letzten Jahren aktiv mitgestalteter Bildungspolitik auch einige Erfahrungen gemacht. Und man muss ja hier einmal eins klar benennen, deshalb würde ich auch sagen, alle Parteien dieses Parlamentes haben Mitverantwortung an dem, was Bildung heute ausmacht. Die grundsätzlichen Weichen – wer auch immer hier die Mehrheiten gehabt hat – sind natürlich gleich nach der Wende gelegt worden. Zu der Zeit hat man sich entschieden, welches neue Bundesland welchen Weg gehen wird. Die neuen Bundesländer haben sich unterschiedlich entschieden. Und wenn ich daran denke, welchen Weg beispielsweise Thüringen gegangen ist, die hatten nicht den Ehrgeiz, das dreigliedrige Schulsystem durchzudrücken, hier gab es im Übrigen auch CDU-Mehrheiten.

(Angelika Gramkow, PDS:
Zwölf Jahre beibehalten.)

Es muss etwas damit zu tun gehabt haben, dass sich dort offensichtlich am Anfang Sachpolitik mehr durchgesetzt hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Torsten Koplin, PDS: So ist das.)

die in der Tat doch auch parteienunabhängig ist. Sie sind also diesen Weg, der für unser System hier inkompatibel war, ganz einfach nicht gegangen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich erkläre
Ihnen gleich einmal das thüringische
Schulsystem, Frau Polzin!)

Ach nee! Von Ihnen, Herr Rehberg, das muss nun nicht sein, wirklich nicht.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich will damit nur sagen, die sind nicht das dreigliedrige Schulsystem gegangen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Natürlich haben sie das gemacht!)

Nein, das haben sie nicht! Da müssen Sie einfach noch mal gucken. Es ist jetzt aber auch nicht mein Thema, mich mit Ihnen herumzustreiten, denn das würde ich gar nicht so sinnvoll finden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie sollten sich
auch einmal mit der Situation von Schulen
in Mecklenburg-Vorpommern befassen!
Das wäre sicherlich viel besser.)

Ja, diese Situation resultiert unter anderem daraus.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Und Sie tragen zehn
Jahre die politische Verantwortung für die
Schulen in Mecklenburg-Vorpommern!)

Der zweite Faktor dabei, auch den halte ich in der Regel für relativ nicht schuldzurechnungsfähig, ist der demographische Faktor. Das, was bei den Schulen im Moment wirklich demoralisierend wirkt, ist die Standortunsicherheit. Was wird morgen mit meiner Schule? Muss ich mich dort noch engagieren? Sollten wir noch sehen, dass die Sachausstattung besser wird? Das ist natürlich etwas, was auch im Zusammenhang mit den Folgen für die Lehrer, sprich LPK, unsere Stimmung in der Bildung negativ beeinflusst.

Nun frage ich aber: Warum sollten wir das hier als gegenseitige Schuldzuweisung in der Verkämpfung wählen? Das ist ein Fakt und mit dem gehen alle neuen Bundesländer um. Ich habe noch von keinem der neuen Bundesländer gehört, dass es dort zufrieden stellende Lösungen gibt. In einem Bereich geht es um Entlassungen und im anderen geht es um Teilzeit von Anfang an. Jeder versucht, mit diesen Problemen nach bestem Wissen und Gewissen umzugehen. Ich würde es für viel wichtiger halten, an der Stelle zu sagen: Wie können wir gemeinsam eine Lösung finden, die ein bisschen kühner ist, als Jahr für Jahr das langsame Sterben von Schulstandorten?

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Meiner Meinung nach wird damit die Schulentwicklung mit zwei Parametern dringend zu diskutieren sein. So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Gehen wir weiter die zaghaften Schritte, die immer versuchen, Mehrheiten bei Bildungsbetroffenen mit ins Boot zu nehmen, oder wagen wir in der Tat auch mal einen kühneren Schritt?

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das hätten
Sie vor sechs Jahren schon tun sollen!)

Was SPD-Politik zu dem Thema gemacht hat, das muss ich einfach aus der Erfahrung sagen, ist, dass wir sehr vorsichtig und teilweise sogar halbherzig reagiert haben, um gegenzusteuern. Die Programme, die in den letzten Jahren von unserer Seite kamen, die waren alle richtig, aber ihnen fehlt der Zusammenhalt und ihnen fehlt im Grunde wirklich das Ziel, das zu definieren ist.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich erinnere an unseren Erziehungsantrag in der letzten Sitzung, das Thema ist richtig und ich erinnere daran, dass Schulen mehr Selbständigkeit haben müssen, auch das Thema ist völlig in Ordnung. Ich erinnere daran, dass

wir ein IT-Programm aufgelegt haben, auch das ist richtig. Aber was, meine Damen und Herren, ist mit dem Ausbau von Ganztagschulen? Sind das etwa falsche Themen? Sie sind in Ordnung und nichtsdestotrotz werden sie in der ganzen Ebene verkleckert, weil uns die gemeinsame Zielstellung dabei fehlt. Ich denke, es fehlt auch der kühne Ansatz zu sagen: Wir überlegen neu!

Die Standortfrage ist dabei ein ganz wichtiger Bereich. Sinnvolle pädagogische Systeme sind in der Regel nicht diese kleinen Kollegien, obwohl ich diese kleinen Schulen wirklich sehr gut kenne. Frau Gramkow hat bereits ausgeführt, welche negativen Auswirkungen sie auf Vertretbarkeit, fachlichen Unterricht und so weiter haben. Da muss man, denke ich, in der Tat einen größeren Schritt machen. Was aber die Qualitätssicherung von Schule anbelangt,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

unter dieser Überschrift haben wir hier vor Jahren bereits angefangen, heißt auf alle Fälle, bessere Beratung und Kontrolle von Schule,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

bessere Koordinierung, gesicherte Berechnung und Ausstattung. Für mich ist die Überarbeitung des Lehrpersonalkonzeptes in der Richtung ganz wichtig, damit man gerade im Sekundarbereich II wirklich überlegt, ob Fachlichkeit das einzige Kriterium mit den folgenden Ungerechtigkeiten sein kann, dass ein Russisch- und Geschichtslehrer wegen seiner Fachwahl wesentlich weniger Unterrichtsstunden bekommt als ein Philosophie- und Englischlehrer und ob man nicht versucht, über einen Schulpool mehr Gerechtigkeit und auch mehr Möglichkeiten ins System zu bringen, damit beispielsweise der Lehrertourismus in Größenordnungen zurückgeschraubt wird.

Bei diesen Konzepten ist es nach wie vor wichtig, dass die Tarifpartner mit ins Boot kommen. Sie wissen, dass LPK ist nicht allein Sache der Regierung, sondern auf Vertragsbasis geschlossen und auch nur deshalb veränderbar.

Ich möchte damit den Bogen schlagen und noch einmal sagen, dass Ruhe an Schulen sehr relativ ist. Selbst, wenn man überhaupt nichts tun würde, wäre die Unruhe deshalb da, weil der demographische Faktor fortwirkt,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist doch nicht das einzige Übel hier, dass es hier nicht vorwärts geht.)

weil Schulentwicklungsplanung fortwirkt und weil auch Fehlentscheidungen fortwirken. Ich bin der Meinung, die Zeit ist reif dafür, den Mut zu haben, das einmal anzupacken, und zwar mit einer Zielstellung, die gesellschaftlich akzeptiert wird.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Einfach anfangen!)

Die Zeit ist auch reif, einmal wieder Dinge anzupacken, die man zur Seite gelegt hat, dass man sie einmal wieder aufgreift. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jawohl, es ist an der Zeit, über tief greifende Veränderungen bei den pädagogischen Rahmenbedingungen und bei den Strukturen, und zwar in Einheit, jetzt den breiten gesellschaftlichen Diskurs zu führen und dann auch zu entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Der häufig boykottierte Einwand, es muss endlich Ruhe an den Schulen sein, kann deswegen so nicht gelten, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, in wenigen Jahren vor einem strukturellen und bildungspolitischen Desaster zu stehen. Die Verantwortung der Politik von heute steht in der Verantwortung zu entscheiden

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das können Sie gar nicht.)

und diese gesellschaftliche Diskussion zu führen, Frau Fiedler-Wilhelm.

Marginale Änderungen – und auch das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner der Koalitionsfraktionen gesagt – oder Änderungen in Teilbereichen werden uns nicht mehr grundlegend weiterbringen,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sechs Jahre haben Sie dafür Zeit gehabt.)

denn wir werden die grundlegenden Änderungen tragen, nicht lösen. Und nötig ist ein größerer Wurf in die Zukunft der Bildung in unserem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das wird, und das macht die bisherige Debatte ja schon deutlich, mit Blick auf die unterschiedlichen politischen Interessenlagen der an diesem Prozess beteiligten Verbände und Strukturen

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

ein wirklich schwieriges Unterfangen. Aber darauf werden wir nur sehr begrenzt Rücksicht nehmen können. Wenn wir der Verantwortung gegenüber den nachwachsenden jungen Generationen gerecht werden wollen, dann haben wir diesen Diskussionsprozess in der Gesellschaft zu führen. Es wäre wichtig, es wäre wirklich wichtig, wenn wir uns bei diesem Prozess und bei diesen Entscheidungen auf eine gemeinsame grundlegende Prämisse verständigen könnten, nämlich alles für die Subjekte in diesem schulischen Bildungsprozess

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und für die Schülerinnen und Schüler zu tun, und nichts an irgendwelchen anderen Strukturen festzumachen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das glauben Ihnen die Schüler bestimmt, Herr Bluhm.)

Deswegen ist es nämlich so, Frau Fiedler-Wilhelm, dass ein intensiver Diskussionsprozess notwendig ist. Er ist wichtig, weil er in Bezug auf international erfolgreiche Schulsysteme notwendig ist, und weil er an die Besonderheiten bei uns im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern mit dem niedrigsten Bevölkerungsdichtenfaktor, den wir überhaupt in der Bundesrepublik haben, anknüpft. Das ist auch im Rahmen der Vorbereitung der nächsten Phase der Schulentwicklungsplanung, die ja

wohl von 2006 an zu entscheiden ist, mit den darin verankerten Planungskriterien und im Rahmen der bis 2009 auf den Weg zu bringenden Verwaltungs- und Funktionalreform, mit den sich neu darstellenden Kreisstrukturen und damit auch neu stellenden Schulträgerschaften zu entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Aha! Aha! Das ist vorausseilender Gehorsam auf Kreisstrukturen.)

Jawohl, meine Damen und Herren von der Opposition, das sind Fragen, die sind nicht auszusetzen, sondern sie sind jetzt ausdiskutieren. Was ist aus der Sicht der PDS-Fraktion notwendig? Wir unterbreiten folgendes Diskussionsangebot:

Erstens. Aus unserer Sicht sind Veränderungen in der Schulstruktur nötig, die ein chancengleiches, wohnortnahes und zukunftsfähiges Schulsystem sichern. Einzügige Systeme oder zweizügige Gymnasien erfüllen, so, wie die Wirklichkeit es im Lande ja zeigt, diese künftigen Anforderungen in ihrer jetzigen Struktur und Ausstattung zunehmend nicht mehr.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wer hat sich denn wofür eingesetzt?)

Größere Schulen würden bei der Beibehaltung des jetzt bestehenden gegliederten Schulsystems zur weiteren Schließung von wohnortnahen Schulen in der Fläche führen und nach sich ziehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wer hat sich 1996 für den übergreifenden Unterricht eingesetzt?)

Neben den pädagogischen Folgen dieser Schließungen und Konzentrationen sind die Auswirkungen für Schulwege auf die Psyche der Kinder, auf die Leistungsfähigkeit der Kinder und natürlich auch auf die Kostenfrage, und zwar in Bezug auf die Fragen der Schülerbeförderung und anderer Vorhalteaufgaben der Kommunen, natürlich zu beachten.

Die von uns favorisierte Lösung liegt in einem längeren gemeinsamen Unterricht, zumindest bis Klasse 8.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Erst danach sollte aus unserer Sicht der Übergang an die weiterführende gymnasiale Ausbildung mit dem Wahlrecht der Eltern folgen. Mit dem Wahlrecht nach Klasse 4 – und die damit zunehmend anzutreffende Verwerfung in der Entwicklung von Kindern in der Entscheidung pädagogisch fragwürdiger Ausdifferenzierungen – würden wir eine größere Zukunftsfähigkeit erzielen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Zweitens. Dieser längere gemeinsame Unterricht, der international üblich ist – und ich weiß ja, dass Ihnen das nicht passt, aber trotzdem müssen wir über diese Fragen viel stärker diskutieren –, erfordert natürlich neue Methoden in der Förderung leistungsstarker und auch leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler. Und in diesem Rahmen muss es auch gelingen, den Mangel des deutschen Bildungssystems – der allen Bundesländern in der Bundesrepublik ins Stammbuch geschrieben wurde, da die Abhängigkeit vom sozialen Status der Elternhäuser durch dieses System noch potenziert wird – zu beseitigen. Auch darüber müssen wir reden!

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: In der PISA-Studie steht nichts von System, absolut nichts von System.)

Drittens. Die Ergebnisse der schulischen Ausbildung hinsichtlich des Wissens als auch der Fähigkeiten und Fertigkeiten müssen gesteigert werden.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Dazu gehört zum Beispiel die Abstimmung der Lehrpläne einzelner Fächer und Fächergruppen zur Vermeidung von Doppelungen und die Sicherung einer gegenseitigen Kompatibilität bei gegenseitigen Beziehungen.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Die Erziehungsfunktion, über diese haben wir hier bereits in einer der zurückliegenden Sitzungen gesprochen, ist notwendig. Dabei sind sowohl die Elternrechte als auch die Rechte von Lehrerinnen und Lehrern, von Schulleiterinnen und Schulleitern viel stärker zu berücksichtigen und zu stärken.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Die Schule soll auf das Leben vorbereiten, das kann sie nur in der Einheit von breiter Allgemeinbildung und der Ausprägung von Persönlichkeitseigenschaften. Das ist doch etwas, was wir in unserer eigenen Schulbiographie erlebt haben. Und deswegen geht es um solche Fragen wie Anstrengung,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Fleiß, Ausdauer, Konfliktfähigkeit, Ordnung und Höflichkeit.

Viertens. Es geht natürlich auch um die Sicherung einer bedarfsgerechten Unterrichtsversorgung.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Das wird von Jahr zu Jahr schlechter.)

Im Rahmen dieser notwendigen Veränderungen müssen wir aus unserer Sicht die Unterrichtsversorgung, die Verminderung von Unterrichtsausfall und die Beschränkung des Lehrertourismus, der im Übrigen auch durch ein solches Modell eingeschränkt werden würde, im Blick behalten.

Ich bin mir natürlich im Klaren darüber, dass ich einen Stein in das Wasser geworfen habe, der weite Kreise ziehen wird. Die Notwendigkeit, perspektivische, bildungspolitische tragfähige und zukunftsorientierte Entscheidungen im Bildungsbereich zu treffen, das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Ihnen von der PDS-Fraktion außerordentlich dankbar, dass Sie dieses Thema heute hier für die Aktuelle Stunde gewählt haben, wobei mir noch nicht ganz erschlossen ist, welche Botschaften Sie von dieser Stelle überhaupt transportieren wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Zuhören! –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Sie haben hier aus meiner Sicht weder die Situation der Schulen noch die Perspektiven der Schulen dargestellt. Von der Warte aus bin ich doch etwas enttäuscht.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Peter Ritter, PDS: Was?!)

Mir war schon klar, dass Sie hier mit Danksagungen an alle beginnen, Frau Gramkow. Das ist zwar auch sehr nett,

(Angelika Gramkow, PDS: Meine Kinder haben
super Prüfungen hingelegt. Da haben
die Lehrer ihren Anteil dran.)

aber ich frage mich: Erreichen Sie überhaupt noch die Basis? Erreichen Sie überhaupt noch Lehrer, Eltern und Schüler mit Ihren Danksagungen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Frage stellt sich für mich. Und wenn Sie hier an dieser Stelle weiterhin Probleme aufzählen, die Sie aus meiner Sicht auch zu Recht aufgezählt haben, dann frage ich Sie aber:

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU:
Zu verantworten haben.)

Warum lösen Sie diese Probleme nicht, die Sie aufgezählt haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Bluhm hat das eigentlich untersetzt, als er zum Beispiel darauf hinwies, dass wir uns eventuell keine zweizügigen Gymnasien mehr leisten können.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Schauen Sie in die Verordnung, denn die ist von Ihrem Bildungsminister! Da steht darin, dass möglichst dreizügig gefahren werden soll. Nehmen Sie doch die Verordnung erstmal ernst und setzen Sie die Verordnung vor Ort um! Wer hindert Sie daran? Wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Wenn Sie uns hier vorwerfen, dass Schulerfolge und strukturelle Veränderungen in zehn Jahren greifen, dann sehe ich darin schon ein gewisses Versprechen, was regionale Schule – die Sie ja nun eingeführt haben – und Strukturveränderungen anbelangt, die ja nach meinem Kenntnisstand etwa vier Jahre gegriffen haben soll. Das Problem vor Ort ist, wenn Sie Leute ansprechen, keiner kennt die regionale Schule. Zum Zweiten kommt noch hinzu, dass diese regionale Schule auch keiner will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und Sie sagen in zehn Jahren, also in diesem Falle in sechs Jahren, werden wir die Erfolge ernten. Dazu muss ich schon sagen, hoffentlich tritt das nicht ein.

Und wenn Sie uns hier an dieser Stelle auffordern, politische Verantwortung zu übernehmen und dazu zu stehen, dass aus Ihrer Sicht Fehler von 1990 bis 1994 gemacht wurden, dazu möchte ich sagen, dass Sie in gewisser Weise vielleicht Recht haben mögen. Aber wie einfach und polemisch Sie das tun, Frau Gramkow, und es auf die

CDU abwälzen, nachdem wir seit 1994 in diesem Lande einen SPD-Bildungsminister haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gabriele Schulz, PDS: Verdrehen Sie
doch nicht die Fakten, Herr Renz!)

Ich frage mich schon, wie fair gehen Sie in der Politik mit uns um, wenn die SPD in Ihrem Redebeitrag überhaupt nicht erwähnt wird? Und ich sage es noch mal: Seit 1994 haben wir SPD-Verantwortung im Bildungsministerium. Vielleicht ist es von Ihnen als Koalition auch bewusst so gewählt, dass der jetzige Bildungsminister parteilos ist und dass die Presse das immer wieder aufreißt, aber nichtsdestotrotz ist er ein durch die SPD gestellter Minister. Das wollen wir an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Frau Polzin hier an dieser Stelle sagt, es wird draufgehauen, dann stellt sich für mich noch einmal die Frage: Wer haut überhaupt drauf?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Sie sind gerade dabei.)

Ich denke nicht, dass die CDU damit gemeint war. Ich kann Ihnen nur empfehlen, wenn Sie noch mitten im Leben stehen: Lesen Sie Stellungnahmen von der GEW!

(Glocke der Vizepräsidentin)

Wenn Sie das als „draufhauen“ bezeichnen, ich nicht. Das sind wertvolle Hinweise, die Sie bei Ihrer Politik beachten sollten.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wen meinen Sie mit „draufhauen“? Meinen Sie etwa den Landeselternrat, meine Damen und Herren? Meinen Sie jetzt die Lehrer oder tatsächlich die Eltern oder die Vertretungen von Schülern? Ich glaube nicht, dass das der Ansatz sein sollte, um hier voranzukommen. Frau Polzin, den demographischen Faktor für alle Probleme erhalten zu lassen, wie es neuerdings in der Presse zu lesen ist und auch hier im Hohen Hause heute zu hören war, da, glaube ich, machen Sie sich das in der Zukunft etwas zu leicht.

(Heike Polzin, SPD: Das ist schon wieder
polemisch. Er hat wohl nicht so gut zugehört.)

Sie machen sich das etwas zu leicht, den demographischen Faktor für alles erhalten zu lassen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich gestern Abend tatsächlich noch einmal gefragt: Warum hat die PDS oder vielleicht auch Herr Bluhm persönlich gerade dieses Thema heute zur Aktuellen Stunde gemacht. Man muss doch immer sagen, dass jeder eine gewisse Motivation hat.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und da bei diesem Thema eigentlich definitiv feststeht, dass in den letzten Jahren oder meinetwegen auch im letzten Schuljahr sehr viele Probleme aufgetreten sind, stellt sich für mich tatsächlich ernsthaft die Frage: Warum hat die PDS dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt?

(Angelika Gramkow, PDS: Weil es aktuell ist.)

Und ich will Ihnen sagen, zu welcher Antwort ich gekommen bin.

(Karsten Neumann, PDS: Was?! Sprechen Sie doch einmal zum Thema und nicht zu unseren Initiativen, Herr Renz!)

Ich komme leider nicht zu der gleichen Schlussfolgerung wie Frau Polzin, die ja sagt, die PDS legt das hier offen. Wissen Sie, was aus meiner Sicht hier passiert, Frau Polzin? Für die jetzige Ist-Situation werden Sie als SPD für zehn Jahre verantwortlich gemacht. Und der kleine Partner PDS legt immer wieder den Stachel hier in die Wunde, weil er nicht für Bildungspolitik zuständig ist.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Und dafür müssen Sie herhalten und die PDS steht als Saubermann vor Ort da.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist das eigentliche Problem.

(Egbert Liskow, CDU: Der Koalitionspartner wird immer größer. – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Meine Damen und Herren, ob Sie das glauben wollen oder nicht, schauen Sie sich die Ergebnisse der Kommunalwahl an!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Sie können jetzt großzügig sein.)

Ich habe nicht gesehen, dass PDS-Politiker abgestraft worden sind.

(Andreas Bluhm, PDS: Zum Thema, Herr Renz!)

Nach meinem Kenntnisstand sind gewisse SPD-Politiker nicht in die Kreistage eingezogen und damit scheint ja die Taktik hier voll aufzugehen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Und unter uns gesagt, es ist einfach so. Sie mussten lange herhalten für die Sozialministerin und die SPD hat das mitgetragen, und zwar ohne groß zu murren. Das muss man einfach sagen.

(Heike Polzin, SPD: Tja, fairer Partner!)

Aber hier sehe ich ganz klar den Ansatz, einfach mal einen gewissen Hieb zurückzugeben und, Herr Bluhm, sich langsam einzuläuten auf einen Wahlkampf 2006,

(Andreas Bluhm, PDS: Ach, ach, ach!)

um hier ein neues Thema aufzumachen, nämlich die Einheitsschule.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Ach!)

Und ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Versuchen Sie lieber das bisherige System vernünftig auszufinanzieren und pädagogisch verantwortungsvoll zu gestalten und machen Sie keine Strukturdebatte zum jetzigen Zeitpunkt!

(Angelika Gramkow, PDS: Das nützt nichts in puncto Chancengleichheit und Schulen. Das ist ein System, das nicht funktioniert.)

Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Strukturdebatte nicht angebracht,

(Angelika Gramkow, PDS: Wann denn? – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

auch wenn Sie die Unruhe hier nicht

(Reinhard Dankert, SPD: Was wollen Sie denn als CDU? Erzählen Sie doch mal!)

als existent ansehen.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Das freut mich, dass Sie gespannt sind, wenn ich rede.

(Andreas Bluhm, PDS: Kommen Sie endlich zum Thema, Herr Renz! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich werde versuchen, Ihren Erwartungen gerecht zu werden, Herr Schlotmann.

Wenn Sie die Situation vor Ort betrachten, dann möchte ich ganz einfach mal reflektieren, was ich persönlich in den letzten Tagen erlebt habe. Es ging also los mit dem Artikel im „Nordkurier“, da sind ja – das werden Sie sicherlich alle verfolgt haben – neue Zahlen an die Öffentlichkeit gekommen,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

ob sie stimmen, das mag ich nicht beurteilen. Wir wissen, Sie haben einen gewissen Informationsvorsprung. Ich gehe deshalb einfach davon aus, dass an diesen Zahlen, dass eventuell 2006 300 Lehrerstellen, 2008 470 Lehrerstellen und steigend und in Berufsschulen ein Bedarf und 1.000 Lehrerstellen bestehen soll, etwas dran ist. Wenn das tatsächlich so ist, dann wissen wir alle, was solche Artikel und solche Äußerungen wieder vom Zaune reißen. Sie bringen nämlich neue Unruhe.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, und zwar ein einfaches praktisches Beispiel: Am letzten Freitag war ich als Elternteil zum Abschlussfest meiner Tochter an der Grundschule. Dort sah ich, dass die Eltern in Aufruhr sind, weil der Klassenlehrer der 1. Klasse – mit dem schon ein Standortwechsel innerhalb Güstrows vorgenommen werden sollte, es aber zugesichert war, dass wenigstens der Klassenleiter bleibt – plötzlich am Freitag Bescheid bekommt, dass er aufgrund von Fachlichkeit jetzt nach Rostock versetzt wird. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass die Fachlichkeit vorliegt. Das ist eine Anweisung des Bildungsministeriums und das muss man auch in diesem Sinne akzeptieren, denn die Fachlichkeit ist höher einzuschätzen als Klassenleitertätigkeit. Er wird also jetzt nach Rostock versetzt, um dort an zwei verschiedenen Schulen zu arbeiten. Ich möchte Ihnen damit nur verdeutlichen, was das für Unruhe bei den kleinen Kindern und bei den Eltern hervorbringt. Sie können mir glauben, ich bin keiner, der vor Ort dasteht und noch draufschlägt.

Ich sage Ihnen ein weiteres Beispiel: Am Montag ...

(Andreas Bluhm, PDS: Lösungsvorschläge der CDU, Herr Renz! Perspektiven!)

Sie haben das Thema Situationsbeschreibung gesetzt und bei dem Punkt bin ich, Herr Bluhm. Ich lasse mich auch von Ihnen davon nicht abbringen.

(Andreas Bluhm, PDS: Perspektiven! – Volker Schlotmann, SPD: Sie können sagen, was Sie wollen.)

Am Montag habe ich eine Kollegin getroffen, die sagte mir, dass sie sich durch ein Selbststudium, das drei, vier Jahre dauerte, in Geographie eingearbeitet hat. Sie hat eine Weiterbildung gemacht und ist in der Geographie voll eingeschlagen. Sie ist dort tätig. Was ist das eventuelle Resultat dieser schulischen Entwicklung des Lehrpersonalkonzeptes? Das Resultat ist, dass sie höchstwahrscheinlich in Zukunft in Geographie nicht mehr unterrichten wird. Ich sage Ihnen, das sind Mosaiksteinchen, die die Unruhe weiterschüren.

Als ich gestern nach Hause kam, saß mein Sohn da und er sagte mir, wir sind im Moment vier Klassen am Gymnasium in Güstrow mit je 88 Schülern.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, je 22 im Schnitt.)

Entschuldigung, es sind 88 Schüler in der Gesamtheit.

Er sagte weiter, dass sie zum neuen Schuljahr in drei Klassen aufgeteilt werden. Ich brauche Ihnen das mathematisch nicht vorzurechnen, denn Sie wissen, dass einem die Zahl 30 bis hier steht. Wenn den Schülern mitgeteilt wird, aus eurer Klasse werden vier umgesetzt, dann sind das die täglichen Probleme vor Ort.

Und dazu sage ich Ihnen – aufgrund der Zeit kann ich das jetzt nicht weiter ausführen –,

(Andreas Bluhm, PDS: Sehen Sie, ausführen! Sehen Sie?!)

versuchen Sie erst einmal, Ruhe in den Laden zu bringen. Kommen Sie mir nicht mit Strukturdebatten!

(Gabriele Schulz, PDS: Einmal wollen Sie Veränderungen und dann wollen Sie Ruhe.)

Herr Bluhm, wenn Sie mich in der Zukunft richtig zitieren wollen, ich sage es noch einmal an dieser Stelle: Zur heutigen Zeit ist die Strukturdebatte nicht angebracht, zur heutigen Zeit nicht.

(Andreas Bluhm, PDS: Wann denn? Wann denn dann? – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Probleme im Schulsystem, jedenfalls die großen, lassen sich durchaus einigermaßen präzise beschreiben. Ich möchte das mal versuchen, indem ich Bezug auf Statistiken aus dem Schuljahr 2000 und 2001 nehme. Und wenn man sich einmal ansieht, wie viele Schüler wir hier in Mecklenburg-Vorpommern je Klasse aufweisen und wie das im Bundesdurchschnitt ist, dann ist das schon bemerkenswert. Ich möchte ein paar Beispiele vorlesen:

Wir hatten in der Grundschule 18,8 Schüler, in den neuen Bundesländern 20,1 und in den alten 22,8. Wir hatten in der Realschule Klasse 5 bis 10 21,8 Schüler, wir hatten in den neuen Bundesländern 23 und in den alten Bun-

desländern 26,6. Wir hatten im Gymnasium Klasse 5 bis 10 24,9 Schüler im Durchschnitt, in den neuen Bundesländern 25,8, in den alten Bundesländern 26,9. Wir haben also über die Schulsysteme hinweg mit die besten Betreuungsverhältnisse an den Schulen. Und gleichzeitig wissen wir nach PISA aber, dass unsere Schüler bestenfalls durchschnittliche Leistungen erreichen. Das heißt, wir haben ein Gefälle zwischen dem, was wir als Land bereitstellen, und dem, was bildungspolitisch herauskommt. Und dann stellt sich die spannende Frage: Woran liegt das? Es ist hier schon mehrfach ausgeführt worden und ich muss es wirklich wiederholen, weil man es nicht oft genug wiederholen kann, es gibt zwei wesentliche Gründe:

Der eine Grund, Herr Renz, auch wenn Sie das Problem offenbar für geringer halten als wir, ist die Demographie. Sie wissen, dass mit der Wende die Anzahl der Geburten ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Moment, lassen Sie mich einfach ausreden! Wir können ja nachher ein interessantes Gespräch führen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben gerade für Abwanderung gesorgt. – Glocke der Vizepräsidentin)

Sie wissen, dass mit der Wende die Anzahl der Geburten je Frau von 1,5 auf 0,8 eingebrochen ist. Jetzt können wir uns natürlich alle einmal die Frage stellen, wer damals regiert hat.

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

Ich möchte natürlich nicht so unseriös sein und behaupten, die Opposition hätte damals die Geburtenrate so dramatisch absinken lassen, denn so viel Einfluss besitzt nicht einmal die CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

Aber es ist doch immerhin so, dass jeder einsehen muss, dass es enorme Probleme in der Bereitstellung von Schule, in der Bereitstellung von Krankenhäusern

(Glocke der Vizepräsidentin)

und anderen öffentlichen Gütern in der langen Frist verursacht. Und wenn von einem Tag auf den anderen langfristig nur noch die Hälfte der Bevölkerung in bestimmten Bereichen vorhanden ist, dann schafft das riesige organisatorische Probleme.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das zweite Problem, da möchte ich gerne mal aus der SVZ vom 17.06.2004 zitieren.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Jetzt wäre es gut, wenn Sie zuhören würden.

Ich möchte den Professor Dr. Klaus Klemm zitieren, wissenschaftlicher Beirat des PISA-Projekts. Frau Fiedler, Sie sagten ja, PISA und Schulsystem, das hätte nichts miteinander zu tun. Da fragt die SVZ: „Herr Professor Dr. Klemm, die Landesregierung M-V wirbt gern mit dem selbstbewussten Spruch ‚MV tut gut.‘, gilt das auch für das Schulsystem?“

Professor Klemm: „Das System ist von Anfang an mit der Hypothek belastet gewesen, dass es die Dreigliedrig-

keit der westdeutschen Länder mehr als reproduziert hat. Ich halte das eher für eine Last als für einen Fortschritt.“ Und Herr Professor Dr. Klemm, wissenschaftlicher Beirat des PISA-Projektes, führt in diesem Interview weiter aus,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Er sagt auch, dass Ruhe besser wäre. Das sagt er auch.)

„dass das dreigliedrige Schulsystem eine erhebliche Leistungsbremse ist, weil es auf Selektion setzt und nicht auf die Förderung einzelner Schüler“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Jörg Heydorn, SPD: So ist es. So ist es.)

Und jetzt können wir uns wieder fragen, wer damals regiert hat. Und ich würde sagen, mindestens diese Entscheidung hat diese erste Koalition des Landes zu verantworten. Tut mir Leid!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, das ist richtig. Sie hatten zehn Jahre Zeit. – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Frau Fiedler, Sie müssen immer auf den zweiten Satz warten. Jetzt kommt der zweite Satz!

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Dass etwas Ruhe besser wäre, das sagt Herr Klemm auch.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch etwas mehr um Ruhe.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Mathias Brodtkorb, SPD: Den zweiten Satz, Herr Prachtl, Sie müssen den zweiten Satz abwarten.

Es ist ja so, dass wir, wenn wir dort vermutlich eine Volksabstimmung gehabt hätten, 1990 eine Volksabstimmung gehabt hätten,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben lange genug Zeit gehabt zu regieren.)

da wäre ich mir sicher, hätte die CDU/FDP-Koalition mit ihrem Vorschlag eine Mehrheit in der Bevölkerung bekommen.

(Heike Polzin, SPD: Nee, nee, damals noch nicht!)

Nehmen wir mal an, damals hätte die CDU/FDP eine Mehrheit gehabt, gehen wir es von mir aus auch mal hypothetisch durch, sie hätte eine Mehrheit bekommen.

(Torsten Koplin, PDS: 26 Prozent haben sie gehabt.)

Warum ich auf diese Überlegung komme, ist relativ einfach. Jeder von uns reist zu Schüler-, zu Lehrer- und Elternvertretungen. Und wissen Sie, was die sagen?

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich sage Ihnen, was gesagt wurde. Die GEW-Lehrer sagten: Bringt endlich Ruhe in den Schulsektor!

(Torsten Renz, CDU: Was sind denn GEW-Lehrer?)

Und die zweite Äußerung war: Macht endlich eine anständige Reform! Bringt ordentlich Ruhe ins Schulsystem und macht eine anständige Reform!

(Torsten Renz, CDU: Was sind denn GEW-Lehrer?)

Und daraufhin habe ich gefragt: Wie kriegen wir denn eine Reform ohne Unruhe hin? Das ist mir nicht ganz klar.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie haben sechs Jahre Zeit gehabt, darüber nachzudenken.)

Worauf ich damit verweisen will, ist, dass wir in Deutschland wirklich ein Problem haben. In Sonntagsreden ...

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Wir alle, Frau Fiedler, alle, leider alle.

Wenn ich mit Schülern rede, dann sagen die: Lass uns doch nach Skandinavien gehen, lasst uns unser Schulsystem nach skandinavischem Vorbild umbauen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das sagen die Lehrer und das sagen auch viele Eltern. Und wenn man dann sagt, das bedeutet aber, dass wir was verändern müssten, dann sagen sie: Nee nee, also wir brauchen jetzt erstmal Ruhe. Zwischen diesen beiden Problemen schwanken wir hin und her.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

Wir haben in Deutschland nicht den Mut, aus den Erkenntnissen, die wir haben, auch die Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und insofern werden wir in der nächsten Zeit hier in diesem Land zwei Debatten führen müssen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Die erste Debatte wird sich dem dreigliedrigen Schulsystem stellen müssen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Die Frage, ob wir die Konsequenzen aus PISA ziehen und in Richtung Skandinavien gehen wollen, spreche ich ganz deutlich aus,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

denn es geht um das Thema Gesamtschule.

(Volker Schlotmann, SPD: Gehen Sie doch in die Bütt!)

Es geht um das Thema skandinavische Gesamtschule, es geht um langen Unterricht in einer Klasse und um Einzelförderung, um das Sitzenbleiben und um andere Themen wie die Einzelförderung.

Zweitens geht es um die Fragen: Wie organisieren wir unsere Schulstrukturen in einem dünnbesiedelten Land? Können wir es uns weiterhin leisten, eine große Anzahl kleiner Schulstandorte zu finanzieren mit hohem Unterrichtsausfall, geringen Klassen, geringer Sozialkompetenz bei den Schülern, riesigen organisatorischen Problemen, Lehrertourismus, können wir uns das weiter leisten? Oder müssen wir den Mut haben, langfristig finanzierbare Strukturen im Schulwesen zu organisieren, so dass wir zu größeren Schulstandorten kommen mit geringeren Klassenstärken, mit Sozialpädagogen, mit besserem Unterricht, mit geringerem Unterrichtsausfall, mit weniger Lehrertourismus? Das sind die beiden Grundsatzentscheidungen, die wir hier in diesem Land treffen müssen.

(Torsten Koplin, PDS: Die wollen erst mal Ruhe haben.)

Und Sie, Herr Renz und Frau Fiedler, haben angekündigt, keine Systemdebatte! Schluss mit Reformen!

(Torsten Koplin, PDS: Die wollen erst mal Ruhe haben.)

Das, was Sie sagen, kann ich nur so deuten, dass Sie sagen: Wir machen weiter so! Wir haben hier Probleme, wir erkennen sie, aber wir gehen sie nicht an. Das unterscheidet uns von Ihnen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Torsten Koplin, PDS: Genau. So ist es. –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und dann sei mir der Hinweis gestattet, denn diese beiden Probleme hängen ganz eng miteinander zusammen.

(Zuruf von Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD)

Wer ein fehlgegliedertes Schulsystem in einem dünnbesiedelten Land aufrechterhalten will, wird eine hohe Anzahl von Schulstandorten haben, denn es geht gar nicht anders. Wenn ich viele verschiedene Schultypen habe, muss ich viele verschiedene Schulstandorte haben. Das Ergebnis ist, dass mein Geld in kleine Schulstandorte geht, die nicht mehr die Qualität von PISA erreichen können.

Ich kann hier nur Herrn Professor Klemm zitieren, und zwar zustimmend: Wenn wir am Schulsystem, wie wir es in Mecklenburg-Vorpommern haben, festhalten, dann werden wir, ich zitiere die Überschrift, „bestenfalls zweite Liga“, mehr nicht. Und insofern kann ich nur unterstützen, was meine Vorredner von der Koalition gesagt haben. Wir brauchen eine breite Debatte über diese zwei Fragen:

Erstens. Wie sieht das Schulsystem in sich aus, welche Gliederungsstruktur?

Zweitens. Welche Organisationsstruktur in der Fläche, größere oder kleinere Schulstandorte?

Und dafür braucht man in der Tat eine gesellschaftliche Mehrheit, einen Konsens. Darüber muss man diskutieren, das muss man organisieren. Wir können es uns in der Tat nicht leisten, gegen die Mehrheit der Bevölkerung eine Schulreform zu machen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Wir müssen dafür werben, die Erkenntnisse aus PISA endlich auch umzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Brodkorb.

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Professor Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Aktuelle Stunde, das ist die Stunde des Parlamentes. Und deshalb war es schlicht der Respekt vor dem Hohen Hause, dass ich an dieser Stelle meinen Beitrag anbringen möchte.

Das Thema lautet: „Situation und Perspektive von Schule“.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist auch im Übrigen von der Fraktion der CDU im Ältestenrat so gewünscht worden.)

Vielen Dank, ich bin ganz lernfähig.

Lassen Sie mich auf die Situation eingehen, denn die Situation hat mehrere Seiten. Ohne Frage haben wir in den Schulen eine ganze Menge harter Nüsse zu knacken, das ist ausführlich geschildert worden. Ich bin froh, dass mir nicht noch mehr zu dem Thema einfällt. Ich hüte mich aber, dies alles nur schwarz zu sehen. Natürlich haben wir mit dem Lehrpersonalkonzept Probleme, und zwar in der Teilzeitbeschäftigung durch entstandene Minderbedarfe, wir haben Unruhe in den Kollegien durch Abordnungen, wir haben organisatorischen Aufwand ohne Ende, aber wir haben mit dem Lehrpersonalkonzept auch den Vorteil, dass wir keine Lehrer entlassen müssen. Und wir haben auch den Vorteil, dass wir einen Einstellungskorridor für junge Lehrer haben. Diese Vorteile werden offensichtlich auch so hoch von den Lehrern gewertet, da ja gerade die Lehrerverbände vor wenigen Wochen die Fortsetzung des Lehrpersonalkonzeptes unterschrieben haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Zurufe von
Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Ein anderer Aspekt: Die Pflichtstundenerhöhung, als ein Sparbeitrag der Lehrer zur Konsolidierung des Haushaltes. Kursgrößenerhöhungen machen den Schulalltag nicht leichter. Das ist keine Frage. Aber sie sind ein wesentlicher Bestandteil dafür, dass wir die Stundentafel, die über Jahre aufgebaut worden ist, halten können. Sie machen den Schulanfang im nächsten Jahr organisatorisch und finanziell möglich und vermeiden, dass wir diese großen Löcher in die Unterrichtsversorgung reißen mussten, die uns drohten.

Ein dritter Aspekt. Natürlich ist die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer strapaziert. Aber auf der anderen Seite dürfen wir es doch allen Lehrerinnen und Lehrern hoch anrechnen, dass sie dennoch gute Schule machen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

dass sie unsere Kinder von diesen Belastungen freihalten. Das ist mindestens ein Grund für mich, an dieser Stelle den Lehrerinnen und Lehrern Dank zu sagen. Zur Situation unserer Schule gehört auch, dass die Schule in Mecklenburg-Vorpommern gut ist. Sie ist leistungsstark.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Schauen Sie doch einmal, nur um ein Beispiel aufzugreifen, wie sich die Abiturprüfungen entwickelt haben. Wir hatten noch nie so viele Schülerinnen und Schüler, die in diesem Zentralabitur einen Abschluss mit 1 Komma X gemacht haben.

Oder ein anderes Beispiel, die vielen Bundeswettbewerbe. Wir hatten noch nie so viele junge Leute, die sich an den Bundeswettbewerben „Jugend forscht“, „Jugend musiziert“, „Jugend debattiert“, „Jugend trainiert für Olympia“ beteiligt haben und sogar gewonnen haben.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ehrenamtlich.)

Ja, das ist keine Frage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Aber es gehört zur Schule, denn es ist ein Teil von Schule. Oder die Bundesfremdsprachewettbewerbe

oder „Jugend spricht Platt“ oder „Künstler an Schulen gegen Gewalt“ oder Bibelwettbewerb sind viele, viele Beispiele dafür, wie Schule lebt. Für mich ist das auch ein Anlass, an dieser Stelle den Eltern zu danken, denn dieses ist ohne die große Unterstützung aus den Elternhäusern heraus – das fängt beim Fahrdienst an und endet nicht bei den Übungsstunden, und zwar auch im Hause – das heißt also, ohne die Leistung der Eltern gar nicht zu machen.

Dritter Aspekt. Zur Situation der Schule gehört auch, dass viele Schulen selbst sehr intensiv daran arbeiten, besser zu werden. Ich möchte nur das Ganztagsschulprogramm aufgreifen. Unabhängig von den Investitionssummen, die dort zur Verfügung gestellt werden, gibt es eine ganze Menge von Schulen, die sich zu Ganztagsschulen profiliert haben. Wir haben inzwischen 114 Ganztagschulen, und zwar unabhängig von den Investitionsprogrammen.

(Torsten Renz, CDU: Schauen Sie sich doch einmal die Ausgestaltung an! – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ja, das sind aber die Programme, Herr Renz. Das ist ja alles berechtigt, aber es zeigt doch ganz offensichtlich, dass die Schulen an Schulprogrammen arbeiten, um Bildung und Erziehung

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Finanzministerin schüttelt den Kopf und sagt, wir geben nichts.)

Das ist eine inhaltliche Frage. 85 weitere Schulen haben einen Antrag gestellt.

Ein anderes Stichwort. Die Schulen selbst gehen an das Stichwort Deregulierung heran, weil sie wissen, dass die Schule vor Ort in vielen Fragen viel besser entscheiden kann, wie man Wissen ordentlich vermittelt. Diese 20 Modellschulen, die jetzt im kommenden August in die Pilotphase hineingehen, werden viele Erkenntnisse liefern für Deregulierung im Schulbereich, die wir in anderen Schulen anwenden können.

Und ein drittes Stichwort, Bildungsinhalte. Bildungsinhalte länderübergreifend, weg von dem kultuspolitischen Kleinstaatendenken, gemeinsame Rahmenpläne in Grundschulen. Nachbarländer ...

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Die schlechtesten Abschnneider.)

Wir gucken doch erst einmal, dass wir im eigenen Hause etwas Gemeinsames finden.

Noch einige Beispiele, wo Schulen besser werden wollen, sind breites Wissen auf Leistungskursniveau, Studierfähigkeit und Berufsfähigkeit. Ich nenne das Stichwort „Abitur in der Wissensgesellschaft“. Etwas, was wir in der ersten Diskussionsrunde seit September letzten Jahres haben, was jetzt vorbereitet ist für die Anhörungsphase. Viele Schulen, viele Lehrerinnen und Lehrer haben sich an dieser ersten Diskussionsrunde beteiligt und das Programm Rahmenpläne für die Grundschule stößt auf eine riesige Resonanz. Am kommenden Sonnabend haben sich zum Grundschultag in Güstrow über Tausend Lehrerinnen und Lehrer angemeldet, um bei der Einführung dieser Phase dabei zu sein.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wir müssen ja wissen, was nächstes Jahr auf uns zukommt.)

Und ich darf noch weitere Stichworte nennen, berufliche Bildung verstärken, dem Fachkräftemangel entgegen-

wirken, regionale berufliche Bildungszentren sowie auch das Zusammenführen von Kompetenzen an dieser Stelle, denn das ist eine Diskussion, die mit vielen Standortentscheidungen verbunden ist und mich jetzt zu dem Stichwort Perspektiven bringt.

Selbstverständlich brauchen wir einen Masterplan, um an dieser Stelle auf dem Weg weiterarbeiten zu können, so, wie es im Augenblick ist, zu einem zweigliedrigen Schulsystem. Auf dem Weg zu einem Schulsystem, was Studierfähigkeit und Berufsorientierung im Auge hat, gibt es eine ganze Reihe von Fragen, die wir jetzt zum Beispiel aus der Sicht der Lehrer ansprechen müssen. Wie kann die Erziehungsfunktion gestärkt werden? In den Masterplan muss aus der Sicht der Eltern und der Kinder eingehen, wie die Schullaufbahn ordentlich gestaltet werden kann. Das ist die schwierige Frage des Abwägens zwischen Elternwillen und dem Rat der Lehrer. Und eine Frage, wo heftiger Handlungsbedarf besteht: Wo sind die richtigen Schulstandorte im Land? Gerade diese letzte Diskussion setzt sich mit zwei Anforderungen auseinander.

Der eine Punkt ist, dass wir große lebendige Schulen brauchen, damit wir ein vielfältiges Unterrichtsangebot haben, damit wir große Kollegien haben, die den Fachunterricht absichern und den Vertretungsunterricht gut organisieren können.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und wir brauchen wohnortnahe Schulen, damit wir die regionale Verwurzelung der Kinder ihrer Heimat behalten und damit wir das soziale, kulturelle, sportliche Umfeld, und was es noch alles gibt, für Erziehung und Bildung nutzen können. Wir wissen ganz genau, das ist von allen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt worden, dass wir beides selten zusammenführen können. Das Land ist zu groß und die Einwohnerzahl ist zu niedrig. Wir werden es schaffen, Mehrfachstandorte in Städten zusammenzubringen. Wir brauchen nicht in einem Ort drei kleine Grundschulen, denn eine große lebendige Grundschule ist besser. Wir werden es im Umland schaffen, dort wo 15 Kilometer vor einer Stadtgrenze eine kleine Schule steht, sind die Kinder unter Qualitätsaspekten sicher besser in der Stadt untergebracht.

Wir werden das auch sicher schaffen an Kreisgrenzen, denn zwei kleine Schulen links und rechts der Kreisgrenze sind pädagogisch wesentlich schlechter als eine große Schule, die wir dann gerade in einer neu strukturierten Kreissituation brauchen. Aber wir werden noch eine ganze Reihe von Einzelfallentscheidungen haben. Es wird darauf ankommen, dass wir die Ausnahmen sehen und dass wir nicht die Ausnahme zur Regel machen. Wir werden unter dem Kriterium von Schulqualität darauf achten müssen, dass wir ordentliche Schulen haben und uns trotzdem nicht aus dem ländlichen Raum und aus der Fläche zurückziehen. Das ist eine ganz schwierige Entscheidung. Es sind also eine ganze Reihe von Fragen zu klären.

Nichts für mich im Augenblick noch Wesentliches, das muss ich ganz offen sagen, gibt es für den Schuljahresbeginn im kommenden August zu klären. Er ist finanziell gesichert, er ist mit Lehrerstellen gesichert und er ist organisatorisch vorbereitet. 247.000 Schüler sind in 778 Schulen mit 16.673 Lehrern zu versorgen. Das ist einen Dank wert an die Staatlichen Schulämter, die hier eine riesige Aufgabe geleistet und das alles zusammengefügt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das ist auch einen Dank wert an die Lehrerinnen und Lehrer, die inzwischen fast alle die notwendigen Verträge unterschrieben haben. Es sind nur 9 Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land, die nicht Teilnehmer am Lehrpersonalkonzept sind. Das bedeutet eine ganz offensichtliche Unterstützung für dieses Konzept. Ich bin froh darüber, dass wir damit gut vorbereitet in das nächste Schuljahr hineingehen können.

Das gibt mir noch einmal Veranlassung, den Lehrerinnen und Lehrern zu danken. Es gibt mir Veranlassung, den Schülern und den Eltern gute Zeugnisse und allen zusammen erholsame Ferien zu wünschen, damit der Schulstart im neuen Schuljahr gut gelingt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Es liegen mir weiter keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache zur Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der PDS und SPD – Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage, Drucksache 4/738, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 4/1246. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1266 vor.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD:
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung
des Gesetzes über Sonn- und Feiertage
(Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern**

– FTG M-V –) – 3. ÄndG FTG M-V –
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 4/738 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
– Drucksache 4/1246 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und PDS
– Drucksache 4/1266 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Ausschussvorsitzende, der Abgeordnete Herr Friese von der Fraktion der SPD.

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des Innenausschusses möchte ich Ihnen kurz über die Beratung zu diesem Gesetzentwurf berichten. Schenken Sie mir Ihr geneigtes Ohr.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nach der Anhörung der Kirchen des Landes, der kommunalen Landesverbände, der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes, des Interessenverbandes der Videotheken und einiger anderer hat es in den Fraktionen dieses Landtages einigen Beratungsbedarf gegeben, so dass zwischen Anhörung und abschließender Beratung hier im Plenum nahezu vier Monate Zeit vergangen sind.

Dennoch fiel die Entscheidung im Ausschuss nicht einstimmig aus. Die Fraktion der CDU hat zu bedenken gegeben, dass mit der kleinen Änderung des Gesetzes zu Gunsten einer Sonntagsöffnung für Videotheken die Gelegenheit genutzt würde, weitere Änderungen vorzunehmen. Dieses ist dann durch Mehrheitsentscheidung im Ausschuss auch geschehen, nämlich die Sonntagsöffnung für Münz- und Selbstbedienungswaschsalons.

Die Prüfung, ob den Waschsalons ebenfalls eine Öffnung an Sonntagen ermöglicht werden sollte, war vom Wirtschaftsausschuss angeregt worden. Zudem war eine solche Änderung zu Gunsten der Waschsalons von dem Städte- und Gemeindetag als auch von der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Mecklenburg-Vorpommern dem Innenausschuss empfohlen worden.

Die Fraktion der CDU hat sich gegen die Änderung des Gesetzentwurfes ausgesprochen. Aber auch in der Fraktion der SPD sind die Meinungen nicht einheitlich gewesen. So gibt es dort die Mindermeinung, dass durch eine solche Änderung des Gesetzes der Sonntag in seiner grundsätzlichen Fixierung, nämlich als kulturelle Errungenschaft und als Tag der Ruhe und Besinnung in hektischer Zeit, so grundgesetzlich fixiert beschädigt werde und deshalb eine Änderung des Gesetzes nicht notwendig sei.

Eine wirtschaftliche Belebung im Lande durch die Öffnung von Waschsalons an Sonntagen zu erwarten, sei bemerkenswert, so die Mindermeinung in der SPD-Fraktion. Daher haben sich zwei Abgeordnete der SPD-Fraktion im Ausschuss der Stimme enthalten. Insgesamt empfiehlt der Innenausschuss mehrheitlich, sowohl die im Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen zu Gunsten der Videotheken als auch eine weitere Änderung zu Gunsten der Münz- und Selbstbedienungswaschsalons vorzunehmen, Letzteres, um zum einen die bestehende Ungleichbehandlung mit den Autowaschanlagen, die schon lange sonntags öffnen dürfen, zu beseitigen, und zum anderen, um Haushalten, die keine eigene Möglichkeit oder in der Woche keine Zeit zum Waschen ihrer Wäsche haben, zum Beispiel Studenten, Pendler, Singlehaushalte, jene Haushaltstätigkeit auch an Sonntagen zu ermöglichen.

Als Vorsitzender des Innenausschusses habe ich den Auftrag, Ihnen die Annahme des Gesetzentwurfes mit den von ihm vorgenommenen Änderungen durch den Innenausschuss zu empfehlen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Friese.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition greifen wir eine Anregung des Deutschen Bundestages und des Deutschen Bundesrates auf. Beide Verfassungsorgane haben bereits im Jahr 1998 angeregt, die Länder mögen darüber nachdenken, Sonntagsöffnungen für Videotheken zu ermöglichen.

Andere Bundesländer – ich darf hier beispielhaft auf unsere Nachbarn in Brandenburg, in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen verweisen – sind dieser Anregung gefolgt und haben eine solche Regelung in ihr Landesrecht eingebaut. In der Mehrzahl der Fälle, es gab sogar nur einen Ausnahmefall, ist dies auch mit den Stimmen der CDU geschehen.

Ich möchte auch hier daran erinnern, dass wir in der letzten Legislaturperiode gerade aus Ihren Reihen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, einen Vorstoß zu weiteren Öffnungsmöglichkeiten an Sonn- und Feiertagen gehabt haben. Wir sollten also hier sehen, dass wir, Kollege Friese hat bereits darauf verwiesen, in allen Fraktionen ganz offenkundig hohen Diskussionsbedarf haben und keiner mit dem Finger auf den anderen zeigen möge entsprechend der alten Weisheit von Gustav Heinemann, dass, wenn wir mit dem Finger auf einen anderen zeigen, wir daran denken müssen, dass drei Finger auf uns selbst zeigen.

Meine Damen und Herren, wir tragen mit diesem Gesetzentwurf einem veränderten Freizeitverhalten sehr vieler Menschen Rechnung. Die Bürgerinnen und Bürger wollen ganz bewusst eine breitere Palette von Möglichkeiten zur Verfügung haben, um ihre Freizeit zu verbringen. Dazu gehört für viele auch der Konsum von Videos und dieses ist weiß Gott nichts Schlechtes.

Wir sollten als Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern aber auch die besonderen Bedürfnisse von Touristen sehen, denn gerade hier ist die Situation gar nicht so selten, dass es sonntags eben nicht das Wetter gibt, um seine Freizeit draußen zu verbringen und unsere Natur zu genießen, und dass am Sonntag der Wunsch entsteht, in dieser Weise den Tag zu verbringen. Und diesem Wunsch sollten wir Rechnung tragen.

Für die Touristen, darauf hat Kollege Friese ebenfalls schon hingewiesen, aber auch für viele andere, zum Beispiel alle, die irgendwo auf der See unterwegs sind und am Sonntag im Hafen anlanden, ist es wichtig und interessant, dass sie am Sonntag ihre Wäsche waschen können. Ich glaube, wir sollten uns mal vor Augen halten, dass ich zwar am Sonntag im Waschsalon mein Auto waschen kann, aber nicht meine Bettwäsche.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Beruhigen Sie sich, liebe Kollegen!

Wir folgen mit der Hereinnahme der Waschsalons auch einer Anregung des Städte- und Gemeindetages und einer Anregung der Industrie- und Handelskammer zu Rostock. Ich glaube, es macht sehr viel Sinn, dass wir diese zusätzlichen Möglichkeiten am Sonntag eröffnen.

Nun wird von den Kritikern – und hier sind in erster Linie natürlich die beiden großen Kirchen zu nennen – vorgebracht, mit einer solchen Regelung, ich darf das mal etwas salopp ausdrücken, würden die Werte, auf denen unsere Gesellschaft fußt, ins Rutschen geraten, würden weiter ein Stück ausgehebelt und es wäre zu befürchten, dass weitere, die in ähnlicher Tendenz tätig sein wollen, hinterher kommen.

Teilweise, damit meine ich jetzt weniger die Kirchen, aber unsere eigene parlamentarische Debatte, wird diese Kritik, die an dieser Werteproblematik ansetzt, ergänzt um Argumente oder Scheinargumente, die an den Inhalten

mancher Videos ansetzen, und da gibt es sicherlich auch einiges an Gewaltdarstellungen, an pornographischen Darstellungen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: 37 Prozent.)

was sicherlich nicht geeignet ist, Kulturpreise zu bekommen.

Aber, meine Damen und Herren, lassen wir mal die Kirche im Dorf. Ist denn das, was im Moment Gesetzeslage ist, dass wir nämlich Videos am Sonntag nicht ausleihen dürfen, wirklich geeignet, die Qualität des Videoangebotes zu verbessern? Niemand ist im Augenblick daran gehindert, sich am Samstag Videos, gleich welcher Qualität – und dabei kann es auch das unterste Niveau sein –, megaweise auszuleihen und sich diese sonntags anzuschauen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Der Qualitätsdiskussion kommen wir also mit dem Argument der Sonntagsöffnung oder Sonntagsnichtöffnung offenkundig nicht bei. Ernster zu nehmen sind von daher für mich die Argumente, die an dem Werteproblem ansetzen.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist richtig.)

Wir kommen diesen Argumenten heute ein Stück weit entgegen. Sie haben, meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen einen Änderungsantrag vorgefunden, bei dem wir bestimmte kirchliche Feiertage von diesen Öffnungsmöglichkeiten ausnehmen. Wir möchten also hier ganz bewusst nicht den Konflikt mit denen, die unsere Werte in Gefahr sehen.

Ich möchte darum bitten, dass wir unseren Änderungsantrag noch um ein Wort erweitern. Dieses, Frau Präsidentin, beantrage ich hiermit offiziell. Bei der Liste, die wir dort gemacht haben, ist uns der Karfreitag durchgerutscht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Liebe Kollegen, wer darüber lacht, wenn andere Fehler machen, der sollte mal gucken, was Sie beim Kommunalabgabengesetz machen. Da haben Sie vor der ersten Beratung Ihres Antrages zur Jagdsteuer den Text vollständig durch einen neuen ersetzt. Darüber lachen wir auch nicht. Also bleiben Sie mal ganz ruhig! Wir bitten also, vor dem Ostersonntag den Karfreitag hier in diesen Änderungstext noch einzufügen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle – und ich glaube, das ist die entscheidende Stelle für die Diskussion um dieses Gesetz – sagen: Wir wollen hier nicht die religiösen, die weltanschaulichen Gefühle von wem auch immer verletzen. Selbstverständlich kann jeder den Sonntag heiligen, wie ihm dies seine eigene Überzeugung vorschreibt. Wir wollen keine religiösen Gefühle verletzen.

(Andreas Petters, CDU: Nein!)

Wir wollen aber auf der anderen Seite auch nicht dem, der sich diesen Wertvorstellungen, der sich dieser Heiligung des Sonntags nicht anschließen möchte, von Staats wegen vorschreiben, dass er dies zu tun hat.

(Zurufe von Andreas Petters, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Die Bevormundung des mündigen Bürgers ist unseres Erachtens nicht Aufgabe eines Staates, der sich ganz zu Recht auf ein gutes Stück liberale Traditionen gründet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann können Sie ja unserem Waldgesetz zustimmen.)

Wir glauben, Herr Kollege Riemann, vielleicht im Gegensatz zu Ihnen, an den mündigen Bürger, der diese Entscheidung selbst treffen kann

(Rainer Prachtl, CDU: Die Bürger waren schon oft unmündig in der Geschichte.)

und selbst treffen muss. Und wir glauben daran, dass es Sinn macht, wenn wir hier zu einer Gleichbehandlung kommen. Denn es ist niemandem zu vermitteln, warum ich mir am Sonntag das Video nicht ausleihen kann, aber sehr wohl an die Tankstelle gehen und mir Zeitschriften – und auch da gibt es qualitativ ja nun einiges, was unterhalb der Gürtellinie angesiedelt ist – ausleihen kann.

Diese Ungleichbehandlung, meine Damen und Herren, ist niemandem zu vermitteln und es gehört unseres Erachtens zu einem liberalen Staatsverständnis, zu einem Verständnis von mündigen Bürgern, dass wir ihm Entscheidungsmöglichkeiten geben. Und das heißt auch, dass wir nicht vorschreiben, wann er ein Video ausleiht und wann nicht. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ringguth von der Fraktion der CDU.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer wieder sind es die auch manchmal überraschenden Verknüpfungen oder Ereignisse, die uns inne halten lassen und uns nachdenklich machen.

Der Innenausschuss, meine Damen und Herren, hatte es wahrlich nicht eilig, sich nach der öffentlichen Anhörung, die immerhin schon am 25. Februar 2004 stattgefunden hat, überhaupt mit dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage zu befassen. Als er es aber dann am 9. Juni 2004 endlich doch nach Monaten tat, fand am gleichen Tag und zur gleichen Stunde die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichtes zu einer Klage der Metrotochter Galeria Kaufhof statt. Die Karlsruher Richter, die das Ladenschlussgesetz für verfassungsgemäß erklärten, waren sich eigentlich nur in einem einzigen Punkt wirklich alle einig. Ansonsten gab es da zum Teil erheblichen Dissens, nämlich als es um das generelle Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen ging. Hier hat man gesagt, dieses Verkaufsverbot müsse weiter Bestand haben.

Meine Damen und Herren, Szenenwechsel: Zur gleichen Stunde wie gesagt wird hier bei uns im Innenausschuss in Schwerin debattiert über die weitere Einschränkung des Sonn- und Feiertagsschutzes. Und zum gleichen Zeitpunkt, meine Damen und Herren, wird auf Antrag der Koalitionäre noch etwas nachgeschoben. Wenn man schon den Sonn- und Feiertagsschutz anfasst, dann muss es sich ja auch irgendwie lohnen.

Und bei der Ankurbelung der heimischen Wirtschaft sind viele Ideen gefragt. Warum soll man nicht der mutigen Rettung des mecklenburg-vorpommerschen Video- und Medienfachhandels nun auch die Rettung von vielleicht 15 oder 20 Münzwaschsalons folgen lassen?

Meine Damen und Herren von der Koalition, mit Ihren Stimmen werden aber eben nicht nur abstrakt irgendwelche Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagesgesetz möglich. Und vielleicht ist es jetzt auch der Augenblick, über Ihren Änderungsantrag zu reden, meine Damen und Herren.

Wodurch dieser Änderungsantrag auch immer zustande gekommen sein mag, vielleicht unter Eindruck der Kritik der Landeskirchen, die Ihnen ja Politik der Wertedemontage vorgeworfen haben, vielleicht war es auch so, und das wünschte ich mir, Herr Friese, dass es diejenigen waren, die die Mindermeinung in der SPD relativ lange und relativ ordentlich vertreten haben, egal, wodurch es zu diesem heutigen Änderungsantrag kam, ich muss es Ihnen ganz deutlich sagen: Es ist eigentlich dieser Antrag selbst.

Wenn Sie einem Antrag sozusagen noch einen Änderungsantrag folgen lassen und den wichtigsten stillen christlichen Feiertag, den Karfreitag, mal eben noch so nachschieben, dann sagen Sie selbst, meine Damen und Herren, und zeigen selbst, wie weit eigentlich der Werteverfall in unserer Gesellschaft mittlerweile gereift ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Es tut mir wirklich Leid. Ich muss Ihnen auch sagen, wenn Sie mit diesem Antrag, den Sie jetzt ...

(Volker Schlotmann, SPD: Dass das vielleicht ein Zugehen auf Sie ist und andere, das kommt Ihnen wohl überhaupt nicht in den Sinn! Dass das ein Zugehen auf Sie und auf andere ist, auf die Idee kommen Sie gar nicht!)

Herr Schlotmann, ich hatte bereits in der Ersten Lesung genau dieses verlangt, geradezu darum gebeten. In der Ausschussarbeit fand das überhaupt nicht statt. Und ich sage Ihnen auch eins: Mit dem Aufeinanderzugehen hat es Grenzen. Diese Grenzen sind hier sehr grundsätzlichlicher Art und darauf komme ich noch im Weiteren.

Meine Damen und Herren, diesen Antrag werden wir, und das sage ich jetzt schon an dieser Stelle, ablehnen müssen, weil er uns nicht weit genug geht.

(Vincent Kokert, CDU: Weil er den Sonntag nicht schützt. Er schützt den Sonntag nicht.)

Meine Damen und Herren, er schützt eben den Sonntag nicht.

(Heinz Müller, SPD: Wer schützt uns vor den Sonntagsschützern?! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Es war meine Fraktion, Herr Schlotmann, ich habe es Ihnen gesagt, die die stillen Feiertage vor der erweiterten Videothekenöffnung bereits von Anfang an ausgenommen wissen wollte.

In Sachsen-Anhalt und auch in Rheinland-Pfalz hat man auch genau dieses getan. Was Sie allerdings getan haben ist, dass Sie stattdessen den Ausnahmekatalog mal eben so per Antrag auf Münzwaschsalons noch erweitert haben.

(Volker Schlotmann, SPD: Herr Ringguth, das ist unfair! Das ist nicht nur eben mal so passiert. Das ist in einer intensiven Diskussion in unserer Fraktion gelaufen. Sie unterstellen uns, dass wir nicht diskutieren! – Glocke der Vizepräsidentin)

Das ist nicht unfair. Das ist durch den Antrag von zwei Koalitionsfraktionen im laufenden Gesetzverfahren gelaufen. Und wissen Sie, ich will Ihnen sagen, Herr Schlotmann, für mich war das eine Sache, die mich sehr, sehr innerlich auch zum Umdenken bewegt hat. Und ich sage Ihnen auch genau, warum. Vertreter der Landeskirchen haben mir schon damals im Februar gesagt: Sie werden es sehen, wenn die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet ist, dann werden neue Begehrlichkeiten wach. Und genau das, meine Damen und Herren, ist doch entstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben mit diesem Änderungsantrag doch noch einen nachgeschoben. Das ist die Tatsache.

Ich habe damals im Februar den Vertretern der Landeskirchen, als sie mir das voraussagten, gar nicht glauben wollen, denn eine erneute Aufweichung des Sonntagschutzes habe ich im laufenden Gesetzgebungsverfahren für gänzlich unmöglich gehalten. Sie haben mich eines Besseren belehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, es ist doch so und es bleibt auch so. Man kann ganz unterschiedlicher Auffassung darüber sein, aber etwas im wahren Wortsinne Werktätlicheres als das Waschen von Wäsche ist für mich kaum vorstellbar. Und mit dem Wesen der Sonntagsruhe hat das beim besten Willen, meine Damen und Herren, nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vielmehr wird jetzt wirklich überdeutlich, dass tatsächlich jeder Eingriff in den verfassungsrechtlichen Schutz des Sonn- und Feiertagsgesetzes schleichend jeweils eine weitere Aushöhlung des Sonntagsschutzes nach sich zieht. Und wie groß die Begehrlichkeiten hier sein können, wurde doch bei der öffentlichen Anhörung deutlich, als der Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes sich eben nicht nur für die Waschsalons einsetzte, sondern gleich eine ganze Reihe weiterer Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagsschutz anregte, zumindest, was die Waschsalons betrifft, ja offensichtlich nicht ohne Erfolg.

Meine Damen und Herren, wer den durch Grundgesetz, Verfassung und Staatskirchenvertrag garantierten Schutz von Sonn- und Feiertagen einschränken will, muss ganz gewichtige Gründe haben, Gründe, die in der Abwägung den Eingriff in diesen Kernbereich des Sonn- und Feiertagsschutzes auch rechtfertigen können. Diese Gründe sind nach der Anhörung sowohl für die Sonntagsöffnung von Videotheken als auch und besonders, meine Damen und Herren, für die Öffnung von Waschsalons an Sonntagen aus Sicht meiner Fraktion nicht einmal ansatzweise zu erkennen. Die Sonntagsöffnung der Videotheken als Kompensationsmaßnahme zugunsten der Videothekenwirtschaft für das neue, ja im Grunde schon uralte, eben von 1998 stammende Filmförderungsgesetz zu verstehen, halten wir beispielsweise für völlig sachfremd. Dies würde doch in der Tat bedeuten, dass eine Filmförderungsabgabe eigentlich durch eine Einschränkung des Sonn- und Feiertagsschutzes auszugleichen wäre. Meine Damen und Herren, das ist ein absurder Gedanke. Und auf die Frage, ob denn die Öffnung von Videotheken im Lande geboten und erforder-

lich sei, um den sonn- und feiertäglichen Freizeitbedarf zu decken, wird aus Sicht meiner Fraktion mit einem klaren Nein beantwortet.

Die überwiegend kommerziellen Erwägungen des Interessenverbandes des Videotheken- und Medienfachhandels sind aus Sicht der Videothekenbesitzer sicher nachvollziehbar, rechtfertigen aber die Erweiterung von Ausnahmen vom Arbeitsverbot nach Paragraph 4 nach meiner Auffassung in keinem Fall.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion teilt die Auffassung der Landeskirchen, dass dieser Gesetzentwurf Grenzen überschreitet. Selbst nach Ihrem heutigen Schnellantrag bleibt diese Auffassung insbesondere wegen der ständigen Aushöhlung des Sonntagsschutzes bestehen. Hier, meine Damen und Herren, werden Grenzen überschritten. Und die Frage stellt sich nach dem heutigen Tag doch umso bedrückender: Welche Argumente will man denn künftig finden, wenn andere Gewerbebezweige jetzt Gleichbehandlung verlangen?

Meine Damen und Herren, der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage – und ich betone noch mal, eben auch der Sonntag – bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt. So will es das Grundgesetz und so will es die Landesverfassung. Wir stehen eigentlich gemeinsam in besonderer Verantwortung,

(Heinz Müller, SPD: Gehen wir beide in die Spielbank?!)

die christlichen Werte unserer Gesellschaft, die eine jahrhundertealte Tradition, Herr Müller, besitzen, zu bewahren.

(Heinz Müller, SPD: Dafür gehen wir dann in die Spielbank.)

Und dies gilt in einer Gesellschaft, die zunehmend den Verlust von Werten beklagt, doch umso mehr.

(Heinz Müller, SPD: Sie spielen nur samstags. Richtig.)

Wir können ja beide dann doch noch zu Spielbanken reden und können genau den Vorschlag machen. Sie haben heute mal ganz eben so einen Vorschlag hervorgezaubert, dass wir den Karfreitag als Änderungsantrag noch hinzufügen. Vielleicht nehmen wir jetzt auch den Sonntag in dem Bereich heraus, gut.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber doch nur, Herr Ringguth, weil er uns durchgerutscht ist. –
Gabriele Schulz, PDS: Seien Sie mal nicht so!)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf wird all diesem nicht gerecht. Meine Fraktion lehnt ihn daher geschlossen ab. Und auch der Änderungsantrag auf Drucksache 4/1266 vom heutigen Tage vermag nichts wirklich Wesentliches daran zu ändern, weil er der beständigen Aushöhlung des Sonntagsschutzes nichts, aber auch nichts entgegensetzt. Und er wird von uns als nicht weitgehend genug abgelehnt, meine Damen und Herren.

Abschließend beantrage ich – und das wird Sie nicht verwundern – im Namen meiner Fraktion namentliche Abstimmung. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ringguth.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die Fraktionen der PDS und SPD vor einem Dreivierteljahr, konkret am 10. September 2003, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Feiertagsgesetzes zur Ersten Lesung eingebracht haben, sollte es uns heute gelingen, die nahezu einer Never-Ending-Story gleichende Videothekenproblematik zu einem guten Ende zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin weder Prophet noch Wetterfrosch, glaube aber, dass die vorliegende Gesetzesänderung einen kleinen Beitrag zur Bereicherung der beginnenden Urlaubssaison leisten kann, auch weil der kalendarische Sommeranfang eher durchgewachsen war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vorsitzende des Innenausschusses hat das Beratungsverfahren vorgestellt. Der Innenausschuss hat sich nach durchgeführter Anhörung mehrheitlich für die Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes zugunsten der Videotheken in unserem Land ausgesprochen. Weiter hat sich der Ausschuss ebenfalls mehrheitlich darauf geeinigt, der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses zu folgen und in das Gesetz eine Öffnung zugunsten von Münz- und Selbstbedienungswaschanlagen aufzunehmen. Das ist im Übrigen ein normales parlamentarisches Verfahren, dass federführende Ausschüsse auch im Laufe des Verfahrens Empfehlungen von mitberatenden Ausschüssen aufnehmen. Damit, mit dieser Änderung, soll praktischen Bedürfnissen entsprochen werden, die es im Land nun mal gibt, und eine unterschiedliche Behandlung von Betreibern von Waschanlagen für Kraftfahrzeuge einerseits und Münzwaschsalons für Wäsche andererseits beendet werden.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies alles wurde im Ausschuss ausführlich diskutiert und im Rahmen einer Anhörung vertieft. Erwartungsgemäß – und das, denke ich, hat uns alle nicht überrascht – gab es Pro und Kontra und es war allen Beteiligten klar, dass es nicht allen recht getan werden kann. Die Koalitionsfraktionen versuchen auch daher mit dem vorliegenden Änderungsantrag, den vor allem von den Vertretern der Kirchen unseres Landes vorgetragenen Bedenken entgegenzukommen und gleichzeitig die begründeten Interessen der Nutzer und Betreiber von Videotheken nicht zu vernachlässigen. Das Ergebnis – auch das ist uns allen klar – kann nur ein Kompromiss sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erspare es mir und Ihnen, an dieser Stelle noch einmal eine Rückschau auf zurückliegende Gesetzesnovellen zum Sonn- und Feiertagsgesetz in unserem Lande vorzunehmen, obwohl dabei, das hat Herr Ringguth in der Beschäftigung mit diesem Gesetz selbst gemerkt, Interessantes herauskommen würde, wer wann welche Gesetzesänderung mit welchem Inhalt beantragt hat.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, im nächsten Tagesordnungspunkt befassen wir uns in der Tat mit den Spielbanken in unserem Land. In

der Anhörung im Innenausschuss habe ich die Frage nach deren Öffnungszeiten gestellt. Die Antwort der Betreiber der Spielbanken: Sieben Tage lang die Woche, rund um die Uhr, also auch am Sonntag. Anstoß hat niemand daran genommen in der Ausschusssitzung,

(Torsten Koplin, PDS:
Nicht mal Herr Ringguth?!)

weder Herr Ringguth noch die CDU-Fraktion. Und weil das so ist, bitte ich Sie um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf und auch zum vorliegenden Änderungsantrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der Fraktion der SPD.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da die Mehrheit nicht immer Garant für die Richtigkeit einer vertretenen Meinung ist,

(Rainer Pracht, CDU: Majoritas in veritas.)

ist es meine Aufgabe, auch im Namen einiger Fraktionskollegen, eine Minderheitenmeinung vorzutragen. Ich möchte mich dabei auf drei Kernprobleme beschränken, zum einen auf das Wertebewusstsein.

Ein Abgeordneter dieses Hauses ist unlängst mit der Meinung in die Öffentlichkeit getreten, dass der Sonntag doch im Rahmen des Wertewandels der Gesellschaft ein Tag wie jeder andere Tag ist. Dieser Meinung möchte ich ganz entschieden entgegentreten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Der Sonntag basiert auf einer zweitausend, dreitausend Jahre alten Tradition. Der 7-Tage-Rhythmus, den wir heute haben, kommt aus vorchristlicher, aus babylonischer Zeit, und die Unterbrechung, der Rhythmus, der den Alltag unterbricht, die Entschleunigung, wie wir heute auch sagen, die Verzögerung, das sind Dinge, die in unserer schnelllebigen Zeit nicht ohne Not aufgegeben werden sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Sonntag ist in besonderer Weise dazu gedacht, anderes zu machen als im Rest der Woche. Im Übrigen darf ich an dieser Stelle auch daran erinnern, dass es ja ein Erfolg der Arbeiterbewegung war, dass es einen arbeitsfreien Sonntag einmal gab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Siegfried Friese, SPD)

Auch dies sollten wir nicht ohne Not aufgeben.

Ich möchte in Anknüpfung an ein neutestamentliches Streitgespräch fragen: Ist der Mensch für den Sabbat, für den Sonntag, da oder der Sonntag für Menschen? Diese Frage müssen wir uns immer wieder stellen und wie ich sie beantworte, das geht ja aus meinem Minderheitenvotum hervor. Der 7-Tage-Rhythmus ist nach meiner Auffassung ein Kernbereich, nicht ein, sondern der Kernbereich des Sonn- und Feiertagsschutzes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Als zweiter Kreis steht die Verfassungsgemäßheit. Ich möchte an diesem Punkt sehr deutlich machen, dass ich sehe, dass dieses heute zu verabschiedende Gesetz möglicherweise nicht verfassungskonform ist. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat dargelegt, dass die Betreibung von Videotheken einen grundsätzlich werktäglichen Charakter hat, Gewinnabzielung und Ähnliches, und hat die Videothekenöffnung am Sonntag verboten. Grundlage dafür sind das Grundgesetz Artikel 110, auch die Weimarer Reichsverfassung Artikel 139. Hier wird sehr deutlich gemacht, dass es eine kollektive Unterbrechung des Arbeitsrhythmus geben muss. Der Sonntag muss in irgendeiner Form den Rhythmus des Alltages deutlich unterbrechen. Diese Ausführung zu den Gesetzen erspare ich mir hier. Das ist nachzulesen in einschlägigen Kommentaren. Möglicherweise werden sie im Nachgang zu diesem Gesetz ja auch noch mal an Bedeutung gewinnen. Wir haben darüber hinaus im Lande eine spezifische Regelung. Artikel 9 der Landesverfassung sagt ausdrücklich den Schutz des Sonntages zu. Wenn ich diesen Verfassungsartikel in Verbindung bringe mit Artikel 23 des Staat-Kirche-Vertrages, so ist, weil dort noch einmal ausdrücklich der Sonntagsschutz garantiert wird, natürlich eine Klagemöglichkeit gegeben, die es so in anderen Ländern übrigens nicht gibt. Insofern möchte ich meine Bedenken hier an diesem Punkt zumindest vorgetragen haben.

Ein dritter Themenbereich sind die Kettenreaktionen. Ich befürchte, dass diese Gesetzesänderung weitere Anfragen und Begehrlichkeiten wecken wird. Die IHK hat es bei ihrer Stellungnahme deutlich gemacht. Der Wellnessbereich, Kosmetik, Friseure, Massagen werden auch nachziehen mit ihren Forderungen. Darüber hinaus kann man dann auch fragen, warum denn nicht der Buchhandel und die Musikgeschäfte. Und des Weiteren kann man sagen, da die Familie ja nur am Sonntag zusammen ist, dann können sie ja auch am Sonntag ihr Auto kaufen. Und in diesem Zuge kann man natürlich sagen, dann müssen auch Finanzierungsmöglichkeiten da sein, also die Banken sollten dann gefälligst ebenfalls offen haben.

(Beifall Alexa Wien, PDS –
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Und irgendwann kommt es soweit, dass alle diejenigen, für die der Sonntag da ist, arbeiten müssen, unabhängig von der Frage der Werte,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und der Sinn verkehrt sich in Unsinn.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nichtsdestotrotz ist sich meine Fraktion darüber einig, dass die Werte in diesem Land, auch der Sonn- und Feiertagsschutz, ein hohes Gut sind, und die Diskussion in unserer Fraktion war ausgiebig und hat zu dem Ergebnis geführt, was die Abstimmung deutlich machen wird. Ich kann im Namen meiner Fraktion deutlich machen, dass wir uns im Herbst auf einer Klausurtagung ausgiebig mit dem Thema Werte befassen werden.

(Zuruf von der CDU: Das haben auch viele nötig. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir werden ausgiebig über das Thema Werte reden. Wir werden dazu die Kirchen, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber einladen. Es gibt an manchen Punkten keine einhellige Meinung. Das hat im Übrigen auch das Bun-

desverfassungsgericht, was der Kollege Ringguth zitiert hat, deutlich gemacht. Es gibt veränderte, gesellschaftliche Parameter und niemand kann mir sagen, dass es ein ganz klares Nein ohne Aber oder ein ganz klares Ja ohne Aber gibt.

Ich will namens meiner Fraktion deutlich machen, dass wir uns diesem Thema sehr ernsthaft stellen und uns die Entscheidung, die heute zu fällen ist, nicht leicht gemacht haben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Körner.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der PDS und SPD eingebrachten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage auf Drucksache 4/738. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1246 anzunehmen.

Ich lasse zunächst über den zur Beschlussempfehlung vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1266 abstimmen und danach über den mündlich gestellten Antrag.

Wer also dem Änderungsantrag auf Drucksache 4/1266 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1266 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, bei einer Gegenstimme der Fraktion der SPD, mit den Stimmen der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Weiterhin hat der Abgeordnete Müller einen mündlichen Änderungsantrag vorgetragen, der die Einfügung des Wortes „Karfreitag“ vor dem Wort „Ostersonntag“ zum Ziel hat. Wer diesem mündlich vorgetragenen Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der mündlich vorgetragene Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, bei einer Gegenstimme der Fraktion der SPD, mit den Stimmen der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf Artikel 1 entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Artikel 1 entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, bei zwei Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen,

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich habe
mich auch enthalten, also drei Enthaltungen.)

meine Damen und Herren, bei zwei Gegenstimmen, drei Stimmenthaltungen und mit den Stimmen der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung. Wer

dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, bei zwei Gegenstimmen und vier Stimmenthaltungen, mit den Stimmen der Fraktion der PDS und gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zur Beschlussempfehlung und zum Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 4/1246 zum Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/738 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe damit die Abstimmung. Ich bitte jetzt die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei bis drei Minuten.

Unterbrechung: 11.54 Uhr

Wiederbeginn: 11.59 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. 61 Abgeordnete haben an der Schlussabstimmung teilgenommen. Mit Ja stimmten 36 Abgeordnete, mit Nein stimmten 22 Abgeordnete, es enthielten sich 3 Abgeordnete. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1246 angenommen.

Der Abgeordnete Herr Rehberg hat gemäß Paragraph 97 unserer Geschäftsordnung nicht an der Abstimmung teilgenommen. Ich erteile daher dem Abgeordneten Rehberg das Wort zur Abgabe einer Erklärung gemäß Paragraph 97 der Geschäftsordnung. Bitte, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt oder uns lag ein Änderungsantrag vor, der den Ostersonntag, den Pfingstsonntag, den Volkstrauertag und den Totensonntag ausnimmt als Öffnungstage für Videotheken. Die Beschlussempfehlung, die wir erhalten haben, fristgerecht vor einer Woche, sah an diesen Tagen noch die Öffnung vor. Was mich zutiefst betroffen gemacht hat als katholischer Christ, aber ich glaube, ich spreche hier auch für evangelische Christen, ist, dieses kann kein Zufall sein, dass der höchste christliche Feiertag, der stillste Feiertag im Jahr, der Karfreitag, offenkundig, bis der Abgeordnete Müller das mündlich nachgeschoben hat, für Videotheken geöffnet sein sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einige – und das sage ich sehr persönlich – sollten hier nicht über Werteverfall debattieren und hier hilft es auch nicht, sich auf einer Fraktionssitzung über Werte zu unterhalten, wenn man so einen Bezug zu Werten hat, wie gerade der christliche Glauben verkörpert. Ich halte dieses für keinen Zufall, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, die Ja dazu gesagt haben, dass mit der Beschlussempfehlung Ostersonntag, Pfingstsonntag, Volkstrauertag, Totensonntag und Karfreitag ein Öffnungstag für Videotheken sein sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer über Werte redet, ob bei Kindern, ob bei Erziehung in der Schule, der sollte bei sich selbst hinterfragen, wie er zu bestimmten Werten steht. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Spielbankgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/893, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 4/1254(neu).

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Spielbankgesetzes des
Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Spielbankgesetz – SpielBG M-V)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 4/893 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
– Drucksache 4/1254(neu) –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht. Es ist vereinbart worden, eine Aussprache auch nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Spielbankgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf der Drucksache 4/893. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1254(neu) anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 6 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1254(neu). Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind die Paragraphen 1 bis 6 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 7 entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1254(neu). Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der

Paragraph 7 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 8 bis 17 entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1254(neu). Wer diesen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind die Paragraphen 8 bis 17 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1254(neu) zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 4/1254(neu) mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen, Drucksache 4/1094, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses, Drucksache 4/1224.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag
zum Lotteriewesen in Deutschland und zum
Staatsvertrag über die Regionalisierung von
Teilen der von den Unternehmen des Deutschen
Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/1094** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses**
– **Drucksache 4/1224** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich höre und sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland und zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen auf Drucksache 4/1094. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/1094 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes auf der Drucksache 4/1094. Wer diesen zustimmen wünscht, den bitte

ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/1094 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/1094 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über Seilbahnen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesseilbahngesetz), Drucksache 4/1099, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 4/1247.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über Seilbahnen
im Land Mecklenburg-Vorpommern
(Landesseilbahngesetz – LSeilbG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 4/1099** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses**
– **Drucksache 4/1247** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete und Ausschussvorsitzende Herr Peters von der Fraktion der CDU.

(Wolfgang Riemann, CDU: Petters!)

Herr Petters, Entschuldigung.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt auf der Drucksache 4/1247 die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/1099 vor. Die Fraktionen hatten im Wirtschaftsausschuss vereinbart, den Gesetzentwurf bedeutungsangemessen zu beraten. Und so werde ich unsere Beschlussempfehlung auch bedeutungsangemessen einbringen, meine Damen und Herren.

Der Bericht liegt Ihnen allen vor. Daher werde ich versuchen, für uns und für die Öffentlichkeit deutlich zu machen, was es mit dem Seilbahngesetz auf sich hat und warum wir uns im Ausschuss auf eine bedeutungsangemessene Beratung ohne Anhörung verständigt haben.

Manchmal ist ein Gesetz wie Medizin: Der Gesetzentwurf stellt dann den Vorschlag für die Behandlung eines bestimmten Regelungsbedarfes dar, nämlich der Erkrankung, um im Bild zu bleiben. Wir beraten über die Diagnose und den Behandlungsvorschlag in den Ausschüssen, hören Experten dazu an, ändern etwas am Vorschlag und beschließen letzten Endes hier im Landtag über die Behandlung. Wie steht es mit dem Landesseilbahngesetz?

Das Landesseilbahngesetz passt, wie wir alle wissen, nicht so richtig ins Bild, denn es steckt kein konkreter Befund dahinter. Der Regelungsbedarf ist nicht etwa durch die Seilbahnen im Lande entstanden. Wir haben hier die Situation, dass der Regelungsbedarf durch die

Europäische Union gesehen und vorgegeben worden ist. Wir müssen die dahinter stehende EU-Richtlinie umsetzen, sonst verletzt Deutschland die europäischen Verträge und wir riskieren, Strafzahlungen leisten zu müssen.

Ich möchte das Bild mit der Krankheit und der Behandlung durch den Arzt nicht überstrapazieren, aber bezogen auf das Seilbahngesetz können wir uns die Sache so vorstellen, als ob die Krankenkasse den Arzt verpflichtet würde, vorsorglich allen Patienten Aspirin zu verabreichen, weil sie ja irgendwann einmal Kopfschmerzen bekommen könnten. Und wenn der Arzt sich weigert, muss er Strafe zahlen. Dieses Beispiel habe ich gewählt, damit auch unsere Zuhörer auf der Gästebank verstehen, warum wir hier dieses Seilbahngesetz so behandeln, wie wir es heute behandeln werden.

(Siegfried Friese, SPD: Es ist nicht üblich, dass ein Abgeordneter zur Tribüne spricht.)

Das Bild passt nicht so ganz, da Aspirin in Mecklenburg-Vorpommern ein Placebo ist und ohne Wirkung bleiben würde. Gleichwohl werden wir dieses Placebo verabreichen müssen, meine Damen und Herren.

(Reinhard Dankert, SPD: Wenn das Placebo viel Geld spart, dann muss man das so machen.)

Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsausschusses für die sachlichen und bedeutungsangemessenen Beratungen bedanken. Die Änderung im Gesetzentwurf, die der Wirtschaftsausschuss vorschlägt, hat mit der Dauer der Behandlung zu tun. Der ursprüngliche Gesetzentwurf war befristet, der Wirtschaftsausschuss empfiehlt mehrheitlich, diese Befristung zu streichen.

Insgesamt empfiehlt der Wirtschaftsausschuss einvernehmlich, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen und im Auftrag des Wirtschaftsausschusses um Ihre Zustimmung. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Petters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsminister hat bei der Einbringung des Gesetzentwurfs in einer erfreulichen Deutlichkeit darauf hingewiesen, was er von seinem eigenen Gesetzentwurf hält, nämlich, dass das eigentlich aus der Sicht des Landes völlig überflüssig wäre, aber wir Forderungen der EU nachkommen müssten. Ich unterstreiche noch einmal, ich sehe das ganz genauso wie der Wirtschaftsminister. Herr Minister, es ist erfreulich, dass Sie zur Zweiten Lesung hier sind, da hätte ich es ausnahmsweise nicht einmal unbedingt gefordert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Aber wenn wir über Deregulierung und Entbürokratisierung reden, dann muss ich sagen, wir haben hier ein Beispiel, das uns nachdenklich machen sollte, wo wir es in Zukunft doch besser gestalten könnten.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie haben doch die Mehrheit, Sie können das doch machen.)

Nicht, Kollege Dankert, weil es im Paragraphen 10 steht – ich werde nicht weitere Kuriositäten zitieren wie bei der Ersten Lesung –, „Entlang der Trasse von Seilbahnen dürfen bauliche Anlagen nicht errichtet oder geändert werden, wenn dadurch die Betriebssicherheit der Anlage beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für das Anlegen oder Ändern von Anpflanzungen aller Art, für Zäune sowie Stapel, Haufen“ – welche immer das sein mögen – „und andere mit dem Erdboden nicht fest verbundene Gegenstände.“

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist wohl der Gartenmüll.)

Nein, nicht nur deswegen, sondern weil diese Formulierungen, Kollege Dankert – obwohl wir uns einig sind, dass die Praxisrelevanz sich sehr in Grenzen hält –, nicht etwa dadurch in diesen Gesetzentwurf gekommen sind, dass die sehr engagierten Beamten des federführenden Wirtschaftsministeriums hergegangen wären und geguckt hätten, welche Seilbahngesetze es in der Bundesrepublik Deutschlands zum Teil seit Jahrzehnten gibt, die mit Erfolg angewandt werden. Es sind weder rote noch schwarze. Die Seilbahnen sind zum Teil weiß-blau. Sie brauchen da gar keine Sorgen zu haben.

Also man hätte wirklich die Gesetze schlicht nebeneinander legen können und sich das Beste davon herausuchen. Das hat mich aufgeschreckt, Herr Minister, und deshalb habe ich hier noch einmal das Wort ergriffen. Ich habe im Ausschuss gefragt und eine ehrliche Antwort bekommen. Da hat der zuständige Referatsleiter gesagt, dass es ihn schon ziemlich viel Zeit gekostet hat. Der Referent hat intensiv daran gearbeitet und dann ist das natürlich auf dem normalen Weg über den Abteilungsleiter zum Staatssekretär bis zum Minister gekommen. Und da sage ich mir, zumindest bei Letzterem weiß ich, dass er seine Zeit besser für unser Land einsetzen kann,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

als sich mit einem solchen Gesetzentwurf dann auch noch auseinander zu setzen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Schauen Sie sich das an, es sind 35 Seiten geworden. Genau das sollten wir nicht tun, wenn wir wirklich entbürokratisieren wollen.

Und ein zweiter Punkt, weswegen ich noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit bitte und einfach appelliere gerade an die Kolleginnen und Kollegen der Oppositions-, der Koalitionsfraktionen. Entschuldigung, das war eine Freud'sche Fehlleistung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: An mich können Sie auch noch appellieren.)

Vielleicht war es Wunschdenken, ich weiß es nicht. Ich appelliere also an Sie alle,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist schön.)

damit sich alle angesprochen fühlen. Die Landesregierung hatte möglicherweise – das unterstütze ich auch ausdrücklich – gesagt, in Zukunft sollen alle Gesetze mit einer Laufzeit von fünf Jahren versehen werden, denn wir wollen nicht, dass unsere so fleißigen Beamten Gesetzentwürfe basteln, die wir vielleicht nicht brauchen. Wenn wir sie jedenfalls nicht mehr brauchen, dann sollen sie uns ausdrücklich begründen, warum sie doch noch in Kraft bleiben müssen.

Das war der erste Gesetzentwurf, der uns nach diesem hehren Beschluss vorgelegt wurde. Und sie hatten es auch erfreulicherweise hineingeschrieben, das Gesetz sollte außer Kraft treten zum 31.12.2009. Und siehe da, im Ausschuss passierte genau das, was wir gemeinsam hier des Öfteren festgestellt haben, insbesondere dann, wenn wir uns in den Ausschüssen mit den Verfassern auseinander setzen. Da wurde uns dann dargelegt, bei diesem Gesetzentwurf ist das nicht so gut, wenn wir eine Befristung hineinnehmen, denn die EU hat gesagt, das ist ein Gesetz, was wir brauchen. Und jetzt gehen wir einfach mal davon aus, wenn die EU einmal etwas gesagt hat, ist sie nicht so schlau wie der Gesetzgeber von Mecklenburg-Vorpommern und kommt vielleicht auf die Idee, dass sie in fünf Jahren sagt, die Richtlinie schaffen wir lieber ab, sondern wir unterstellen denen schlicht und ergreifend, sie machen so weiter, wie es bisher bei uns üblich war, und deshalb wird diese Befristung aus dem Gesetzentwurf nun wieder herausgenommen, wie gesagt auf Vorstoß der sachkundigen Beamten, und dem hat sich dann die Ausschussmehrheit, was ja verständlich ist, da sie dem Minister ja noch verbundener ist, als wir das insgesamt als Ausschuss sind, dann auch angeschlossen. Und da habe ich die herzliche Bitte, dass wir wirklich ernst machen mit der Befristung, denn sonst werden wir bei jedem Gesetzentwurf genau das erleben,

(Beifall Andreas Petters, CDU,
und Karin Strenz, CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

dass uns dargelegt wird, warum in diesem konkreten Fall die Befristung doch nicht sein soll, und dann gilt in der Tat, ich meine Paragraph 2 oder Artikel 2 der Mecklenburgischen Landesverfassung, wir müssen es nachprüfen. Andere behaupten, es sei sogar Artikel 1. Dann geht es nämlich nach dem Motto: Es blifft allens bi'n Ollen. Und genau das wollen wir übereinstimmend nicht, das haben alle festgestellt, ob nun Regierungskoalition

(Reinhard Dankert, SPD: Wollen Sie das Ding
in fünf Jahren schon wieder aufmachen?!)

oder Opposition, ob derzeitige oder zukünftige. Und deshalb mein herzlicher Appell, dass wir das selbst ernst nehmen, was wir uns hier gegenseitig geschworen haben, nämlich Deregulierung und Entbürokratisierung. Und da, wo wir es als Gesetzgeber tun können, sollten wir auch wirklich damit anfangen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, wir wollten es eigentlich schnell hinter uns bringen. Jetzt erfordert es doch noch ein paar Minuten. All die Fragen, die Sie aufgeworfen haben, sind natürlich berechtigt, und als ich den Gesetzentwurf zum ersten Mal auf den Tisch bekommen habe, habe ich die Frage gestellt: Müssen das so viele Paragraphen sein? Ich wusste auch, dass der Hamburger Gesetzentwurf – zumindest war so mein optischer Eindruck – etwas kürzer aussieht. Und dann habe ich auch gefragt, ob wir nicht einfach den von Hamburg oder von Schleswig-Holstein übernehmen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vom Freistaat Bayern.)

Der vom Freistaat Bayern ist schon ein bisschen älter und die Richtlinie ist jetzt neu, die Bayern müssen die ja auch umsetzen. Es ist alles ein bisschen kompliziert. Aber Hamburg hat es nachher gemacht und Schleswig-Holstein hat es nachher gemacht. Nun war natürlich die Frage, die auf der Hand lag, ob wir es nicht einfach so übernehmen können. Und dann wurde ich eines Besseren belehrt und das war überzeugend:

Erstens wurde mir beigebracht, dass die Anzahl der Paragraphen kein direkter Maßstab für die Länge von Gesetzen sei,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und das ist einfach richtig. Die Paragraphen zu zählen, das reicht nicht aus. Die Paragraphen dienen einer übersichtlichen Struktur, wurde mir gesagt. Und das stimmt natürlich auch. Also lassen wir mal das Paragraphenzählen weg.

Zweitens wurde mir beigebracht, dass Hamburg und Schleswig-Holstein die EU-Richtlinie nicht vollständig umgesetzt hätten, und hier möglicherweise Brüssel eine Nachbesserung verlangen wird. Dieser Nachbesserung wollten wir uns nicht aussetzen, ich auch nicht. Es wäre also hochrangig peinlich, wenn hier noch einmal ein Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht würde und wir sagen müssten, wir haben hier nachzubessern, wir haben da etwas vergessen, es ist moniert worden. Es wäre auch nicht sehr arbeitssparend, sondern wir müssten noch mal ran. Wir hätten noch mal das Verfahren. Es wäre alles nicht ganz schön. Dieses galt es zu vermeiden.

Warum es bei uns ein paar Worte mehr geworden sind, liegt daran, dass wir auf Verweise auf andere Rechtsquellen verzichtet haben. Wir wollten es einfach ausschreiben. Ich glaube, das ist auch im Sinne einer guten Gesetzestechnik richtig. Dann wurde mir noch gesagt, in Hamburg und Schleswig-Holstein seien umfassende Rechtsverordnungen erforderlich zur Präzisierung. Um Gottes Willen, das wollte ich auch vermeiden, dass wir jetzt noch viel Papier dazupacken müssen zur Präzisierung, noch umfängliche Rechtsverordnungen machen müssen. Unser Ding steht, auch wenn es jetzt ein paar Worte mehr sind. Es ist ausreichend, so wurde mir versichert.

In Hamburg fehlt dann zum Beispiel die Übergangsregelung sowie das In-Kraft-Treten und deshalb konnte man schon nicht abschreiben. In Schleswig-Holstein fehlt die Verordnungsermächtigung zum Beispiel. Es wäre also auch nicht gut gewesen, das so abzuschreiben. Kurz und gut, Abschreiben ist nicht immer die beste und die einfachste Übung. Manchmal ist es besser, man macht es gründlich. Ich hoffe, es war bei uns jetzt gründlich genug. Man macht es gründlich und hat dann seine Ruhe. Die Fragen, die Sie gestellt haben, waren auch meine. Für

mich wurden sie überzeugend beantwortet. Ich hoffe, dass sie jetzt auch für Sie überzeugend beantwortet sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Befristung hatten Sie ursprünglich drin.)

Zur Befristung komme ich gleich. Die Befristung war ursprünglich nicht drin. Sie war im ersten Entwurf nicht drin. Sie kam dann rein, weil wir tatsächlich der Meinung waren, jetzt sollten wir alles befristen. Also der ursprüngliche Entwurf des Wirtschaftsministers hat sie nicht. Aber dann kam die Befristung rein, weil wir ja alles befristen wollen, in der Tat. Aber dann haben wir noch mal die Frage aufgeworfen, ich habe sie auch aufgeworfen: Was macht diese schematische Befristung, führt die immer zu dem gewünschten Ergebnis? Auf der einen Seite soll ja die Befristung dazu dienen, dass man die Vorschriften noch mal überprüft, sich ansieht, ob man sie beibehalten will, wenn man selbst entscheiden kann, sie wieder abzuschaffen. Da, wo aber erkennbar kein Handlungsspielraum besteht, sie wieder loszuwerden, weil es eine EU-Richtlinie ist, die ja nicht erst befristet wird bis 2009, sondern die unbefristet gilt und auch nicht zufällig im Jahr 2009 wieder abgeschafft wird, in diesem Fall wäre es ein wahrscheinlich unnötiger Arbeits- und Zeitaufwand, sich das Ding noch mal zur Hand zu nehmen und noch mal zu prüfen. Von daher ist dieses, die Endfristung oder die Nichtbefristung, sicher die unbürokratischere Regelung.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir waren uns ja einig, Herr Dr. Born, dass wir mit dem Gesetz möglichst wenig in Zukunft zu tun haben wollen, weil wir wahrscheinlich keinen Anwendungsfall finden. Und wenn wir dieser Maxime treu bleiben, dann ist es besser oder war es besser, die Befristung herauszunehmen, und dann haben wir das Ding. Meine Bitte: Bringen wir es jetzt hinter uns!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist gut vorgetragen worden.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Seilbahnen im Land Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 4/1099. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1247 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 31 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1247. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind die Paragraphen 1 bis 31 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1247 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 32 entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf

Drucksache 4/1247. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Paragraph 32 entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1247 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1247 zustimmen wünscht, den bitte um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 4/1247 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Zoo-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien, Drucksache 4/1100, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses, Drucksache 4/1252.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der
Zoo-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– **Drucksache 4/1100** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Umweltausschusses**
– **Drucksache 4/1252** –

Das Wort zur Berichterstattung hat die Ausschussvorsitzende, die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der PDS.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Nur was man kennt, liebt man! Nur was man liebt, schützt man! Im Zoo lernt man Tiere kennen und lieben – in voller Größe und mit allen Sinnen! Zoos tragen mit ihren Tieren zum Erhalt der Schöpfung bei!“ So, meine Damen und Herren, ist es im Internet auf der Startseite des Verbandes Deutscher Zoodirektoren zu lesen. Und Zoos haben eine sehr lange Tradition, nicht nur in Europa. Wir kennen aus der Historie die Haltung von Wildtieren in Zoos, Wildgehegen oder Tiergärten seit einigen tausend Jahren.

Darunter waren so bekannte Anlagen wie der Park der Intelligenz in China, ein Zoo, der über dreitausend Jahre hinweg Bestand hatte. Europa war damals nicht ganz so kultiviert bei der Haltung von Tieren. Diese hatten beispielsweise im Römischen Reich die zweifelhafte Ehre, mit den Gladiatoren um ihr Leben zu kämpfen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Zoos haben aber nicht nur eine lange Tradition. Auch ihre Aufgaben haben sich im Laufe der Zeit verändert. Wurden im Mittelalter vielfältige Tiersammlungen von den Fürsten zu Repräsentationszwecken gehalten, in den Wandermenagerien dem gewöhnlichen Volk exotische Tiere, verbunden mit Belehrungsveranstaltungen, präsentiert, so wurde dann 1828 der Londoner Zoo unter anderem mit den Zielen gegründet, auch Forschung und Bildung zu befördern.

Und war es Mitte des 19. Jahrhunderts noch die Neugier auf fremdländische Tiere und eine Aufklärung über dieselben, so wurde um die Jahrhundertwende die Sammlung möglichst kompletter Tiergruppen angestrebt. 1973 wurde das Washingtoner Artenschutzabkommen ratifiziert, das den Handel mit gefährdeten Pflanzen und Tieren kontrolliert.

1993 wurde die Welt-Zoo-Naturschutzstrategie verabschiedet, in der sie vereinbarten, gemeinsam ihre Kräfte dem Natur- und Artenschutz zu widmen. Angesichts irreversibler Zerstörungen natürlicher Lebensräume wurden Richtlinien auf internationaler Ebene erarbeitet und dann 1999 endlich auch die EU-Zoorichtlinie. Und diese ist ja die Grundlage für das heute zu verabschiedende Zoogesetz. Wir wissen, meine Damen und Herren, dass der Artenschwund massiv ist und Aufklärung Not tut. Es reicht eben nicht, rein emotional Artenschutz zu betreiben. Dazu sind wissenschaftliche Werkzeuge notwendig und eine Organisationsstruktur, die in der Wissensvermittlung aktiv ist und Informationen an eine breite Öffentlichkeit heranbringt. Und genau diese Werkzeuge sind die bestehenden Zoos und die Tiergärten.

Aber um diesen Aufgaben gerecht zu werden, sind tief greifende Veränderungen in allen Wildtierhaltungen notwendig. Und genau dies ist auch der Hintergrund der EU-Zoorichtlinie. In Zukunft werden nach vollständiger Etablierung und Umsetzung der EU-Zoorichtlinie Wildtierhaltungen, die nur noch auf Show und Zurschaustellung setzen, nicht mehr genehmigungsfähig sein. Zoos dienen künftig der Bildung, der Erholung, dem Artenschutz sowie der Forschung.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Umweltausschuss mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung der Zoorichtlinie und weiterer EG-Richtlinien befasst. Am 31. März 2004 haben wir hier im Plenum die Erste Lesung des Gesetzentwurfes debattiert. Heute, am 23. Juni, also bereits nach zwölf Wochen, legt der Umweltausschuss seine Beschlussempfehlung hierzu vor. Die Ergebnisse der Ausschussberatungen können Sie in der Landtagsdrucksache 4/1252 nachlesen.

Dass die Beratungen in den Ausschüssen dennoch nicht ganz problemlos waren, zeigen die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse. Diskutiert wurden vorwiegend die kurzen Anpassungsfristen für die Zoos nach In-Kraft-Treten des Gesetzes und die wechselnde Zuständigkeit. Erst in seiner zweiten Stellungnahme hat der Innenausschuss unserem Ausschuss mehrheitlich – nach einer kontroversen Diskussion – empfohlen, es bei der zeitlich befristeten Regelung der Zuständigkeiten hinsichtlich der staatlichen Ämter für Umwelt und Natur, wie im Paragraphen 10 Satz 2 formuliert, zu belassen. Diese Empfehlung hat der Umweltausschuss in seiner abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes berücksichtigt und empfiehlt dem Landtag einvernehmlich die unveränderte Annahme des Paragraphen 10.

Die Empfehlung des mitberatenden Finanzausschusses, die Landesregierung aufzufordern, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Fördermöglichkeiten zu prüfen, um notwendige Investitionen in den Übergangsfristen nach dem EU-Recht zu realisieren, hat den Umweltausschuss dazu veranlasst, einen Termin festzusetzen. Da der Landtag im letzten Dezember die Landesregierung beauftragt hat, bis zum Ende des dritten Quartals 2004 eine Zookonzeption vorzulegen, hat der Umweltaus-

schuss es für sinnvoll gehalten, dass die Landesregierung in diesem Zusammenhang auch über die Fördermöglichkeiten zur Realisierung notwendiger Investitionen in den Übergangsfristen nach dem EU-Recht berichtet. Diese Empfehlung möchte ich allen Ministern der Regierung ans Herz legen. Im Interesse der Zoos erwartet der Umweltausschuss, dass alle Ministerien hier mit der gebotenen Ernsthaftigkeit das Problem gemeinsam lösen.

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Bericht mit einem Ausschnitt aus einem kleinen Gedicht von Bernhard Maria Janzen schließen. Es heißt: „Das Gnu“.

Es war einmal ein Gnu
das kam von weit aus Afrika
mit dem Flugzeug von der TWA
zu einem Zoo, dann war es da.
Das Gatter schloß man zu.

Und das besagte Gnu,
das schauten sehr viel Leute an
und hatten auch viel Spaß daran,
wie man sich das wohl denken kann;
das Gnu aber machte traurig „Muh!“

Dennoch, ich bin mir ganz sicher, das heute zu verabschiedende Zoogesetz sichert dem Gnu und den vielen anderen Tieren in unseren Zoos und Tiergärten ein Leben in artgemäßer und verhaltensgerechter Unterbringung, mit einem gut durchdachten Programm zur artgerechten Ernährung und Pflege, tiermedizinischer Vorsorge und Behandlung sowie mit ständiger fachkundiger Betreuung zu. Ich bitte Sie deshalb, der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses zu folgen und dem Gesetzentwurf in der geänderten Fassung zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS,

Norbert Baunach, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Zoorichtlinie und weiterer EG-Richtlinien auf Drucksache 4/1100. In Ziffer I empfiehlt der Umweltausschuss, den Gesetzentwurf entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 1 bis 9 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 1 bis 9 sowie die Überschrift einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 10 entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 10 entsprechend der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und

PDS und bei Stimmenthaltung durch die Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 11 bis 14 entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses. Wer diesen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 11 bis 14 entsprechend der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses. Wer diesem Paragraphen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 15 entsprechend der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 bis 6 entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 2 bis 6 entsprechend der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses auf Drucksache 4/1252 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses auf Drucksache 4/1252 einstimmig angenommen.

In Ziffer II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1252 empfiehlt der Umweltausschuss, einer Entschließung zustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1252 ebenfalls einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass wir im Zeitplan so weit vorangeschritten sind, dass das im Ältestenrat vereinbarte Verfahren zum Tagesordnungspunkt 27, ihn heute noch aufzurufen, vollzogen wird und in Kraft tritt. Ich bitte die Fraktionen, die ihre Redner zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht benannt haben, dieses hier gegenüber den Schriftführern zu tun.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU – Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung und Vereinfachung von Verwaltungsgesetzen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/1228.

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung und Vereinfachung von Verwaltungsgesetzen in Mecklenburg-Vorpommern
(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/1228** –

Das Wort zur Einbringung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU, der Abgeordnete Herr Rehberg. Bitte schön, Herr Oppositionsführer.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Diese Landesregierung scheint an Hilflosigkeit nicht mehr zu überbieten zu sein.

Heute Morgen, 9.30 Uhr – dieser Termin kann kein Zufall sein –

(Regine Lück, PDS: Das ist nichts Neues, Herr Rehberg!)

stellt Justizminister Selling überparteiliche Vorschläge zur Standardfreigabe in Kommunen vor. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier hat sich offenkundig, und das ist sehr lobenswert, ein Kreis zusammengefunden auf Initiative des Justizministers. So hätte ich mir oder hätten wir uns in der CDU übrigens auch die Arbeit einer Enquetekommission zur Begleitung der Verwaltungsreform vorstellen können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

Hier sind dabei die beiden kommunalen Landesverbände, Landrätinnen, Vertreter der Fraktionen und so weiter und so fort und der Justizminister stellt zutreffend – schade, dass er nicht da ist, wenn man mal einen Minister der Landesregierung lobt – in seiner Pressemitteilung fest: Ohne eine enge und gute Zusammenarbeit mit den Vertretern der kommunalen Ebene ist Deregulierung nicht möglich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sollte sich diese Landesregierung insgesamt ins Stammbuch schreiben lassen, denn sonst wird sie kläglich scheitern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Ja?)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister Selling, ich erwarte etwas anderes von einer Landesregierung. Wenn man sich auf Vorschläge einigt, dann haben Sie die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, Gesetze zu novellieren, Verordnungen zu verändern, sich einer Ressortabstimmung zu stellen und dieses uns dann im Landtag zuzuleiten und nicht hier einfach einen PR-Auftritt zu machen und am Morgen um halb zehn in der Landtagssitzung wieder nichts Konkretes vorzulegen. Das ist eine Fortschreibung, Herr Minister, der Hilflosigkeit,

(Beifall Rainer Pracht, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir ein neues Ministerium? Ein Ministerium für Hilflosigkeit.)

die im so genannten Selling-Bericht aus dem September 2003 von Ihnen ja zutreffend beschrieben, zum Beispiel auf Seite 14. Die von den Ressorts erbetenen teilweise erst auf mehrfachen Nachfragen geforderten Stellungnahmen zu den Vorschlägen der Kammern und Verbände kann die Kommission nicht in Gänze im Abschlussbericht anführen, sie haben Eingang in den Bericht gefunden und jetzt kommt: Kritisch ist anzumerken, dass nicht alle angeforderten Stellungnahmen eingegangen sind, auch die Festlegung im Kabinettsbeschluss vom 2. September 2003 wurde nicht von allen Ressorts eingehalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo leben Sie eigentlich? Was ist denn ein Kabinettsbeschluss wert, wenn Sie über ein Jahr brauchen, dass er nicht eingehalten wird und Sie legen nichts vor? Dann fassen Sie den Beschluss erst gar nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Oder es geht weiter, das ist aus dem Dezember letzten Jahres, der Bericht kam ja schon ein bisschen früher: Verschärfung von übergeordnetem Recht durch landesrechtliche Regelungen soll grundsätzlich unterbleiben. Richtig, aber prüfen Sie einmal, was in den letzten Wochen und Monaten in diesem Land gelaufen ist. Ich komme noch dazu.

Auch hierzu eine interessante Statistik: insgesamt 358 neue Regelungen im Jahr 2003, davon 50 Verordnungen und 301 veröffentlichte Verwaltungsvorschriften. Es gibt nämlich noch ein hohes Maß an unveröffentlichten. Und hier schreibt die Kommission, die so genannte SELLERING-Kommission: Dieses verwundert die Kommission insbesondere deshalb, weil die Landesregierung bereits mit den Kabinettsbeschlüssen vom 21. Januar 2003 und 18. Februar 2003 die Reduzierung als ein wesentliches Ziel beschlossen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, der Januar 2003 ist eineinhalb Jahre her. Was haben Sie in den letzten eineinhalb Jahren eigentlich bei dem Thema Deregulierung/Entbürokratisierung gemacht? Oder weiter: Die Mittel sind alle da. Nach Paragraph 3 Absatz 1 GGO II ist jedes Rechtsetzungsvorhaben zunächst ressortintern auf Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Verständlichkeit zu prüfen. Und jetzt – nach Auffassung der Kommission – wird die Prüfungsanordnung des Paragraphen 3 Absatz 1 GGO bisher nur in einem äußerst unbefriedigenden Umfang befolgt. Bei gewissenhaften Prüfungen nach den Maßstäben der GGO II könnte bereits mit den bestehenden Regelungen eine wesentlich bessere Qualität von Gesetzen erreicht und die Regelungsdichte deutlich reduziert werden.

Unter Punkt 3 sagt die Kommission – und das sollte sich die Landesregierung wirklich ins Stammbuch schreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren –, die Landesregierung hat den Kommissionsvorschlag für ein Gesetzesfolgenabschätzungsverfahren insgesamt nicht aufgegriffen. Da fragt man sich natürlich, warum, weshalb. Ich empfehle jedem Kollegen der Fraktionen von SPD und PDS, sich diesen Bericht einmal sehr, sehr gründlich durchzulesen. Man könnte noch weiter harsche Kritik an der Arbeit der Landesregierung in den letzten zwei Jahren finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in diesem Land Menschen, Gruppen, die sich richtig Mühe bei dem Thema Deregulierung machen, und das ist kein einfaches Vorhaben. Unter anderem hat dieses die IHK zu Schwerin getan, gemeinsam mit anderen, und zwar mit einer regionalen Vereinigung in Ostwestfalen-Lippe und – man höre und staune – bei der Hansestadt Bremen federführend die Senatskanzlei der Hansestadt. Wir haben nach Beratung in der Fraktion von 37 Vorschlägen, die überwiegend Landesrecht betreffen, 31 aufgegriffen. Einen haben wir zum Beispiel deswegen nicht aufgegriffen, weil wir heute schon eine Gesetzesnovelle zum Landeswaldgesetz einbringen. Ich denke, es ist zwingend geboten, dass sich der Landtag mit diesen Vorschlägen befasst, und so, wie von uns in der Gesetzesnormierung übernommen und festgelegt, dass die Landesregierung beauftragt wird, hier entsprechend tätig zu werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man nicht diejenigen einbindet, die in der Praxis Bürokratie, Regulationswut und Arroganz von Verwaltung erleben, dann wird man auch aus meiner Sicht, aus unserer Sicht

nicht erfolgreich sein können. Wir haben im Unterschied zur IHK zu Schwerin unseren Gesetzentwurf nicht nur auf die Testregion, also auf Westmecklenburg, bezogen, sondern auf das ganze Land Mecklenburg-Vorpommern. Übrigens, vielleicht wird das ja von den anderen Fraktionen von der Landesregierung kommen, dieses Schreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben ja alle im Landtag vertretenen Parteien und die Ministerien bekommen, letztendlich die gesamte Landesregierung. Mich würde dann schon sehr interessieren, wie denn die Landesregierung hierauf reagieren wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist eigentlich wirklich jetzt zu tun, was ist vorgeschlagen worden und was ist nicht gemacht worden? Herr SELLERING, Sie hatten vorgeschlagen – das kann man übrigens völlig parallel machen –, dass die Normprüfstelle in der Staatskanzlei angesiedelt werden soll. Ich habe hier schon einmal an dieser Stelle gesagt, ich beneide Sie nicht. Sie soll im Justizministerium sein. Vielleicht erzählen Sie uns jetzt einmal, ob a) diese Normprüfstelle arbeitet, was sie getan hat, und b) wie sie dann auch materiell ausgestattet ist. Wir sind hoch gespannt, denn sie hätte schon sechs Monate Zeit gehabt, die Vorschläge der so genannten Deregulierungskommission, die ja unter Ihrer Federführung gearbeitet hat, wirklich in der Praxis umzusetzen.

Zweitens stelle ich die Frage: Was ist denn mit den Vorschlägen über den Abbau von Sachstandards und Personalstandards? Sie haben heute erste Vorschläge, natürlich zeitgünstig vor der Landtagsdebatte um halb zehn, unterbreitet. Herr SELLERING, ich wiederhole mich da noch einmal: Ihre Aufgabe es ist nicht, Vorschläge der Öffentlichkeit kundzutun, Ihre Aufgabe ist es, diese Vorschläge zu übernehmen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

gesetzlich zu normieren, in die Ressortabstimmung zu überführen und dann dem Landtag zuzuleiten.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Vorschläge haben wir genug gehört. Davon haben wir mittlerweile mehr als zwei Kisten voll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, es ist zwingend geboten. Wenn ich das Schreiben der IHK zu Schwerin zur Veranstaltung am Freitag ernst nehme, dann soll ein so genanntes Verwaltungsmodernisierungsgesetz noch bis zum Jahresende umgesetzt werden im Landtag. Wer ein Stück weit Erfahrung hat gerade in diesem Bereich, weiß, dass Sie uns frühestens im September Ihre Vorschläge zuleiten können. Ich bezweifle aber, dass Sie konkrete Vorschläge bis zur Landtagssitzung im September zuleiten werden, deswegen bin ich hoch gespannt, es werden ja nachher zwei Minister reden, wie denn ein Zeitplan, ein ganz konkreter Zeitplan mit welchen Inhalten für die nächsten Monate, aber auch, Herr Minister TIMM, Herr Minister SELLERING, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die nächsten zwei Jahre –

(Wolfgang Riemann, CDU:
Herr Timm ist schon segeln.)

ja, der ist auch als Redner angemeldet, deswegen spreche ich ihn an – aussehen soll und was Sie dort machen werden. Wir legen Ihnen hier etwas vor, mein Kollege Dr. Born wird nachher inhaltlich auf die 31 Vorschläge eingehen, was Fachleute erarbeitet haben. Mein dringender

Appell noch einmal an Sie: Binden Sie die externen Gruppen mit ein!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bitten um Überweisung federführend in den zuständigen Innenausschuss,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

mitberatend in alle anderen Ausschüsse, außer dem Petitions- und dem Sonderausschuss.

(Torsten Koplin, PDS: Was?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden noch eine Debatte zum Sonderausschuss führen. Ich will an dieser Stelle nur eines sagen: Wenn ich die Tagesordnung von der letzten Sonderausschusssitzung sehe, wo drei Tagesordnungspunkte deckungsgleich sind, mit dem, was im Innenausschuss schon abgehandelt wurde, dann sollten wir aufhören mit Doppelarbeit und Deregulierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rainer Prachtl, CDU: Peinlich, peinlich!)

Fangen wir, ich sage das an dieser Stelle schon vorab, im Landtag selber mit der Deregulierung an! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin zufällig seit 1990 in diesem Landtag. Dieser Landtag hat von 1991 bis 1993 ...

(Heiterkeit bei
Volker Schlotmann, SPD: Zufällig.)

Ja, Herr Kollege Schlotmann, Sie sind zufällig nicht in den Kreistag von Bad Doberan gekommen, das wissen wir, das hat andere Ursachen.

(Volker Schlotmann, SPD: Mein Gott, was treibt Sie eigentlich? Ihr Niveau, das ist dermaßen extrem niedrig, Herr Rehberg!)

Deswegen sollte man im Augenblick an Ihrer Stelle etwas bescheidener sein.

(Volker Schlotmann, SPD: Gräben aufreißen, das ist Ihre Kunst.)

Nein, nein, Herr Kollege Schlotmann, wissen Sie, ...

(Volker Schlotmann, SPD: Damit werden Sie nur in diesem Land nie Erfolg haben. Sie werden niemals gewählt werden als Spitzenkandidat, der Versager hoch drei. Sie sollten sich schämen! Sie sollten sich schämen! – Glocke des Vizepräsidenten)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Schlotmann, bitte.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Kollege Schlotmann, Sie sollten im Augenblick etwas Bescheidenheit pflegen, Sie persönlich. Ich muss Ihnen sagen, das ist wirklich ein Armutszeugnis, wenn man in einer Personenwahl in einem Wahlbereich als Landtagsabgeordneter nicht für einen Kreistag gewählt wird.

(Volker Schlotmann, SPD: Mein lieber Mann!)

Ich gestehe Ihnen eines zu, da war ein Landrat davor, der das Mandat sowieso nicht annehmen kann, über dieses Thema kann man sich noch einmal extra unterhalten.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD:
Wir werden uns darüber noch einmal unterhalten. Alles klar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was der Innenausschuss dieses Landtages in den Jahren 1991 bis 1993 geleistet hat in der ganz normalen Arbeit gemeinsam mit den anderen Ausschüssen, Stichwort Kreisgebietsreform, Funktionalreform I, was in den Jahren 1996/1997 bei der Funktionalreform II in ganz normaler Landtagsarbeit geleistet wurde, das kann man heute auch wieder mit den ganz normalen Strukturen leisten.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Wir können uns pro Jahr nicht einen so genannten Sonderausschuss leisten, der 200.000 Euro kostet. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten der Justizminister Herr Selling. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Erwin Selling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit dem verbindenden Teil beginnen, mit dem, was wir gemeinsam haben.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Das soll's ja geben.)

Dieser Antrag bezieht sich auf Deregulierung, Herr Rehberg, und ich nehme das als Beweis dafür, dass nach wie vor, wie Sie immer gesagt haben, mehrfach von Ihrer Fraktion, Deregulierung ein gemeinsames Anliegen ist, das Sie mit unterstützen. Das finde ich sehr gut. Das nehme ich gerne an. Ich finde es auch sehr gut, dass in Ihrem Antrag deutlich geworden ist die Unterstützung der sehr guten Arbeit in der Testregion. Sie haben ja wortwörtlich nahezu alles fotokopiert und hier eingebracht, was dort erarbeitet worden ist. Ich denke, dass das auch ein Kompliment an die gute Arbeit dort ist. Dem kann ich mich nur anschließen. Ich meine, dem sollte sich auch das Haus anschließen. Es gibt auch Erfolge, die nach außen schon deutlich geworden sind. Das, was Clement umgesetzt hat für die Testregion, was Clement auf den Weg gegeben hat, das ist ganz klar auch ein Erfolg für die gute Arbeit der engagierten Leute in der Testregion.

Was die Deregulierung der Regierung angeht, ist völlig klar, dass auch die Vorschläge der Testregion geprüft und handwerklich solide umgesetzt werden. Wie Sie wissen, sind wir in ganz vielen Bereichen dabei, das muss – und das muss ich deutlich sagen, das wird vielleicht im Laufe der Rede noch deutlicher werden – handwerklich sauber umgesetzt werden. Da muss solide gearbeitet werden. Es gibt einen Kabinettsbeschluss. Sie kennen das ja auch vom Anfang des Jahres, wo gesagt worden ist, bis zum 30.06. werden wir die verschiedensten Arbeitsaufträge abarbeiten. Mein Haus hat gestern noch in Berlin an Sitzungen teilgenommen bei Clement, wo es darum geht, wie können wir erreichen, dass wir im Bundesrecht, im Landesrecht zu Regelungen kommen, die für die Testregion gut und richtig sind.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Also was das Gemeinsame angeht, Herr Rehberg, kann ich nur noch einmal sagen: Schön, dass Sie dabei sind bei der Deregulierung.

Ich will aber nicht so tun, als ob ich nicht bemerken würde, dass in Ihrem Antrag natürlich auch eine politische Herausforderung steckt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wenn man einen Gesetzentwurf vorlegt auf einer Seite und dann sagt, damit haben wir Deregulierung erreicht, dann ist das natürlich der politische Anspruch zu sagen, ihr braucht da Wochen und Monate lang und wir können das viel einfacher und viel schneller. Vorneweg noch einmal: Ich finde es richtig, dass Sie mit diesem Schreiben eine Unterstützung gemacht haben und ich finde es auch richtig, dass wir die sachlichen Fragen, die darin stecken, diskutieren in den Ausschüssen. Und da scheint mir ganz selbstverständlich der Sonderausschuss der richtige zu sein.

Noch einmal zur politischen Herausforderung. Ich verstehe das so, dass Sie sagen, wir arbeiten im Sonderausschuss nicht mehr mit. Wir brauchen da nicht lange Gespräche, sondern wir legen jetzt Gesetzentwürfe vor. Wenn wir uns darüber unterhalten und wenn ich diesen Fehdehandschuh einmal aufnehme, den politischen, wie löchrig der auch sein mag, dann würde das heißen, dass wir uns hier anschauen und sagen, das ist also ein Gesetzentwurf. Wenn wir als Parlament dem zustimmen, dann haben wir etwas erreicht in der Deregulierung. Und das, meine ich, muss man in der Tat, wenn man das vor dem Wähler sozusagen im Wettbewerb tut, bei aller Freundschaft im Umgang in der Sache sehr klar sagen. Und dann möchte ich sagen, bevor wir uns hier über Schwächen des Papiers unterhalten: Das ist natürlich kein Gesetzentwurf. Ich glaube, das ist jedem klar, der ein bisschen davon versteht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Auch wenn wir über Deregulierung reden und natürlich sehr einfache Gesetze machen wollen, müssen ein paar grundsätzliche Voraussetzungen erfüllt sein. Es reicht nicht aus, auf ein Blättchen Papier oben drüber Gesetzentwurf zu schreiben. Dadurch wird es noch kein Gesetz.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beifall Mathias Brodkorb, SPD, und
Jörg Heydorn, SPD – Zuruf von
Volker Schlotmann, SPD)

Ich weiß, dass die CDU die Partei des Bierdeckels ist. Sie möchte ja gerne auf dem Bierdeckel alles regeln.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist der Horizont!)

Aber auch dann, wenn man auf einen Bierdeckel schreibt, weniger Bürokratie,

(Wolfgang Riemann, CDU: Für einen Minister sind Sie aber sehr sachlich, Herr Sellering. –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Er ist aber ein Minister, der etwas vorlegt. Das ist Ihr Papier. Das ist wohl Ihr Gesetz hier!)

mehr Bürgernähe und dann Gesetzentwurf oben drüber, dann hat man nichts erreicht.

Jetzt einmal zu der Fleißarbeit, hier ist natürlich auch Fleißarbeit, 32 Seiten echte Fleißarbeit, die ist aber von

Ihnen kopiert. Da ist kein einziger eigener Gedanke drin. Das ist alles kopiert aus der Testregion. So und dann haben Sie zwei Seiten genommen und gesagt, das wird jetzt Gesetz.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Da muss man sich fragen: Was ist denn eigentlich ein Gesetz?

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was ist das hier?
Das ist nur ein Fetzen Papier, der nicht mal
als Gesetzestext vorgelegt wird.)

Sie kennen alle die „Feuerzangenbowle“. Da würde ich einmal sagen, wenn wir uns dem nähern wollen, können wir sagen: Da stelle wir uns ganz dumm und fragen, was ist denn das, ein Gesetz?

(Unruhe bei Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Egbert Liskow, CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Da müssen wir schon eine Regelung haben, die man auch verstehen kann, wo etwas drinsteht, wo eine klare Regelung ist. Zwei Regelungen haben Sie bei sich, die erste in Paragraph 1. Da heißt es, es werden Gesetze außer Kraft gesetzt. Man könnte sagen: Tolle Regelung!

(Beifall Mathias Brodkorb, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD –
Heiterkeit bei Mathias Brodkorb, SPD,
und Jörg Heydorn, SPD)

Sehr klar, Gesetze werden außer Kraft gesetzt. Es wird allerdings ein bisschen verändert, indem gesagt wird, entweder außer Kraft gesetzt oder vielleicht doch nur modifiziert. Klarer Satz: Wir machen das eine oder vielleicht doch das andere. Das reicht für ein Gesetz nicht aus. Da muss man sich entscheiden.

(Torsten Koplin, PDS: Wie auch immer.)

Und jetzt kommt die Modifizierung. Wenn Sie ein Gesetz machen, muss doch verständlich sein, was getan werden soll.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Das versuchen Sie in Paragraph 4, in dem Sie sagen, die nachfolgenden Regelungen werden wie folgt geändert. Und dann gehen Sie auf die Fleißarbeit der IHK ein und sagen, so, wie das da drinsteht, könnte man denken, das klappt. Wenn bei der IHK steht, Paragraph soundsoviel wird geändert, na ja, wunderbar, dann hätten wir einen Gesetzentwurf. Aber schauen Sie sich das an, was da drinsteht. Ich nehme zum Beispiel L11, das wird also, wie folgt, modifiziert geändert. 11 heißt einheitliche und einfache Regeln für touristische Hinweisschilder. Das ist noch nicht so eine richtige Regelung, auch kein Paragraph, sondern das verweist jetzt auf die Anlage der IHK. Da müssen wir einmal sehen, wo ist denn da etwas, was wie eine Regelung aussieht,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist ja keine
Regelung, das ist nur eine Ankündigung.)

eine Anordnung, etwas, woran man sich halten kann.

(Egbert Liskow, CDU: Gemeinsam vorlesen! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Lesen Sie mit mir gemeinsam!

Kurz und laut sind Sie immer, das hilft nichts.

(Heinz Müller, SPD: Laut ist er immer. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Einheitliche und einfache Regeln für touristische Hinweis-schilder, das steht oben drüber. Jetzt muss die Regelung kommen. Nein, da steht dann Bereich, wichtige Einzelvorschläge. Na ja, kann man verstehen. Dann kommt das Nächste, Problemstellung. Das ist ziemlich lang, ein Paragraph taucht nicht auf, auch nicht, was man machen soll.

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD –
Torsten Renz, CDU: Kann man
aber auch verstehen.)

Wir kommen immer näher heran an die Regelung. Jetzt kommt der Lösungsvorschlag. Das Straßenverkehrsrecht ist dahin gehend zu ändern, dass auch Schilder für private Einrichtungen zugelassen werden. Bei hoher politischer Akzeptanz wird das Entlastungspotential positiv eingeschätzt. Ja, wird positiv eingeschätzt, das könnte ich unterstreichen. Jetzt brauchen wir aber auch noch das Gesetz.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo ist denn hier das
Gesetz? Steht noch nicht einmal ein Paragraph
drin! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Als Nächstes steht da Gesetzesgrundlage ist die VG Bundesfernstraßengesetz. Das ist jetzt sehr witzig. Man könnte natürlich sagen, ich kann ein Gesetz dadurch machen, dass ich auf eine bestimmte Regel Bezug nehme und die gilt dann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben in
Ihrem Vorschlag nicht eine einzige Regelung,
Herr SELLERING! Gucken Sie sich das mal an!)

Wenn Sie sich ganz hinten hinsetzen, haben wir normale Lautstärke.

(Torsten Koplin, PDS: Peinlich, geben Sie es zu!)

Das sind beides ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber was ist das hier?)

Herr Riemann, ein Unterschied vielleicht, den Sie sich merken sollten: Es gibt Bundesrecht und Landesrecht. Wir können kein Bundesrecht machen, das geht nicht. Wir können nicht das Bundesfernstraßengesetz ändern. Das geht nicht, Straßenverkehrsgesetz geht nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Jörg Heydorn, SPD: Riemann macht alles. –
Heinz Müller, SPD: Für Riemann kein Problem. –
Heike Polzin, SPD: Noch mal langsam zum
Festigen! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Jetzt werden wir ganz konkret.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, einen ganz kleinen Moment. Bei aller Lebhaftigkeit der Diskussion, bitte ich doch, eine zusammenhängende Rede des Vortragenden zu ermöglichen und die Zwischenrufe wirklich auf Zwischenrufe zu beschränken und nicht ellenlange Kommentare vorzutragen.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist sehr unterhaltsam.)

Minister Erwin SELLERING: Herzlichen Dank.

Der letzte Punkt, wo man jetzt vermuten könnte, nun wird es aber konkret und jetzt weiß der Gesetzunterworfene, was angeordnet wird oder was er tun soll, das ist die letzte Zeile, die heißt dann: Zuständig für die Umsetzung sind Bund, Land. Ja, da haben wir die Regelung!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS
und SPD – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Was sollen wir tun? Bund, Land.

Also, lassen Sie uns doch einmal an den Ausgangspunkt zurückkehren. Worin besteht der politische Wettbewerb hier? Er kann nicht darin bestehen, dass Sie sagen, wir sind die bessere Exekutive. Das geht ja nicht, sondern Sie sind die Legislative. Deshalb sagen Sie – das ist die Herausforderung, die Sie heute gestellt haben: Wir sind die bessere Legislative.

(Egbert Liskow, CDU: Sagen Sie, was Sie wollen!)

Hier sitzen genug Lateiner, Lex Legis, das Gesetz. Also Sie machen ein besseres Gesetz. Dann müssen Sie auch ein Gesetz machen und nicht nur etwas kopieren und sagen, daran sollte man arbeiten.

(Torsten Koplin, PDS: Sie haben es versucht. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und die politische Herausforderung, die der Fraktionsvorsitzende hier gerade gemacht hat, ist die zu sagen,

(Jörg Heydorn, SPD: Er hat es nie gelesen.)

die Regierung sagt nur, in welche Richtung wir gehen wollen, aber wir machen die Gesetze und herausgekommen ist dies.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Und da, meine ich schon, müsste man den Wählerinnen und Wählern sagen, da besteht ein Unterschied zwischen diesen beiden Parteien.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Die einen sagen, das können wir, und die anderen machen es wirklich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Wolfgang Riemann, CDU:
Machen Sie doch mal was!)

Ich will natürlich hier in diesem Hohen Hause keine Noten verteilen, das ist doch klar.

(Egbert Liskow, CDU: Na, dann macht doch
mal was, und nicht immer nur reden! Dafür
habt Ihr doch die Mehrheit bekommen! –
Volker Schlotmann, SPD: Das hat die CDU
selber gemacht! – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Dafür ist auch, glaube ich, jemand aus Ihrer Fraktion zuständig, der im Moment leider nicht da ist, der das aber sehr gut kann. Das will ich nicht tun, ich will nur sagen, treten Sie bitte nicht vor den Bürger und auch nicht vor dieses Hohe Haus und sagen, Ihr kriegt keine Gesetze zustande, wir haben eins. Dies ist kein Gesetz, da fehlt es an allem.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und der Anlass? –
Heike Polzin, SPD: Tja.)

Wenn wir das zusammenfassen, dann würde ich sagen, der herausfordernde Teil ist irgendwie nicht so ganz über-

zeugend gelungen. Ich möchte auf den anderen Teil zurückkehren. Natürlich sollten wir gemeinsam an der Deregulierung arbeiten. Das, was ich heute Morgen vorgestellt habe, macht am deutlichsten, dass das natürlich nicht ein Federstrich ist, sondern dass dahinter Interessen stehen, dass das Parlament diskutieren muss, abwägen muss, und dann muss man zu vernünftigen gesetzlichen Lösungen kommen. Ich lade Sie sehr herzlich ein, dabei mitzumachen. Es ist ja kein Geheimnis, dass bei dem, was ich heute Morgen vorgestellt habe, Menschen aus allen Parteien und auch von der kommunalen Ebene mitgearbeitet haben. Ich denke, das Ergebnis kann sich sehen lassen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo ist das Gesetz?)

Ich möchte auf diesem Weg fortfahren und Sie werden früh genug Gesetzentwürfe sehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber richtige Gesetzesentwürfe.)

wenn Sie, wie ich hoffe, in den Sonderausschuss zurückkehren. Lassen Sie uns ruhig weiter gemeinsam arbeiten.

Aber lassen Sie mich vielleicht zum Abschluss noch einmal ein Bild bemühen, was ich Ihnen schon einmal gesagt habe: Behindern Sie mit Ihren Draisineversuchen nicht weiter, wenn wir vorwärts fahren mit unserem ICE,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

sondern lassen Sie uns gemeinsam arbeiten! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Der Zug nach
nirgendwo. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Justizminister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Schulz. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Gabriele Schulz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Projektgruppe „Testregion für Bürokratieabbau Westmecklenburg“ hat mit Stand 19. April 2004 ein Verwaltungsmodernisierungsgesetz Westmecklenburg beziehungsweise einen Gesetzentwurf zur Modernisierung der Verwaltung und Vereinfachung von Verwaltungsgesetzen in Westmecklenburg vorgelegt. Meine Damen und Herren, dieses 141 Seiten umfassende Werk und dieser Vorschlag verdienen Respekt und Anerkennung. Ergänzt werden darf aber auch, und das kommt im vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion nicht zum Ausdruck, dass dieser Vorschlag der Projektgruppe auch unter aktiver Mitwirkung der Ministerien für Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft unseres Landes entstanden ist.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und daher dürften Schelte und Handlungsoptionen nur im Rahmen genannt werden, auch wenn kritische Positionen, wie sie der Fraktionsvorsitzende der CDU benannt hat, in der Sache durchaus Beachtung finden müssen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion bringt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf dieses Verwaltungsmodernisierungsgesetz Westmecklenburg in den Landtag

ein. Über den Wert will ich weiter nichts ausführen, denn ich glaube, der Justizminister hat das eben sehr ausführlich dargestellt.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja genau. Und lang.)

Ich kann dem nur zustimmen. Trotzdem, sage ich namens meiner Fraktion, ich glaube, die SPD sieht das ebenso,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

werden wir einer Überweisung Ihres Vorschlags, auch wenn es handwerkliche Probleme gibt, in der Sache zustimmen, denn auch dieser Gesetzentwurf oder dieser Vorschlag reiht sich in die zahlreichen Initiativen der Landesregierung zur Deregulierung und zum Standardabbau ein.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich darf in diesem Zusammenhang auch an entsprechende Aktivitäten der Arbeitsgruppe beim Justizminister erinnern, der ja praktisch Vertreter aller Landtagsfraktionen angehört. Wir haben dazu eben einiges gehört. Hier werden sehr konkrete Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung erarbeitet und ihre Umsetzung wird vorbereitet, auch wenn es in der Sache in der einen oder anderen Frage durchaus noch unterschiedliche Auffassungen gibt.

Meine Damen und Herren, zur Federführung sollten wir den Gesetzentwurf in den dafür prädestinierten Ausschuss überweisen, und zwar in den Sonderausschuss des Landtages für die Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform.

(Egbert Liskow, CDU: Wollen wir abschaffen.)

Dazu wird auch in der morgigen Sitzung noch einiges zu sagen sein. Zusätzlich zu den Vorschlägen, die wir unterbreitet haben, schlägt meine Fraktion vor, auch den Sozialausschuss mit an der Beratung zu beteiligen, da Fragen des Arbeitsschutzes natürlich auch diesen Ausschuss betreffen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion der CDU modifiziert den Ursprungsentwurf des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes der Projektgruppe Testregion in zweifacher Hinsicht:

Erstens. Der Geltungsbereich des Gesetzes wird im CDU-Entwurf nicht auf die Testregion beschränkt, sondern auf ganz Mecklenburg-Vorpommern erweitert. Herr Rehberg hat dazu bereits Ausführungen gemacht.

Zweitens. Der Gesetzentwurf der CDU beschränkt sich auf die Vorschläge der Projektgruppe Testregion, die sich mit der Novellierung von Landesrecht befassen. Regelungen, auf deren Änderungen das Land Mecklenburg-Vorpommern über Bundesratsinitiativen Einfluss nehmen kann, wurden aus dem Ursprungsentwurf nicht übernommen. Dazu gab es eben auch ein Beispiel mit einem Hinweis darauf, Bund und Land sind zuständig und es ist eben außer Änderungen auch noch nichts getan.

Meine Damen und Herren, über diese beiden beabsichtigten Abweichungen vom Gesetzentwurf der Projektgruppe „Testregion für Bürokratieabbau Westmecklenburg“ müssen wir in den Ausschüssen auch noch einmal beraten. Ich habe zwar Verständnis für das Anliegen der CDU-Fraktion, im Interesse einer zügigen und übersichtlichen Bearbeitung auf entsprechende Bundesratsinitiativen zunächst vielleicht zu verzichten, aber wir dürfen den-

noch nicht aus den Augen verlieren, dass eben sehr viele Fragen in der Bundesrepublik durch Bundesrecht geregelt sind. Die Testregionen, unter anderem eben auch die Projektgruppe „Testregion für Bürokratieabbau Westmecklenburg“, sind doch wohl gerade gebildet worden, um praxiswirksam testen zu können, ob eine bundesweite Deregulierung die erhofften Wirkungen mit sich bringen würde. Gleichzeitig aber, meine Damen und Herren von der CDU, handelt es sich hier wohl bewusst um Testregionen, also um Teilgebiete.

Die ökonomischen Voraussetzungen beispielsweise sind von Region zu Region unterschiedlich, sie sind nicht identisch, leider auch nicht innerhalb unseres Bundeslandes. Was in der einen Region unproblematisch ist, kann in jeder anderen bereits zu Belastungen führen. Auch das haben wir genau abzuwägen. Mit Ihrem Antrag würden wir Mecklenburg-Vorpommern insgesamt zu einem Testgebiet machen, mit allen möglichen positiven Effekten, aber auch mit allen eventuellen negativen Auswirkungen. Das sollten wir bedenken. Und in einem Punkt bin ich doch schon etwas verwundert, das möchte ich ausdrücklich an die Adresse meines heute hier fehlenden Kollegen Jäger sagen, der betrifft die Vorschläge, die hier übernommen würden, das Landespersonalvertretungsgesetz betreffend.

Herr Müller, Sie werden sich erinnern, wir waren auf Einladung der Landespersonalräte auf einer Mitgliederversammlung am 22. April in Bad Doberan.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Genau dort haben alle drei Vertreter der Fraktionen des Landtages eine klare Zusage gemacht, dass es keine Reduzierungen des Landespersonalvertretungsgesetzes geben wird. Und genau dieser Punkt ist hier einfach übernommen worden. Ich glaube, hier sind die Fragen zu stellen: Wo stehen denn nun unsere Aussagen? Was sind sie wert?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, Öffnung und Experimentierklauseln, Modellversuche oder auch Testregionen dürfen nicht dazu führen, notwendige Reformen auf die lange Bank zu schieben. Wenn der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion der CDU dies noch einmal unterstreichen will, dann ist das Anliegen natürlich zu unterstützen. Zu den einzelnen Vorschlägen wird die inhaltliche Auseinandersetzung zu führen sein, wie dies bereits beim Problem des Abbaus kommunaler Standards geschehen ist. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schulz.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, einleitend in meinen Ausführungen zu der Frage Stellung zu nehmen, ob es sich bei dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion um einen Gesetzentwurf handelt. Ich denke, diese Zeit können wir uns sparen, denn nachdem, was der Justizminister hier in aller Klarheit und in bemerkenswerter Deutlichkeit gesagt hat, ist klar, ein Gesetzentwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ist dieses nicht. Insofern hätte man schon einen Grund, hier zu fragen: Was wollen wir mit diesem Papier?

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, warum ich mich frage: Was ist eigentlich die Funktion dieses Papiers? Wenn ich in die Präambel des CDU-Antrages schaue, ich spreche jetzt einfach einmal von einem Antrag, dann steht dort im zweiten Absatz: „Da Entscheidungen der Landesregierung bislang nicht absehbar sind, ist es Aufgabe des Landtages, seinerseits die Vorschläge der Projektgruppe auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen“, und so weiter. Hier steht also ganz eindeutig die Aussage: Entscheidungen der Landesregierung sind nicht absehbar.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns an, wie die Sachlage ist. Die Landesregierung hat sich am 3. Februar auf der Basis einer Vorlage des Justizministers mit den Vorstellungen der Testregion auseinander gesetzt. Die Ressorts sind beauftragt worden, die Vorschläge der Projektgruppe zu prüfen, entsprechende Berichte zu erstatten und anschließend soll es einen weiteren Kabinettsbeschluss geben. Wir haben uns im Sonderausschuss, und dieses geschah in bemerkenswerter Einvernehmlichkeit aller drei Fraktionen, mit dem Thema auseinander gesetzt. Wir hatten den federführenden Justizminister zu dieser Sitzung eingeladen. Der Justizminister hat uns all dies dargestellt. Er hat auch dargestellt, dass ein ganz wichtiges Datum für das Thema Deregulierung der 30.06. ist, weil zum 30.06. Berichte aus den Ressorts vorliegen müssen und dann weiter entschieden wird. Alle drei Fraktionen, ich betone es, alle drei Fraktionen, für die CDU-Fraktion hat es Herr Dr. Jäger getan, haben dem Justizminister für seine Arbeit gedankt und haben ihm die volle Unterstützung ihrer jeweiligen Fraktion zugesagt und sich einvernehmlich darauf verständigt zu sagen: Der 30.06. ist für uns als Parlamentarier ein blöder Termin, weil da bereits die Parlamentsferien beginnen. Wir werden uns also in der ersten Sitzung nach den Sommerferien im Sonderausschuss massiv über das Thema Deregulierung vom Justizminister unterrichten lassen. Das war die Regelung aller drei Fraktionen unter Einschluss der kommunalen Verbände, die wir im Sonderausschuss getroffen haben.

Meine Damen und Herren, wer behauptet, Entscheidungen der Landesregierung sind nicht absehbar, wer dies behauptet, sagt schlicht und ergreifend die Unwahrheit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS –

Torsten Renz, CDU: Das haben wir nie so gesagt!)

Wenn wir ohnehin nach dem 30.06. in der ersten Sitzung nach der Sommerpause des Sonderausschusses einen umfassenden Bericht des Justizministers zum Thema Deregulierung erwarten können,

(Andreas Petters, CDU: Dann entscheiden Sie doch jetzt mal!)

dann frage ich: Warum dann dieser Antrag? Die Absicht ist doch mehr als durchsichtig. Es ist die Absicht, ein Thema zu besetzen und sich selbst als der große Deregulierer hinzustellen, der man in Wirklichkeit nicht ist, um den Honig zu ernten, für den andere gearbeitet haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Müller, gucken Sie sich mal die Arbeit Ihres Ausschusses an! Gucken Sie sich die Arbeit mal an!)

und diese anderen sind die Koalition, die Landesregierung, aber auch gesellschaftliche Gruppen. Insofern,

meine Damen und Herren, wird hier nur versucht, politisch Honig zu saugen, aber es wird nicht versucht, wirklich konstruktiv an der Sache zu arbeiten.

Was ich – anders als in den bisherigen Punkten – zum Ausdruck bringen muss und nicht für kritikwürdig halte, sondern im Gegenteil, was ich unterstütze, ist, wenn man hier die Vorschläge der Projektgruppe „Testregion für Bürokratieabbau Westmecklenburg“, dahinter steckt ja die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, aufgreift und diese Vorschläge in das parlamentarische Verfahren einbringt. Dieses ist vernünftig und dieses ist legitim. Insofern würde ich den Antrag keineswegs ablehnen. Obwohl ich sehe, dass die Landesregierung handelt, kann es nicht schaden, wenn wir das Thema auch auf diesem Wege ins parlamentarische Verfahren bekommen. Ich betone aber, es ist bereits drin!

Die Vorschläge, die die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin uns hier unterbreitet, es sind 31, die die CDU aufgenommen hat, sind meines Erachtens sehr überlegenswert. Und ich würde mich gerne, und das kommt sehr selten vor, hier ausdrücklich dem Kollegen Rehberg anschließen, wenn er sagt: Es ist begrüßenswert, wenn sich diejenigen, die – um ein Jargonwort der Verwaltungswissenschaft aufzugreifen – Kunden von Verwaltung sind, die Nutzer von Verwaltung sind, wenn diese aus ihrer Sicht einmal darstellen, wo Verwaltung nicht so funktioniert, wie sie funktionieren sollte, wo es Reformbedarf gibt, wenn man dieses konkret zu Papier bringt. Dieses ist gut, dieses ist richtig und dieses wird unsere Diskussion befruchten. Und deswegen mein Dank auch an die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin.

Der Schwerpunkt der Vorstellungen liegt im Bereich der Deregulierung, das hat der Justizminister bereits ausgeführt, und hier gibt es einen besonderen Schwerpunkt im Bereich des Baurechtes. Es sind aber, Kollegin Schulz hat bereits auf das Thema Personalvertretungsrecht hingewiesen, auch andere Bereiche angesprochen worden, und zwar Personalvertretungsrecht, Förderpolitik und kommunale Selbstverwaltung. Schon allein diese Situation, dass wir es hier mit Vorschlägen aus sehr unterschiedlichen Bereichen zu tun haben, verbietet es, einfach über den grünen Klee zu sagen, diese Vorschläge sind gut oder sie sind weniger gut. Wir müssen, auch das ist der Teil des Antrags der CDU, diese 31 Vorschläge einen nach dem anderen überprüfen, und zwar Punkt für Punkt. Wir werden dies in enger Kooperation mit dem Justizminister und in enger Kooperation mit seinen Strukturen für das Thema Deregulierung tun. Wir werden uns Punkt für Punkt dazu eine Meinung erarbeiten.

Dieses, meine Damen und Herren, ist selbstverständlich ein sehr aufwendiges Verfahren. Und dieses ist kein Verfahren, das losgelöst im Raum steht, sondern es ist ein Teil von Verwaltungsreform insgesamt. Schon deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, halte ich es für sinnvoll und für notwendig, wenn wir die Strukturen, die dieses Parlament sich gegeben hat, und das ist der Sonderausschuss, hierfür nutzen. Stellen Sie sich bitte einmal vor, wir hätten die Enquetekommission eingerichtet, die die CDU seinerzeit gewollt hat. Was würden wir denn dann machen? Auch dann würden wir sagen, wir nutzen unsere vorhandenen Strukturen und geben es der Enquetekommission. Heute sagen wir, wir geben es dem Sonderausschuss.

Und es hat für mich auch noch einen ganz besonderen Hintergrund, warum ich dieses besonders gern tue und

ich hier nicht federführend den Innenausschuss haben möchte. Wir haben im Sonderausschuss, und das ist seine Besonderheit, eine Regelung, wonach wir von der Struktur her, vom Einsetzungsbeschluss her mit den kommunalen Verbänden über alle Teile von Verwaltungsreform reden. Sie sind hier nicht nur geduldete Gäste oder im Zuge einer Anhörung gefragt, sondern sie sind Teilnehmer, die dort beraten. Dieses halte ich für wichtig und das möchte ich gerade beim Thema Deregulierung so haben. Deswegen die Überweisung in den Sonderausschuss und alle übrigen Ausschüsse, die hier genannt worden sind, einschließlich des Sozialausschusses, den Kollegin Schulz hier noch vorgeschlagen hat. Dieses halten wir für sachlogisch und von daher für richtig, einschließlich des Sozialausschusses, aber federführend in den Sonderausschuss.

Meine Damen und Herren, die Probleme, die hier genannt worden sind, sind in der Tat Probleme, die aus der Realität kommen. Lösungen müssen wir uns erarbeiten, aber das Papier bietet uns die Lösungen bestenfalls in Ansätzen. Die richtige Arbeitsform ist dafür der Sonderausschuss und hierhin bitten wir, den Antrag zu überweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Müller.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Born. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Reden haben mich ehrlich gesagt überrascht, einmal, Frau Kollegin Schulz, dass Sie sich doch sehr konstruktiv mit unserem heutigen Antrag auseinander gesetzt haben

(Karsten Neumann, PDS: Das macht sie immer.)

und letztlich die Konsequenzen gezogen haben, die angemessen sind, dass dieser Antrag sehr sorgfältig in den zuständigen Ausschüssen beraten werden muss. Und, Herr Justizminister, ich gestehe Ihnen ganz offen, heute haben Sie mich mit der Art und Weise überrascht,

(Karsten Neumann, PDS: Das war für
Sie wieder schockierend, das hätte
die CDU nicht gemacht.)

mit der Sie sich heute geäußert haben. Nachdem Sie uns eine doch so beachtenswerte Unterrichtung vorgelegt haben und sonst ja durchaus mit sehr konstruktiven Vorschlägen aufwarten, habe ich den Eindruck, dass Sie sich schon ein bisschen in der Sommerpause wähen und Ihnen etwas die Puste ausgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie hier sagen, was sollen wir tun, nachdem diese Vorschläge ja nun seit einiger Zeit auf dem Tisch liegen

(Jörg Heydorn, SPD: Aber Sie haben bei dem
Gesetzentwurf gar nicht so viel Puste gehabt. –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

und Sie zu Recht darauf hinweisen, will ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass das ja keine originären Schöpfungen der CDU-Fraktion sind, sondern wir das

gemacht haben, was Politik vielmehr tun sollte, nämlich das, was Fachleute sorgfältig erarbeiten, aufzugreifen,

(Torsten Koplin, PDS: Da muss man genau hingucken.)

hinzuhören, was die Fachleute sagen, und es dann umzusetzen,

(Torsten Koplin, PDS: Mit der gebotenen Sorgfalt.)

wenn es angemessen erscheint.

Und wenn diese Vorschläge schon viel länger auf dem Tisch liegen als unser heutiger Antrag, dann wundert es mich doch, dass Sie vorhin wörtlich sagten, und heute habe ich genau mitgeschrieben, damit ich nicht wieder falsch zitiere: ...

(Torsten Koplin, PDS: Und jetzt kommt Haarspalterei.)

Jetzt kommt keine Haarspalterei.

... „Was sollen wir tun?“ Es kommt deshalb keine Haarspalterei, verehrter Herr Kollege. Sie müssen sich nämlich freuen, wenn ich den Justizminister ausnahmsweise ermuntere, sich am Arbeitsminister zu orientieren, wenn ich sage: Einfach anfangen, Herr Justizminister! Einfach anfangen!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie dann sagen, wir können hier kein Bundesrecht machen, dann ist das ja rein formal alles in Ordnung, da haben Sie völlig Recht.

(Karsten Neumann, PDS:
Weiß das auch Herr Riemann? –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Aber so zurückhaltend, Herr Justizminister Selling, sind Sie doch sonst nicht, wenn es darum geht, dass unsinnige Bundesvorschriften geändert werden müssen. Das wissen Sie doch ganz genau. Sie wissen auch, dass Sie das Instrumentarium dazu haben, in dem Sie eine Bundesratsinitiative ergreifen. Also auch hier einfach anfangen!

(Wolfgang Riemann, CDU: Das weiß er ja auch.)

Sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie auf den Bundesarbeitsminister Clement verweisen, dann muss ich Sie darauf aufmerksam machen, dass er weit hinter dem zurückbleibt, und zwar nicht nur, was die Testregion hier vorgeschlagen hat, sondern was Sie selber erarbeitet haben in Ihrer Kommission. Ich sage noch einmal: Es ist eine sehr sinnvolle Arbeit, das haben wir ja auch in den Ausschüssen entsprechend deutlich gemacht, was in den drei Testregionen insgesamt erarbeitet worden ist. Das waren rund 1.000 Vorschläge und übrig geblieben sind ganze 29. Damit erreichen wir also nichts in diesem Land, denn das ist alles viel zu wenig. Und deshalb, Herr Minister, meine herzliche Bitte: Schieben Sie die Sommerpause noch ein wenig auf! Sie müssen mehr tun, als hier allgemeine Ausführungen zu machen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt komme ich zu Ihrer heutigen Presseerklärung. Ich habe ja nun wirklich gehofft, nachdem Sie den Landtagsantrag gesehen haben, dass Sie versuchen, uns zu überholen, ohne uns einzuholen.

(Gabriele Schulz, PDS: Das gilt für andere Dinge.)

Aber was machen Sie? Sie haben uns aufgelistet, was man alles braucht. Das steht alles schon längst in den Papieren drin. Und jetzt kommt was ganz Tolles. Es kommt kein Gesetzentwurf, den ich heute erwartet hätte, denn da hätte ich Ihnen auch sofort gesagt: Genau das haben wir erwartet. Sie sollen uns Gesetzentwürfe vorlegen und dann bekenne ich auch vor dem Landtag, denn das war Sinn der Sache: „Sie haben gut gearbeitet.“ Das kann ich leider nicht sagen, denn Sie haben Folgendes gemacht, in Ihrer Presseerklärung von heute heißt es wörtlich, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Bisher ist Standardabbau immer daran gescheitert, dass niemand die Verantwortung dafür übernehmen will, dass wir uns nicht mehr alles leisten können. Land und Kommunen hätten sich gegenseitig den Schwarzen Peter zugeschoben. Tragfähig seien aber nur gemeinsam gefundene Lösungen.“ Und jetzt kommt es. Jetzt kommt nicht der Gesetzentwurf, sondern, ich zitiere weiter: „Deshalb habe er“ – also Sie, Herr Minister – „einen überparteilichen Arbeitskreis gebildet, dem die Vorstandsvorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände und die kommunalpolitischen Sprecher der drei im Landtag vertretenen Parteien angehören.“

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Herr Minister Selling, wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann bilde ich einen Arbeitskreis.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Haben Sie vorher Herrn Müller gefragt,
ob Sie das auch dürfen?)

Das bin ich bisher von Ihnen nicht gewohnt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sondern ich bin von Ihnen gewohnt, dass Sie konkret an die Arbeit gehen. Und deshalb meine herzliche Bitte, wir sind uns völlig einig darüber, dass das, was heute dem Landtag vorliegt,

(Heinz Müller, SPD: Der Kreis
war aber sehr konstruktiv.)

kein Gesetzentwurf im formalen Sinne ist, daran haben wir auch nie einen Zweifel aufkommen lassen, dass das nicht der Fall ist. Das wäre wohl sehr vermessen, wenn wir hier ein Gesetz mit rund 30 sehr detaillierten Einzelregelungen vorlegen würden. Wir wollen Ihnen ja nicht die Arbeit schon jetzt abnehmen, das kommt erst, wenn die demokratischen Wahlentscheidungen das entsprechend ermöglichen. Jetzt sind Sie noch dran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, Sie bekommen klare Aufträge vom Landtag und Sie sollen bitte das umsetzen, was der Landtag beschlossen hat. Und deshalb noch einmal das formale Argument, denn dazu hat Kollege Müller gesagt, das hätten Sie uns mit bemerkenswerter Deutlichkeit vor Augen geführt. Sie haben uns nun hoffentlich nicht unterstellt, dass wir meinen, das sei ein Gesetzentwurf in dem Sinne, dass das so im Gesetzblatt erscheinen könnte.

(Heinz Müller, SPD: In welchem Sinne denn?)

Nein, denn wir haben hier auch das aufgegriffen, was andere vorgemacht haben. Die IHK zu Schwerin war hier sehr mutig und hat uns als Parlament angetrieben. Die IHK zu Schwerin, Herr Ministerpräsident, hat uns als Par-

lament gemeinsam angetrieben. Und wir setzen das um, wenn wir das hier zum Gegenstand der Beratungen machen, denn sonst bekommen wir das überhaupt nicht in die Ausschüsse. Deshalb kommen hier ganz konkrete Aufforderungen – Sie haben die Punkte alle vorliegen –, und Sie sollen schlicht nichts anderes tun, als das, was nun ganz konkret hier noch einmal aufgeschrieben ist, in eine Form gießen, damit es tatsächlich in Kürze im Gesetzesblatt erscheinen kann.

Sie haben doch auf Seite 5 Ihres Kommissionsberichtes zu Recht festgestellt, ich zitiere: „Nach dem allseits bekannten Phänomen zeigen zum anderen nahezu alle Organisationseinheiten der Verwaltung auf allen Ebenen grundsätzlich ein nicht unerhebliches und schwer überwindbares ‚Beharrungsvermögen.‘ Wir haben Sie bisher als einen derjenigen wahrgenommen, die sich genau mit diesem Beharrungsvermögen nicht abfinden wollen. Bitte machen Sie weiter! Also noch keine Sommerpause, so sehr Sie sie auch verdient haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Keine Sommerpause bis 2006.)

Sie haben auch seinerzeit, und zwar als wir im Januar ganz konkrete Vorschläge gemacht haben, nicht in der Form eines Gesetzentwurfes, sondern da haben wir die Punkte einmal eingebracht, das mit der Mehrheit noch abgelehnt. Das kann ich persönlich nachvollziehen, denn Sie waren noch nicht ganz so weit mit Ihren Vorüberlegungen und außerdem war das zu sehr ein Oppositionsantrag. Jetzt, wo wir sehr deutlich noch einmal sagen, wir übernehmen das, was andere erarbeitet haben, bekommen wir hier wenigstens die Zustimmung. Das ist sehr gut. Aber Sie haben damals gesagt, ich zitiere jetzt auch wieder mit Genehmigung des Präsidenten wörtlich:

„Erstens. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten die Kommunen mehr Handlungsfreiräume für eine einfache und zügige Auftragsvergabe. Dazu wird der Wirtschaftsminister einen entsprechenden Vorschlag bis Mitte des Jahres vorlegen.“

(Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Die Mitte ist noch nicht. Wir haben noch acht Tage Zeit.)

Herr Minister, wir haben noch ein paar Tage Zeit.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, sieben!)

Ich hoffe, es passiert noch, dann sind wir auch bereit, uns trotz Sommerpause sofort damit auseinander zu setzen.

Zweitens haben Sie gesagt: „Wir werden die Vergabe der Fördermittel radikal vereinfachen und vereinheitlichen. Dieses Konzept muss sehr rasch erarbeitet werden.“ Ich frage jetzt einmal ganz freundlich: Wo ist dieses Konzept? Bitte nicht mit Kommissionen, das dauert zu lange.

„Drittens. Wir werden das Statistikwesen im Land entrümpeln. Bis zum 30.06. werden die Vorschläge der einzelnen Ressorts vorliegen.“ Auch hier die Frage: Wo sind die konkreten Vorschläge? Sie wissen, dass gerade das Problem der Statistiken ein gewaltiges ist. Es kann einfach nicht angehen, dass die Behörden nebeneinander immer wieder die gleichen Unternehmen mit Anforderungen überziehen, sondern ich habe das in der letzten Landtagssitzung gesagt, ich wiederhole es gerne noch einmal: Wir müssen es genau umgekehrt machen. Die Behörden

müssen sich vorher abstimmen und genau festlegen, was sie zwingend an Daten brauchen. Die Anfrage muss einmal erfolgen und der Datenaustausch muss zwischen den Behörden stattfinden. Und nicht so herum, dass immer wieder die Unternehmen damit überzogen werden.

„Viertens. Einen konkreten Handlungsbereich ... betrifft die Beschränkung beim Bauen.“ Das bedeutet, dass wir die Konzentrationswirkung der Baugenehmigungen ansteuern müssen. Ich frage jetzt nicht, wo die Vorschläge sind, sondern ich bitte, dass Sie das in der heutigen Debatte zum Anlass nehmen, um darauf hinzuwirken, dass wir uns in Kürze in den Ausschüssen mit konkreten Gesetzentwürfen der Landesregierung auseinander setzen können.

Gesetze sind ja allgemein verbindliche Regeln, die berechnete und teilweise widersprechende Interessenlagen unterschiedlicher Art ausgleichen sollen. Gerade im Baubereich zeigt es sich, dass Naturschutz- und Umweltbelange durchaus ganz andere Wertigkeiten vorrangig beachtet haben möchten als Gemeinden oder Unternehmen, die in einer für ihre Belange günstigen Lage bauen möchten. Die bisher bestehenden Regelungen über Genehmigungen, Einvernehmensregelungen und Benehmensregelungen mögen von dem einen Teil als hinderlich betrachtet werden, für den anderen Teil aber durchaus notwendig und unverzichtbar sein. Hier müssen klare Entscheidungen getroffen werden, welchen Interessenlagen Vorrang einzuräumen ist.

(Beifall Andreas Petters, CDU, und Rainer Pracht, CDU)

Irgendjemand, Herr Minister, muss entscheiden, welche Genehmigungen und welches Einverständnis in Zukunft entfallen können. Derartige Entscheidungen trifft in einer Demokratie allein der Gesetzgeber und deshalb müssen derartige Überlegungen auch im Parlament diskutiert und entschieden werden. Deshalb der klare Auftrag, dass Sie uns hier entsprechende Formulierungen zuleiten.

Wir sollten uns als Landtag wieder mehr auf unsere eigentliche Aufgabe als Gesetzgeber konzentrieren und uns von unserem Selbstverständnis nicht dahin gehend zurückdrängen lassen, dass wir die Vorlagen der Landesregierung nur noch mehr oder weniger mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die Landesregierung führt die Gesetze aus und der Landtag macht die Gesetze. Das ändert aber nichts daran, Herr Minister, dass Sie uns natürlich, wenn es hier klare Aufträge aus dem Landtag gibt, mit der gesamten bürokratischen Unterstützung, die Ihnen ja zur Verfügung steht, die konkreten Formulierungen auch präsentieren müssen, die den jeweiligen Aufträgen entsprechen. Es kann also nicht umgekehrt so sein, dass wir das bisher sehr bewährte Gesetzgebungsverfahren auf den Kopf stellen und sagen, wir beschäftigen jetzt eine Heerschar von Mitarbeitern, die uns entsprechende Formulierungen vorlegen, damit die Regierung das dann nur noch ausführt. Das wäre zu wenig und dazu sind Sie zu Recht auch zu hoch dotiert. Sie müssen als verantwortlicher Minister diese Vorlagen schon erarbeiten lassen und sie uns dann zuleiten.

Noch einmal: Wir haben diesen Weg gewählt, weil offensichtlich nur so gewährleistet ist, dass sich der Landtag mit der nötigen Geschwindigkeit mit konkreten Gesetzentwürfen beschäftigen kann, denn der Antrag vom Januar 2004, der inhaltlich schon in wesentlichen

Punkten dem heutigen entsprach, ist damals mit Mehrheit abgelehnt worden. Ich freue mich, dass wir insofern einen Schritt weiter sind. Aber das, was unser eigenes Verständnis angeht, ist nur ein Schritt, in der Sache hat sich damit noch nichts verbessert.

Wir sind uns darüber einig, dass Bevölkerungsrückgang, sinkende staatliche Einnahmen und geringe wirtschaftliche Eigendynamik in Mecklenburg-Vorpommern zu äußerster Haushaltsdisziplin zwingen. Es darf aber nicht nur um das Sparen gehen. Vorrangiges Ziel des Bürokratieabbaus und einer Verwaltungsmodernisierung muss es auch sein, bisherige bürokratische Hemmnisse zugunsten der wirtschaftlichen Dynamik abzubauen. Nur eine leistungsfähige, schnelle und kundenorientierte Verwaltung vor Ort sichert notwendige Unternehmensansiedlungen und bestehende Arbeitsplätze. Vor diesem Hintergrund lassen Sie uns Lösungen in der Sache finden, sprich, zu den einzelnen konkreten Regelungen, und diese in den Ausschüssen diskutieren.

Herr Minister, noch einmal meine Bitte, mit der Kampagne habe ich sonst so meine Probleme: Nehmen Sie sie wenigstens in der Regierung ernst! Einfach anfangen! Bitte legen Sie uns zur nächsten Sitzung konkrete Gesetzesentwürfe vor! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich die Aussprache.

Im Rahmen der Einbringung ist von der Fraktion der CDU beantragt worden, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1228 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Im Rahmen der Debatte ist von Frau Schulz und Herrn Müller beantragt worden, diesen Gesetzentwurf federführend in den Sonderausschuss zu überweisen.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Federführung. Wer dem erstgestellten Antrag, diesen Gesetzentwurf zur federführenden Beratung an den Innenausschuss zu überweisen, zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung federführend in den Innenausschuss abgelehnt.

Ich komme zum zweiten Antrag. Ich lasse darüber abstimmen, diesen Gesetzentwurf zur federführenden Beratung an den Sonderausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Enthaltungen? – Danke. Damit ist die Überweisung federführend in den Sonderausschuss bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und PDS, bei einer Gegenstimme der Fraktion der PDS und Gegenstimmen der Fraktion der CDU sowie einer Stimmenthaltung der CDU beschlossen.

Ich komme zur Abstimmung über die Mitberatung. Wer zuzustimmen wünscht, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1228 zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Rechts- und Europaausschuss, an den Finanzausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Landwirtschaftsausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Bauausschuss, an den Sozialausschuss, an den Umweltausschuss sowie an den

Tourismusausschuss zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung bei der CDU-Fraktion. Damit ist dem Überweisungsvorschlag zur Mitberatung an die entsprechenden Ausschüsse zugestimmt.

Ich rufe, wie interfraktionell vereinbart, an dieser Stelle auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Liquidität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe Mecklenburg-Vorpommerns durch Verpachtung und Verwertung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sichern, Drucksache 4/1235.

Antrag der Fraktion der CDU:
Liquidität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe Mecklenburg-Vorpommerns durch Verpachtung und Verwertung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sichern
 – Drucksache 4/1235 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Unbeschadet der Tatsache, dass wir bereits am heutigen Tag über den vorliegenden Antrag meiner Fraktion zu einem aktuellen Problem der Landwirtschaftsbetriebe unseres Landes beraten, so fungiert er doch nur als Lückenfüller und sollte regulär als letzter Tagesordnungspunkt dieser Landtags-sitzungswoche diskutiert werden.

(Karsten Neumann, PDS: Höhepunkt, Höhepunkt!)

Schon das macht deutlich, welchen Stellenwert die Koalitionsfraktionen der Landwirtschaft in unserem Land noch beimessen.

(Gabriele Schulz, PDS: Dann hätten wir das doch nicht vorgeschlagen heute.)

Selbst der Minister plant leider nur fünf Minuten für ein Thema ein, das zu Streit in den Dörfern und zum Teil zur Gefährdung von Existenzen führt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und obwohl immer mehr Klagen von Landwirten hinsichtlich der Verpachtung und Verwertung landwirtschaftlicher Flächen in unserem Lande laut werden.

Viele Landwirtschaftsbetriebe verweisen darauf, dass die Verkaufspraxis der BVVG und die Verpachtungspraxis der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern zu unnötigem Liquiditätsentzug und teilweise zur existenziellen Gefährdung führt, und dies im Kontext einer ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Lage. Mit dem Entzug von Betriebsflächen werden in unserem Land wettbewerbsfähige Landwirtschaftsbetriebe, die sich dem nationalen und internationalen Markt stellen können, zerschlagen. Gerade der durch den Druck des Bundesfinanzministers beabsichtigte freihändige Verkauf von 150.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wird zum langfristigen Entzug von Flächen führen.

Die verfehlte Finanzpolitik des Bundes soll wieder einmal überproportional durch die Landwirte ausgeglichen werden. Da ist es auch nicht verwunderlich, dass Herr Eichel am vergangenen Wochenende verkündete, die Förderung der Landwirtschaft sei herausgeschmissenes Geld. Gerade die Veredelungsbetriebe, denen es aufgrund der einbrechenden Marktpreise und der hohen

Investitionskosten schon heute an Liquidität fehlt, werden nicht in der Lage sein, die für den Betrieb notwendigen Flächen zu erwerben. Ihnen werden mit der beabsichtigten Verkaufspraxis der BVVG Flächen entzogen, die für die Umsetzung der Betriebskonzepte zwingend notwendig sind. Sollten sie Flächen dennoch erwerben, so fehlt ihnen dann das Geld für Investitionen, die eine Produktion zu marktfähigen Preisen sicherstellen. So werden wettbewerbsfähige Betriebe ohne Not in die Insolvenz getrieben.

Am 24. Mai 2000 haben Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, einen Landtagsbeschluss zur langfristigen Verpachtung landeseigener Flächen vorrangig an Unternehmen mit Tierproduktion oder anderem arbeitsintensiven Produktionsprofil gegen die Stimmen der CDU-Fraktion durchgesetzt. Schon damals hatte die CDU-Fraktion erhebliche Bedenken gegen die von Ihnen favorisierte Verpachtungspraxis und hatte eigene Grundsätze zur Verpachtung landeseigener Landwirtschaftsflächen formuliert. Leider fanden diese Grundsätze keine Berücksichtigung. Und wenn auch der Ansatz, eine Steigerung der Wertschöpfung erreichen zu wollen, von uns uneingeschränkt bejaht wird, so misst sich die Sinnhaftigkeit immer am Erfolg und Erfolg ist die Kunst, dem Sinnvollen das Rentable vorzuziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da Flächenvergabe auch Flächenentzug bedeutet, ist folgerichtig, dass meine Fraktion mehr als zwei Jahre nach Verabschiedung der Vorgaben einen Bericht des Landwirtschaftsministers erwartet, inwieweit die derzeitige Verpachtungspraxis von landeseigenen landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern zum Aufbau der Veredelungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern beigetragen hat. Ich halte es für angebracht, dass wir nach zwei Jahren die Vorgaben dahin gehend überprüfen, ob sie ihrem Ziel entsprechen haben oder ob sie neu überdacht werden müssen. Oder wie schon Konfuzius sagte: Einen Fehler machen und ihn nicht korrigieren, das erst heißt, wirklich einen Fehler zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, jeder von uns weiß, dass gerade der Bereich der Veredelungswirtschaft der arbeitsintensivste Bereich in der Landwirtschaft ist. Vor diesem Hintergrund ist eine Stärkung von Veredelungsbetrieben durchaus angebracht. Dies darf meines Erachtens jedoch nicht um jeden Preis erfolgen, denn wie so oft liegen die Schwierigkeiten im Detail. Unterstützung bei Genehmigungsverfahren oder im Absatz sind oft sinnvoller als eine bessere Flächenausstattung. Unsinnig ist es meines Erachtens, wirtschaftlichen Unternehmen Flächen zu entziehen, um sie unwirtschaftlichen Unternehmen zu verpachten. Viel wichtiger ist es, den Veredelungsbetrieben die Rahmenbedingungen an die Hand zu geben, um mit ihren vorhandenen Mitteln entsprechend ihrer Betriebskonzepte wirtschaftlich arbeiten zu können. Aber gerade in diesem Bereich haben Sie alle Anträge meiner Fraktion zur Verbesserung der Wettbewerbssituation unserer Landwirte abgelehnt. Bei der Neuverpachtung von Flächen müssen auch die Folgen des Flächenentzugs berücksichtigt werden. So ist es gewiss ein Unterschied, ob einem 5.000-Hektar-Betrieb 50 Hektar entzogen werden oder ob einem 300-Hektar-Betrieb 50 Hektar entzogen werden.

(Minister Dr. Till Backhaus: Genau.)

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, inwieweit den Betrieben die Möglichkeit zur Veredelung überhaupt

zur Verfügung steht. Es kann nicht sein, dass mich Schreiben erreichen, die schildern, dass Betrieben Flächen entzogen werden, obwohl sie versucht haben, in die Veredelung einzusteigen. Leider führte dieser Versuch aufgrund der Bodenverhältnisse vor Ort und der Abnahmebedingungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Nicht nachvollziehbar ist auch, dass Betrieben Landwirtschaftsflächen entzogen werden sollen, obwohl im weiten Umfeld der Betriebe kein Veredelungsbetrieb wirtschaftet. Inwieweit dieser Flächenentzug dann noch durch die Beschlusslage aus dem Mai 2000 gedeckt ist, das wage ich vor dem Hintergrund, dass eben diese Flächen dann meistbietend zur Verpachtung ausgeschrieben werden, zu bezweifeln.

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, wenn Sie auch aufgrund der angespannten Haushaltslage unseres Landes sämtliche Einnahmemöglichkeiten realisieren müssen, so sollten Sie auch so ehrlich sein, das Kind beim Namen zu nennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schlupp.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bodenpolitik hat in diesem Hohen Hause schon immer eine wichtige Rolle gespielt und seit vielen Jahren ist sie einer der wichtigsten Diskussionspunkte und bisweilen auch Streitpunkte in diesem Hohen Haus gewesen. Bisher war es zumindest so – so habe ich es verstanden –, dass die SPD- und die PDS-Fraktion sich immer für eine zukunftsweisende Bodenpolitik in diesem Lande stark gemacht haben und dass insbesondere arbeitsintensive Produktionsbereiche und damit Beschäftigung in diesem Lande im Vordergrund gestanden haben und damit auch das öffentliche Eigentum, insbesondere das Eigentum, das dem Land Mecklenburg-Vorpommern gehört, auch für beschäftigungsintensive Bereiche zur Verfügung gestellt und damit nutzbringend eingesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die CDU-Fraktion – und das ist eben noch einmal wieder deutlich geworden – stand bisher diesen Kriterien, die wir entwickelt haben in der Bodenpolitik, eher skeptisch beziehungsweise ablehnend gegenüber. Mit umso größerem Interesse habe ich den Antrag der Fraktion und insbesondere auch die laufenden Veröffentlichungen zur Verpachtung und Verwertung von landwirtschaftlichen Nutzflächen von Frau Holznagel zur Kenntnis genommen. Ich habe das wirklich mit großem Interesse gelesen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das lohnt sich ja auch.)

Ich habe eben noch einmal so einen Hinweis bekommen. Wenn mich nicht alles täuscht, ist es tatsächlich so, dass Herr Dr. Müller von der BVVG vor kurzer Zeit im Agrarausschuss gewesen ist und noch einmal die Strategie und auch die Bodenpolitik vorgestellt hat. Ich weiß

nicht, ob Sie nicht dabei gewesen sind oder gefehlt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich nehme zur Kenntnis, dass die BVVG die Bodenpolitik auch und insbesondere der 90er Jahre umzusetzen hat, und zwar zu privatisieren hat um jeden Preis. Wir wollten dieses schon 1990 nicht. Ich sage das noch einmal in aller Härte und in aller Schärfe.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, ich erkläre Ihnen das gleich.

Es stellt sich also die Frage: Was wollen Sie eigentlich mit der Diskussion hier erreichen? Und vor allen Dingen: Für wen wollen Sie sich in dieser Frage engagieren? Ja, für die Bauern. Einer sitzt ja zumindest da hinten, den ich auch kenne und auch schätze. Aber ich werde Ihnen gleich einmal erzählen, für welche Bauern Sie sich hier einsetzen und wo vor allen Dingen auch die Konfliktlinien hier verlaufen.

Aber ich beginne noch einmal, um Ihnen das auch allen hier zu sagen, bei den so genannten BVVG-Flächen, also den ehemals volkseigenen Flächen. Nur zur Erinnerung, meine sehr geehrten Damen und Herren: Den heute allseits beklagten Privatisierungsdruck seitens der BVVG hat die damalige Bundesregierung zu Beginn der 90er Jahre überhaupt nur ermöglicht. Im Treuhandgesetz Paragraph 10 können Sie das nachlesen, da ist der Zwang zur Privatisierung festgeschrieben. Und das ist das grundsätzliche Dilemma, mit dem wir es zu tun haben. Erst auf unsere Initiative oder, ich sage in diesem Fall ausdrücklich, auf meine Initiative hat die Bundesregierung, und zwar die heutige Bundesregierung, im Jahr 1999 entschieden, 18-jährige Pachtverträge überhaupt auszustellen. Das wäre mit einer CDU-Regierung niemals möglich geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, gute Dinge geraten leider viel zu leicht in Vergessenheit.

(Martin Brick, CDU: Das erleben wir auch.)

Das erleben wir ja alle gemeinsam immer wieder. Dennoch haben wir Wirtschaftssicherheit tatsächlich für die Betriebe bis 2010 und zum Teil sogar bis 2015/2016 mit dieser Verlängerung der Pachtverträge für die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen und ich weiß auch, dass das von den Landwirten hochgradig akzeptiert und erfreut aufgenommen worden ist. Grundlage dafür ist natürlich, und das sage ich ausdrücklich, dass die Betriebe auf Antrag diese Pachtverlängerung auch umgesetzt haben, dass sie pünktlich und ordnungsgemäß ihre Pachten bezahlen und dass die Flächen ordnungsgemäß bewirtschaftet werden. Das ist die Grundlage dafür, dass die Flächen dann weiter verpachtet werden.

Nun lernen wir ja alle täglich dazu, aber dass die CDU heute plötzlich gegen Privatisierung argumentiert, ist, gelinde gesagt, für mich vollkommen unglaublich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das Kerngeschäft der von Ihnen eingesetzten BVVG ist neben der Verpachtung selbstredend natürlich der Verkauf, insbesondere der begünstigte Bodenverkauf nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, dem EALG, der im Übrigen ja bei den Landwirten und bei

den Eigentümern auch anerkannt ist. Über die Strategie, ich habe das schon angedeutet, hat Herr Dr. Müller unlängst im Agrarausschuss berichtet und diesem Hohen Hause damit auch die notwendigen Informationen bereitgestellt. Ich will dieses aber noch einmal unterstreichen.

Fest steht, dass hinsichtlich der von der BVVG bisher verpachteten Flächen nur ein geringer Teil – und deswegen verstehe ich nicht, Frau Holznagel, wie Sie auf diese Zahlen von 150.000 Hektar kommen –, nämlich der Teil, wo kein Antrag von den Landwirten auf Pachtverlängerung gestellt worden ist, zum Verkauf ausgeschrieben werden soll, ich betone, ausgeschrieben werden soll. Von den rund 250.000 Hektar BVVG-Landwirtschaftsflächen in unserem Bundesland werden in diesem Zuge circa 2.000 Hektar pachtfreie Flächen im Rahmen der Flexibilisierung des Bodenmarktes zum Verkauf ausgeschrieben – 2.000 Hektar und nicht 150.000 Hektar, das ist für mich ein kleiner, aber wichtiger Unterschied. Diese Regelung ist im Übrigen bis zum 31. Dezember 2006 festgeschrieben. Von diesen etwa 2.000 Hektar pro Jahr werden circa 700 Hektar beschränkt ausgeschrieben, und zwar – auch da haben wir uns durchsetzen können – werden diese 700 Hektar an arbeitsintensiv wirtschaftende Unternehmen und in Produktionsrichtung Veredelung, Futterbau, Gartenbau sowie in ökologisch wirtschaftende Betriebe hineingegeben. Diese 700 Hektar werden, wie gesagt, beschränkt ausgeschrieben zugunsten dieser Unternehmensstrukturen. Dies entspricht im Übrigen genau dem, was wir landespolitisch hier besprochen und beraten haben. Dabei haben wir Folgendes erreichen können:

Erstens. Die Flächenlose bei der Privatisierung werden auf 50 Hektar möglichst beschränkt und nicht überschritten, so dass auch insbesondere die hiesigen landwirtschaftlichen Unternehmen in diesem Prozess mitbieten können und damit an dem Bieterverfahren überhaupt teilnehmen können.

Zweitens. Der Flächenentzug der Betriebe ist auf zehn Prozent beschränkt beziehungsweise es wird kein Flächenentzug erfolgen, der dazu führt, dass Betriebe, wie das hier angesprochen worden ist, betrieblich in Existenznot geraten. Im Übrigen sollen diese Betriebe auch nicht in die gewerbliche Tierhaltung rutschen. Klar ist auch, dass ausreichend Futterfläche in diesen Betrieben weiter vorgehalten werden soll.

Drittens. Wenn Betriebe unverschuldet in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, also – auch das haben wir schon alles gehabt – durch Nässe, Trockenheit oder durch andere Probleme, wird der begünstigte Flächenerwerb zunächst verzögert und die Ausschreibung wird nicht erfolgen. Ich glaube, daran können Sie erkennen, dass wir genau das, was die Landwirte von uns erwarten, nämlich Planungssicherheit zu erreichen im Interesse der landwirtschaftlichen Unternehmen, haben durchsetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber an dem von Ihnen damals in den 90er Jahren festgeschriebenen Privatisierungsauftrag ist nicht zu rütteln. Das, meine Damen und Herren, ist eine Bodenpolitik, die für unsere Landwirtschaft hilfreich ist, und zwar insbesondere für diejenigen Bereiche, die tätige Hilfe auch wirklich brauchen. Ich glaube, wir müssen noch einmal herausarbeiten, dass das, was die CDU hier deutlich macht, nicht dem entspricht, was die landwirtschaftlichen Unternehmen von uns erwarten. Sie kämpften in der Vergangenheit

und kämpfen auch in der Zukunft wahrscheinlich immer wieder für diejenigen, denen es ohnehin schon gut geht in dieser Gesellschaft. Das ist in der Steuerpolitik nicht anders zu sehen als in der Bodenpolitik und das zieht sich wie ein schwarzer Faden durch Ihre Politik.

(Andreas Petters, CDU: Diese Leier wieder!)

Der Antrag – und jetzt komme ich zum Eingemachten – ist Ihnen offensichtlich mal wieder von einem Marktfruchtbetrieb in den Block diktiert worden,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

der Angst und Bedenken hat mit Blick auf die bevorstehende Agrarreform, Flächen und damit Prämienrechte in der Zukunft zu verlieren. Dafür habe ich Verständnis, dass die Leute sich bei Ihnen melden. Die melden sich natürlich in gleicher Weise auch bei uns.

Nun aber noch einmal ausdrücklich zu den Landesflächen. Das ist ja auch stark kritisiert worden hier. Ich will eines noch einmal vorausschicken: Im Mai 2000 hat das Parlament, das ist ja auch angedeutet worden, dazu einen Beschluss gefasst, an den ich mich selbstverständlich auch gebunden fühle und an den ich mich halten werde. Der besagt nämlich insbesondere, dass Landesflächen vorrangig an Tierproduktionsbetriebe und an andere Unternehmen mit arbeitsintensiven Produktionsprofilen zu verpachten sind, um möglichst auch viel an Beschäftigungselementen in unserem ländlichen Raum erhalten zu können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das verkehrt sein soll, denn leider ist das Problem der Arbeitslosigkeit gerade im ländlichen Raum unverändert da.

Auf der anderen Seite ist es eine Tatsache, dass es viele landwirtschaftliche Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern gibt, die mit einem sehr niedrigen Arbeitsbesatz wirtschaften und damit auch ein Signal der geringen Wertschöpfung in unserem Lande darstellen. Oft liegt der Arbeitskräftebesatz unter dem Durchschnitt des Landes Mecklenburg-Vorpommern und weit unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland. Wenn man das noch einmal in Erinnerung ruft, wir liegen bei 0,9 und die alten Bundesländer liegen bei 2,3. Daran wird schon deutlich, dass eben gerade die Veredelungsproduktion nach wie vor ein Problem ist. Jeder weiß, dass Beschäftigung und Wertschöpfung vorrangig durch Veredelungswirtschaft gefördert werden, zum Beispiel durch intensive Produktionsrichtungen wie den Gemüsebau oder den Kartoffelbau oder insbesondere natürlich auch die Schweineproduktion oder die Rinderwirtschaft. Natürlich ist es immer eine freie unternehmerische Entscheidung, was ein Betrieb produziert und unter welchen Voraussetzungen er produziert. Da wollen wir uns auch überhaupt nicht einmischen. Das kann, will und darf die Landesregierung niemandem vorschreiben und das habe ich hiermit noch einmal deutlich gemacht.

In diesem Zusammenhang darf ich ohnehin daran erinnern, dass zum 1. Mai 2005 die Karten auch in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern völlig neu gemischt werden. Was Politik allerdings kann und soll, ist auch, den Rahmen so zu setzen, dass Wirtschaften auch in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin im Vordergrund steht. Deshalb halte ich es nach wie vor für legitim, wenn wir in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit die Flächen dorthin gezielt verpachten, wo neue – ich betone, neue – Arbeitsplätze geschaffen werden oder wo zumindest bestehende Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich glaube, auch das ist deutlich zu unterlegen.

Das Land verfügt zurzeit über 80.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, 22.000 Hektar hiervon stammen aus der Bodenreform. Ich darf einflechten – auch da bin ich ja scharf kritisiert worden von den beiden Seiten, wenn ich das einmal so sagen darf, insbesondere auch von der CDU –, dass das Ansinnen, vor die Große Kammer zu ziehen, nicht von Erfolg gekrönt sein wird. Ich hoffe, Frau Holznagel, Sie haben zur Kenntnis genommen, dass der Erfolg tatsächlich vorhanden ist und dass die Große Kammer dieses Thema jetzt aufgreifen will.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das wird differenziert gesehen, aber Sie wollten mich ja quasi auffordern, diesen Rechtsweg nicht einzuschlagen, und das wäre eine Sünde gewesen, auch im Interesse des Rechtsstaates.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir haben auch den Zeitfaktor zu beachten.)

Etwa 22.000 Hektar hiervon, das sage ich noch einmal, stammen aus der Bodenreform. Über diese Anteile können wir zurzeit nicht verfügen. Diese sind nur kurzzeitig verpachtet. Deswegen haben wir ganz klar alles darangesetzt, die Flächen, die zur langfristigen Verpachtung anstehen, aus den ehemaligen Landesdomänen und Amtsreservaten, beginnend mit 2004, diese Pachtflächen, die frei werden, auszuschreiben. Dieses bedeutet, die reguläre Grundpachtzeit von zwölf Jahren ist damit zu Ende und die Flächen werden ab dem 1. Oktober 2004 pachtfrei.

Im Übrigen waren diese zwölf Jahre seinerzeit auch die Grundlage für die von der CDU im Antrag angesprochenen Betriebskonzepte und Planungen der Betriebe. Dass viele, viele Unternehmen, die seinerzeit ganz andere Strukturen und Ausrichtungen gehabt haben, ihre Struktur verändert haben, glaube ich, muss ich hier nicht näher erläutern. Dass diese Pachtverträge dann zum genannten Datum generell zu Ende sind, ist nun einmal eine Tatsache, und es ist unser gutes Recht als Land Mecklenburg-Vorpommern, dann auch die besten Konzepte zur Wirkung kommen zu lassen. Das heißt, diese Flächen sind grundsätzlich nach den Vorgaben von EU und Haushaltsordnung zur transparenten Vergabe auszuschreiben. Dieses Verfahren läuft und ich darf Ihnen hier heute schon einmal andeuten, dass wir sehr interessante Konzepte bekommen, gerade auch von Junglandwirten, die neu einsteigen wollen in die Landwirtschaft, die in die Veredelungsproduktion, ob Gemüse oder andere Richtungen, einsteigen wollen, um sehr wohl neue Potentiale zu erschließen.

Hier kommt nun wieder auch die BVVG ins Spiel, die im Auftrag der bundesöffentlichen Hand zeigt, wie eine transparente Vergabe von Flächen auszusehen hat. Das Land ist aus verschiedenen Gründen sehr gut beraten, das sehe ich jedenfalls so, hier nahezu spiegelgleich zu verfahren. Zahlreiche Landwirte haben mich persönlich und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Vergangenheit immer wieder angesprochen und um eben diese Transparenz bei der Vergabe von Landesflächen gebeten. Das machen wir im Übrigen in Form dieser Ausschreibung. Ich sehe keinen Grund dafür, etwas anderes hier zu tun. Von der Ausschreibung als Grundprinzip abzuweichen ist nur in folgenden Fällen, aus meiner Sicht jedenfalls, zu begründen:

a) um Existenzgefährdung abzuwenden

Das werden wir dann auch tun bis zu einer Sockelbetriebsgröße von maximal 250 Hektar bei 40 Bodenpunk-

ten im Durchschnitt des Landes oder bis zu einer Grenze von 80 Prozent der Gesamtbetriebsfläche. Das heißt, einen Entzug von maximal 20 Prozent umzusetzen. Daran wird kein Betrieb in seiner Existenz gefährdet.

b) bei Betrieben, die bereits die Vorgaben des Landtagsbeschlusses zu arbeitsintensiven Produktionsrichtungen erfüllen

Hier ist unter anderem ein Kriterium, das Sie auch kennen, den GV, den Großviehbesatz bei 0,4 festzuschreiben. Ein anderes Kriterium ist der Anbau von kleiner/gleich zehn Prozent der Betriebsfläche mit Intensivkulturen, zum Beispiel Kartoffeln, Gemüse oder Dauerkulturen. Auch dieses ist mit dem Bauernverband mehrfach besprochen worden und dafür gibt es auch die Akzeptanz.

In den anderen Fällen ist eine Ausnahme von der grundsätzlichen Pflicht zur Ausschreibung und damit zu einer transparenten Vergabe nicht begründbar. Für das Jahr 2004 – und damit bin ich bei dem Bericht, den Sie von mir erwarten – bleiben circa 1.600 Hektar für eine Ausschreibung in Mecklenburg-Vorpommern, denn zahlreiche Verträge wurden auf Basis der gerade beschriebenen Ausnahmeregelung bereits verlängert. Das heißt, ein Großteil dieser Flächen ist verlängert worden, nur ein geringer Teil wird dann ausgeschrieben. Diese 1.600 Hektar allerdings sind über Ausschreibung zur Verpachtung dann neu zu vergeben, wobei die bisherigen Pächter selbstverständlich die Möglichkeit haben, sich an dem Pacht- und Bieterverfahren zu beteiligen. Die Vergabe der Flächen erfolgt dann nach dem Betriebskonzept, das heißt, es werden berücksichtigt der AK-Besatz, insbesondere neu zu schaffende Arbeitsplätze, die Höhe der Investitionen, die Veredelungsdichte beziehungsweise der Umfang an arbeitsintensiven Produktionsprofilen. Wenn also der bisherige Pächter in diese Produktionszweige investiert hat oder investieren will, so hat er bei der Vergabe der Flächen sehr, sehr gute Karten. Das sage ich hier auch mit aller Klarheit.

Die Inhalte der Betriebskonzepte, die zum Pachtzuschlag führen, werden übrigens in den Verträgen jetzt festgeschrieben in Mecklenburg-Vorpommern. Hierzu werden auch Kündigungsklauseln eingearbeitet, die greifen, wenn diese Konzepte nicht eingehalten beziehungsweise umgesetzt werden. Oder aber es werden nur kurzfristige Pachtverträge von beispielsweise drei Jahren abgeschlossen, die eine Verlängerungsoption für den Fall enthalten, dass Investitionen getätigt werden. Im Klartext: Wurden die Versprechungen eingehalten, ist der langfristige Pachtvertrag gesichert, passiert dagegen nichts, werden diese Pachtverträge aufgelöst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Verpachtungsstrategie des Landes hat mittlerweile Wirkung gezeigt, auch das möchte ich hier noch einmal deutlich angesprochen haben. Bei zahlreichen Pächtern hat im Übrigen diese Vergabep Praxis dazu geführt, dass man sich nicht – ich betone, nicht – leichtfertig von einer bestehenden Veredelungsproduktion und den damit verbundenen Arbeitsplätzen getrennt und davon Abstand genommen hat. Das zeigt, es gibt keinen vernünftigen Grund, von der bisherigen Strategie zur langfristigen Verpachtung prinzipiell abzuweichen, es sei denn, man will hier tatsächlich eine neue Entwicklung anschieben.

Ich will abschließend nur ein Beispiel nennen: Ich glaube nicht, dass wir es einem Betriebsleiter, der zum Bei-

spiel 500 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche hat und der ganzjährig zwölf Beschäftigte tatsächlich auch beschäftigen kann, begreiflich machen können, dass wir uneingeschränkt Landesflächen bei Betrieben belassen, die 2.000 Hektar mit gerade einmal fünf, tatsächlich mit fünf Leuten bewirtschaften, auch und erst recht dann nicht, wenn sie womöglich die Veredelungsproduktion und die damit verbundenen Arbeitsplätze in der Zukunft noch weiter abschaffen und trotzdem die gesamte EU-Ausgleichszahlung von knapp 600.000 Euro in diesen 2.000-Hektar-Betrieb hineinfließt. Deshalb sollte aus meiner Sicht die CDU-Fraktion diesen Antrag besser zurückziehen. Ansonsten kann ich nur sagen, ich glaube, die Verpachtungspraxis, die wir in den letzten Jahren umgesetzt haben, dient der Landwirtschaft, dient dem ländlichen Raum und damit letzten Endes auch dem gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraph 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung erhält die CDU-Fraktion 14 Minuten zusätzliche Redezeit.

Ich rufe auf als nächsten Redner für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Wien. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes ein herzliches Dankeschön an die Opposition. Im Punkt 1 Ihres Antrages haben Sie etwas gefordert, was die Koalitionäre in ihrer Weitsicht schon 1999 auf Drucksache 3/731 beschlossen haben, und Sie haben eben unserem Landwirtschaftsminister ein wunderbares Podium gegeben, auch diese Sachen sehr gut darzustellen. Wie gesagt, herzlichen Dank dafür. Ich denke, das kann sich sehen lassen, was hier gerade gesagt wurde.

Der zweite Punkt Ihres Antrages beinhaltet die Vergabep Praxis der Landgesellschaft des Landes. Hier sei einfach noch mal darauf hingewiesen, dass die Landgesellschaft unseres Landes nach Handlungsrichtlinien aus dem Ministerium handelt. Und diese Handlungsrichtlinien des Ministeriums fußen auf Beschlüssen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben von Herrn Backhaus erfahren, dass alle schwerwiegenden Fälle, also alle Streitfälle, letztendlich dem Ministerium vorgelegt werden und die Mehrzahl zugunsten der betroffenen Unternehmen entschieden wird. Nun gehören zur Mehrzahl nicht alle und wir sagen natürlich auch nicht, na gut, was dem einen sin Uhl is, is dem andern sin Nachtigal. Es wird immer welche geben, denen die Entscheidung nicht passt.

Da wir aber immer nur in den Raum gestellt bekommen, es gibt Unruhe und es ist unangenehm – die Unruhe entsteht aber nicht nur dadurch, sondern durch viele andere Umstrukturierungsprozesse jetzt im Moment in der Landwirtschaft –, wäre es für uns sehr hilfreich, wenn wir als Landtagsabgeordnete ganz konkrete Fälle auf unseren Tisch bekommen würden und wir ganz konkret mit Hilfe des Ministeriums diesen Fällen nachgehen könnten. Das ist immer besser und zielführender, als wenn wir nur allgemein von Unruhe in den Dörfern sprechen, denn wie gesagt, in der überwiegenden Zahl wird hier etwas gemacht, was zur Zufriedenheit der entsprechenden Bauern oder Landwirte führt.

Ja, und der dritte Punkt, die Vergabep Praxis der BVVG, der hat mich eigentlich am meisten erstaunt. Ich habe erst mal ganz irritiert in das Protokoll geguckt, denn wir hatten ja, wie wir gerade gehört haben, den Geschäftsführer der BVVG, Herrn Müller, vor kurzem im Landwirtschaftsausschuss. Frau Schlupp und Herr Ringguth haben nicht eine dieser Fragen gestellt.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Dabei hätten sie die Möglichkeit gehabt, auch vor der BVVG ihren Standpunkt darzustellen und sich die entsprechenden Sachen einzufordern. Da ist nichts geschehen. Ich konnte mich nicht erinnern und das Protokoll sagt auch nichts dazu aus. Dieses Vorgehen lässt mich jetzt einfach vermuten, dass der Antrag, der uns hier vorliegt, inhaltlich von seinem Antragsteller nicht mal ernst genommen wird. Ja, und da gibt es nur eine Empfehlung: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück! Ansonsten wird die Fraktion der PDS ihn einfach ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Beate Schlupp, CDU: Das ist ja nichts Neues.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Wien.

Es hat jetzt das Wort die Vizepräsidentin und Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach vielen Gesprächen mit Landwirten – und es sind nicht nur Landwirte, die sich der Marktf Fruchtproduktion verschrieben haben, sondern sehr viele – haben wir diesen Antrag ganz bewusst gestellt. Und ich möchte vielleicht auch das gerne vorwagsagen, nachdem ich schon jetzt so bisschen das Ergebnis der Abstimmung über unseren Antrag herausgehört habe, haben wir eins schon erreicht, dass der Herr Minister den Bericht dazu doch im Groben und Ganzen hier schon gehalten hat. Das ist schon mal ein Vorteil. Danke schön, Herr Minister!

(Beifall Alexa Wien, PDS)

Und, Frau Wien, glauben Sie mir, das ist ja eine Situation, die sich in letzter Zeit auch völlig verändert und beschleunigt hat. Deswegen ist es für uns sehr wichtig gewesen, diesen Bericht hier einzufordern.

Ich möchte auch noch mal sagen, Herr Minister, Sie sind darauf eingegangen, dass wir was gegen die Privatisierung haben. Ich weiß nicht, wo Sie das herausgelesen haben. Das ist mitnichten so. Aber wir haben diesen Antrag auch deshalb gestellt, damit deutlich wird, dass man sich privatisieren kann und dass unsere Betriebe die Möglichkeiten haben, in dieser Richtung dann auch am Bodenmarkt bleiben zu können. Und ich denke, das ist hier sehr wichtig, noch mal zu beraten, denn wir wissen, wir haben nicht nur die Fälle, die zu uns kommen und uns benannt werden, sondern auch in den Medien sind sehr viele Schlagzeilen in letzter Zeit zum Thema Bodenmarkt gekommen. Hier ist mit sehr vielen drastischen Worten wie zum Beispiel „Zu welchem Wirt wandert der Boden“ oder „Land unterm Hammer“ und so weiter deutlich auf die Situationen hingewiesen worden.

Eines aber haben alle Mitteilungen gemeinsam, sie machen deutlich, dass in Mecklenburg-Vorpommern ein Kampf um den Erwerb oder die Verpachtung von landwirtschaftlichen Nutzflächen entbrannt ist. Dies ist vor dem Hintergrund, dass der Boden der einzige Produkti-

onsfaktor ist, der nicht mehr vermehrbar ist, und dass in Zukunft die Ausgleichszahlungen an die Fläche gekoppelt sein werden, durchaus nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, umso wichtiger ist es, dass gerade die BVVG und die Landgesellschaft als die Hauptverpächter in unserem Land verantwortungsvoll beim Verkauf oder der Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen handeln. Preistreiberien, wie sie zu beobachten sind, zur Konsolidierung des Bundes- und Landeshaushaltes können hier nicht das richtige Signal sein. Unsere Landwirte brauchen hier einfach mehr Sicherheit,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

denn nur stabile Agrarbetriebe werden mit der Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik zurechtkommen und der Bodenmarkt der wird beeinflusst, besonders durch die auf uns zukommende gemeinsame Agrarpolitik.

So erklärte auch der Geschäftsführer des Genossenschaftsverbandes Dr. Hartmut Wallstabe anlässlich der öffentlichen Anhörung zur Umsetzung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, ich zitiere: „Die langfristige Sicherung des Zugangs der Genossenschaften zum Hauptproduktionsfaktor Boden bereite dem Verband eine beträchtliche Sorge. Man habe mit der BVVG mehrere Gespräche geführt, die Hälfte der Agrargenossenschaften bewirtschaftete Boden von der BVVG. Davon wiederum die Hälfte habe über 300 Hektar gepachtet. Der Kauf dieser Flächen wäre aus dem Portemonnaie oder über Kredite kaum zu finanzieren und hier liegt das Problem. Da die BVVG dazu übergehe, die nicht verkauften Flächen nur noch für ein Jahr zu verpachten, seien bereits jetzt Probleme absehbar.“ Ende des Zitates.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Verpachtungspraxis von landeseigenen Flächen durch die Landgesellschaft und der dazu zeitgleich stattfindende Verkauf von Bundesflächen durch die BVVG in Übereinstimmung zu bringen sind. Das, denke ich, ist der Knackpunkt unseres Antrages, Herr Minister, und da habe ich eigentlich zu wenig von Ihnen gehört. Denn einerseits wird durch die vorrangige Verpachtung von landeseigenen Nutzflächen an Veredlungsbetriebe versucht, diese besser zu stellen, und andererseits werden gerade diese Betriebe durch den Verkauf von Bundesflächen zusätzlich in ihrer Wirtschaftlichkeit geschwächt. Das ist ein Konflikt, der müsste gelöst werden, und deswegen haben wir auch diesen Antrag gestellt.

(Andreas Petters, CDU: Hört, hört!)

Inwieweit allerdings das Land mit seinen circa 85.000 Hektar Eigentumsfläche in der Lage sein wird, die Auswirkungen des Flächenverkaufs durch die BVVG – ich spreche hier von circa 150.000 Hektar – zu kompensieren, das kann ich hier in diesem Hause heute wohl nicht sagen und es wird wohl auch keiner beurteilen können. Inwieweit die Zahlen jetzt hier stimmen, Herr Minister, das will ich gerne noch mal überprüfen, aber so sind sie mir zugänglich gewesen. Hier muss meines Erachtens darüber nachgedacht werden, ob die Landgesellschaft nicht über Ankauf von BVVG-Flächen und einer Flächenbevorratung dem entgegenwirkt. Vor der Landtagswahl, Herr Minister, haben Sie sich ganz eindeutig dafür ausgesprochen, dass die gesamten Bundesflächen in Landeseigentum überführt werden sollten. Und ich denke, hier sollten Sie auch zu Ihrem Wort stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, eines allerdings lässt sich heute sicherlich beurteilen, nämlich inwieweit die derzeitige Verpachtungspraxis von landeseigenen landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH zum Ausbau der Veredlungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern beigetragen hat. Sie haben einiges in Ihrem Bericht dazu gesagt, aber ich würde mir sehr gut vorstellen können, dass wir das noch mal im Ausschuss thematisieren. Hier sollten wir uns gemeinsam im Interesse der Veredlungswirtschaft unseres Landes einen Überblick verschaffen, um so zu einer sachgerechten Beurteilung der bisherigen Verfahrensweise zu gelangen.

Meine Damen und Herren, der Punkt 2 unseres Antrages fordert die Landesregierung auf, „dafür Sorge zu tragen, dass durch die künftigen Verpachtungsmodalitäten landeseigener landwirtschaftlicher Nutzflächen den wirtschaftenden Betrieben grundsätzlich keine Liquidität und keine landwirtschaftlichen Nutzflächen entzogen werden“. Ich weiß, wie schwierig das ist. Aber ich weiß, und deswegen haben wir das hier in diesem Antrag auch festgehalten, wie wichtig das für unsere Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern ist. Es geht nämlich hier auch um die Wettbewerbsfähigkeit und das sollten wir deutlich unterstreichen. Wenn auch hier schon ausgeführt wurde, dass die Landgesellschaft grundsätzlich keine Flächen des Landes veräußert, so führen doch auch derzeitige Verpachtungsmodalitäten zu Liquiditätsentzug.

Gerade die Feststellung in den neuen Pachtverträgen, dass künftige Ausgleichszahlungen nicht an den Betrieb, sondern an die Fläche gebunden bleiben sollen, und die Verpachtungszeiträume stellen für die Landwirtschaftsbetriebe kaum eine solide Basis dar und darüber sollten wir als Ausschuss auch wirklich noch mal beraten. Vielmehr schränken solche Vertragsmodalitäten und kurzfristige Pachtzeiten die Kreditwürdigkeit der Veredlungsbetriebe weiter ein – ein Riesenproblem für unsere Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern.

Auch seitens des Bauernverbandes wird darauf verwiesen, dass die derzeitige Verfahrensweise der Landgesellschaft bei der Ausschreibung zur Verpachtung von Landesflächen, deren Pachtverträge in diesem Jahr auslaufen, von Berufskollegen und dem Bauernverband sehr kritisch gesehen wird. Auch das hat uns motiviert, diesen Antrag so zu formulieren.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Meine Damen und Herren, grundsätzlich soll jede zu diesem Termin frei werdende Fläche öffentlich zur Verpachtung ausgeschrieben werden. Eine Ausnahmeregelung gibt es lediglich für Betriebe unter 250 Hektar, Betriebe mit einem Viehbesatz von über 0,4 Großvieheinheiten je Hektar oder für Betriebe mit einem Anteil arbeitsintensiver Feldfrüchte über zehn Prozent. Herr Minister, Sie führten es schon aus. Eine öffentliche Ausschreibung der Pachtflächen wird die Steigerung des Pachtzinsens für Landesflächen zur Folge haben. So kann es zu der absurden Situation kommen, dass ein Landwirt für Flächen des Landes einen unterschiedlichen Pachtzins auskehren muss. In welche Richtung sich der Pachtzins dann allerdings letztendlich entwickeln wird, dass kann hier vielleicht doch schon jeder vorhersehen oder sagen.

Meine Damen und Herren, wenn auch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH gemäß Treuhandgesetz einen Privatisierungsauftrag auszuführen hat, so muss darüber nachgedacht werden, wie dieser im Interesse der landwirtschaftlichen Unternehmen unseres Landes ausgeführt werden kann und wie das abgestimmt werden kann. Darum geht es uns. Gerade hier ist das Engagement der Landesregierung notwendig, um im Interesse unserer Landwirte tätig zu werden. Eine Möglichkeit habe ich schon erwähnt, die Flächenbevorratung durch die Landgesellschaft.

Die seitens des Finanzministers herausgegebene Lösung, so schnell als möglich so viel Geld wie möglich einzunehmen, kann meiner Meinung nach nicht der richtige Weg sein, wenn wir uns wirklich auf den Weg der gemeinsamen EU-Agrarpolitik machen. Zum einen führt ein solches Vorhaben zu außerordentlichen Belastungen der Landwirtschaftsunternehmen und zum anderen ist dieses Vorhaben aus haushalterischer Sicht falsch, da die Preisbildung auf dem Bodenmarkt negativ beeinflusst wird.

Wenn wir auch heute wieder einmal gehört haben, dass die von uns angesprochene Problematik vor Ort kaum eine Rolle spielt, so bitte ich Sie doch zu bedenken, dass die Landwirte unseres Landes und die berufsständischen Interessenvertretungen sehr wohl mit Interesse die heutige Debatte verfolgen. Aus diesem Grund möchte ich Sie doch noch mal auffordern, die Chance zu nutzen und im Interesse unserer Landwirte dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Kühnel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Lilly Kühnel, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vorwegschicken, ich bin mit Frau Schlupp vollkommen einer Meinung, denn auch ich bin sehr froh, dass wir nicht morgen um Mitternacht über diese Thematik hier diskutieren. Ich glaube, da wäre die Aufmerksamkeit sicherlich nur sehr gering gewesen.

Das Zweite, was ich vorwegschicken möchte, ist Folgendes: Wir haben im Agrarausschuss bisher immer die Möglichkeit gehabt, Abforderungen gegenüber dem Landwirtschaftsministerium aktuell und zeitnah zu bekommen. Und wenn der Wunsch gewesen wäre, ganz aktuell informiert zu sein, denke ich, wäre der Minister oder ein Vertreter sicherlich in der Lage gewesen, das vor dem Agrarausschuss auch zu tun.

(Beifall Norbert Baunach, SPD,
und Angelika Peters, SPD)

Es wurde schon vieles gesagt und es besteht ja immer die Gefahr, beim Letzten, der dann noch spricht, dass es zu Wiederholungen kommt. Deswegen möchte ich mich wirklich in erster Linie auf den Antrag konzentrieren.

Wenn man die Überschrift Ihres Antrages liest, könnte man sagen, jawohl, die Richtung ist richtig. Liquidität und Wettbewerbsfähigkeit brauchen unsere landwirtschaftlichen Unternehmen auf der Grundlage sicherer Rahmenbedingungen. Die Flächenausstattung in unseren landwirtschaftlichen Unternehmen ist die wichtigste Grundlage für wettbewerbsfähiges Wirtschaften. Beim Durchdringen

Ihres Antrages wächst allerdings von Punkt zu Punkt die Enttäuschung. Ich habe beim besten Willen nicht herauslesen können, was die Landesregierung und die BVVG denn eigentlich besser machen sollen.

(Udo Timm, CDU: Alles!)

Es findet sich kein Hinweis eines Vorschlages, was besser gemacht werden könnte, um zu mehr Wertschöpfung aus der Primärproduktion und zu mehr und sicheren Arbeitsplätzen im ländlichen Raum zu kommen. Stattdessen suggerieren Sie Liquiditätsentzug und Wettbewerbsverlust und ignorieren, dass der Landtag die Zielrichtung beschlossen hat, dass bei der Verpachtung landeseigener Flächen vorrangig Unternehmen der Veredlung und Unternehmen mit arbeitsintensivem Produktionsprofil begünstigt werden. Das wurde bereits alles gesagt.

Erstaunt hat mich, wie Sie mit dem Begriff „Liquidität“ umgehen. Ich hätte eigentlich erwartet, dass sich Ihre Agrarexperten damit besser auskennen. Wenn ein Landwirtschaftsbetrieb Pachtfläche verliert, ergibt sich daraus zunächst einmal eine höhere Liquidität, da das Feldumlaufvermögen circa 500 bis 700 Euro pro Hektar freies Vermögen und somit liquide Mittel darstellt.

(Beate Schlupp, CDU: Mit Ihrer Hilfe wird der Kredit gestrichen.)

Was Sie meinen, ist die Wirtschaftlichkeit, Frau Schlupp. Dieses kann in der Tat geschmälert werden, wenn sich die Bewirtschaftungsfläche verkleinert. Die landeseigenen Flächen sind langfristig in der Regel für 12 beziehungsweise 18 Jahre verpachtet, und zwar an Tierproduzenten, aber auch an reine Marktfruchtbetriebe. Betriebskonzepte und deren Einhaltung wurden bei der Vergabepraxis zugrunde gelegt. Das ist aber auch allgemein bekannt.

In der Begründung Ihres Antrages stellen Sie die Verpachtungspraxis der Landgesellschaft aus meiner Sicht nicht richtig dar. Die Verpachtungsrichtlinie des Landwirtschaftsministeriums beinhaltet zwar, dass keinem Unternehmen mehr als 20 Prozent der bewirtschafteten Fläche entzogen werden kann, das heißt aber nicht, dass grundsätzlich ein Entzug von 20 Prozent der Betriebsfläche durch diese Verpachtungspraxis erfolgt, denn Betriebe mit weniger als 250 Hektar werden gar nicht diesbezüglich angefasst und die, die einen Großviehbestand – ich sage das noch mal, es wurde auch schon gesagt – von 0,4 Großvieheinheiten pro Hektar oder mehr als 10 Prozent arbeitsintensive Feldfrüchte haben, ebenfalls nicht. Sie, Werte Kollegen der CDU, stellen aber dar, dass dieses die allgemeine Praxis der Landgesellschaft ist. In der Regel liegt der Flächenentzug deutlich darunter.

Falsch ist auch, und ich zitiere aus Ihrem Antrag, dass die „bisherigen Betriebskonzepte, Planungen und Investitionen ... völlig unberücksichtigt (bleiben)“. Die Praxis ist eine andere und ich möchte das an Beispielen erläutern.

Die Nachfrage nach Landesflächen ist groß. Je nach Ausschreibungsobjekt gab es bisher zwischen 7 und 35 Bewerber. Die neuen Pachtverträge, und deswegen kommt es auch zu diesen Unruhen, gelten erst ab 01.10.2004, da erst am 30.09. die bisherigen Pachtverträge auslaufen. Jeder Einzelfall liegt anders. Und wir sprechen hier immer von Flächenentzug. Wir entziehen aber nicht irgendwo Fläche in irgendeinem Fonds, sondern diese Flächen werden auf andere Betriebe umverteilt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber das bringt Unruhe. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da gebe ich Ihnen Recht, das bringt Unruhe.

Um das zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen Beispiele nennen, eine Ausschreibung von circa 300 Hektar, die bisher von einem Unternehmen über einen Bewirtschaftungsvertrag von Lohnunternehmen bewirtschaftet wurden, die Neuvergabe erfolgt wie folgt:

Erstens. Ein Betrieb bekommt circa 165 Hektar mit Investitionsverpflichtungen über 1 Million Euro an biologisch wirtschaftende Legehennenhalter, Arbeitskräfteverpflichtung: vier Personen.

Zweitens. Ein zweiter Betrieb, der davon profitiert, circa 50 Hektar, hauptsächlich Grünland an biologische Bewirtschafter mit einem Tourismuskonzept, Arbeitskräfteverpflichtung: fünf neue Arbeitsplätze.

Und der dritte Betrieb, der davon profitiert: 85 Hektar an einen Sauenhalter mit 1.200 Sauen, der bislang nur circa 100 Hektar bewirtschaftet hat, zur Betriebsstabilisierung und Absicherung bestehender Arbeitsplätze und Investitionen.

Ein zweites Beispiel – ich sage das deswegen so ausführlich, damit nicht immer nur gesagt wird, es wird entzogen, es wird also auch neu verteilt, übrigens auch in Vorpommern –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha!)

Ausschreibungen von circa 260 Hektar, die bislang von einem 1.800-Hektar-Marktfruchtunternehmen bewirtschaftet wurden. Die Neuverteilung wird wie folgt aussehen: Circa 130 Hektar an einen Milchviehbetrieb, der weiter aufstocken will und einen neuen Kuhstall mit 800 Plätzen mit Neuinvestitionen von circa 1,3 Millionen Euro baut und 9,5 Arbeitskräfte weiterbeschäftigen wird. Und der zweite Betrieb, ebenfalls 130 Hektar an den bisherigen Pächter mit der Verpflichtung zum Ausbau eines Kartoffelanbaus von 100 Hektar, Arbeitskräfteverpflichtung: drei neue Arbeitsplätze.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und so könnte ich Ihnen noch mehrere Beispiele nennen. Sie sehen also, dass genau geprüft wird, wenn man auch sagen muss, dass Flächenentzug immer bitter ist. Da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Keiner gibt gerne Fläche ab.

Ich möchte Ihnen aber was ganz Aktuelles auch noch mitteilen. Gestern, am Rande der DLG-Feldtage, hatte ich ein Gespräch mit einem Betriebsleiter, der 1.000 Hektar bewirtschaftet, Milchproduktion hat, Kartoffeln anbaut, Vermehrung macht, ganzjährig 25 Arbeitskräfte beschäftigt, der natürlich eine ganz andere Meinung hat als die, die Frau Holznagel hier dargelegt hat, weil er sagt: Mein Nachbar, ebenfalls 1.000 Hektar, Marktfruchtbetrieb, beschäftigt in der Saison keine fünf Arbeitskräfte, und das sowieso nur ein halbes Jahr.

Tatsache ist auch, dass betroffene Betriebe, wenn sie dann Investitionen – und das habe ich, denke ich, nachgewiesen – insbesondere zur Aufnahme und Verstärkung der Veredlung planen, bei den Verhandlungen mit der Landgesellschaft durchaus auf positive Resonanz stoßen, und das muss man auch der Ehrlichkeit halber sagen.

Im dritten Punkt Ihres Antrages nehmen Sie sich die BVVG vor und unterstellen ihr, dass sie freihändig, wie Sie das nennen, den Unternehmen nach Auslaufen ihrer langfristigen Pachtverträge die Flächen unter dem Pflug oder, ich sage, unter dem Grubber weg verkauft.

Werte Kollegin Schlupp, und Herrn Ringguth spreche ich jetzt an, Sie waren doch im Landwirtschaftsausschuss am 18. März 2004 dabei. Es wurde bereits diese Ausschusssitzung mehrfach genannt, wo Herr Dr. Wilhelm Müller Ausführungen dazu gemacht hat, wie die Verwertungspraxis der BVVG ist. Er hat uns das sehr umfassend erläutert. Auch Sie haben erfahren, dass die BVVG in Mecklenburg-Vorpommern zurzeit 250.000 Hektar verwaltet und davon für 200.000 Hektar nach Ablauf der langfristigen Pachtverträge Anträge auf Pachtverlängerung vorliegen. Aber wir waren auch alle erstaunt, dass für 50.000 Hektar keine Pachtverlängerungsanträge vorlagen. Diese Flächen wären somit nach Richtlinie des Bundesfinanzministeriums inzwischen nach Höchstgebot und nach offener Ausschreibung zu verkaufen, wobei die BVVG nicht daran interessiert ist, vom Flächenentzug betroffene Betriebe in der Existenz zu gefährden. Auch das wurde von Herrn Dr. Müller mehrfach bestätigt und dieses ist im Kurzprotokoll von Herrn Dr. Röhl detailliert nachzulesen.

Meine Damen und Herren der CDU, ich kann nicht umhin festzustellen, dass Sie sich bei den Recherchen für diesen Antrag auf mögliche Einzelfallentscheidungen stützen, die zwar durchaus unterschiedlich zu bewerten sind, aber die Gesamtsituation bei der Flächenvergabe nicht repräsentieren. Es ist ein Antrag mit Fehlern, Ungenauigkeiten und Fehleinschätzungen und wird deshalb von der Fraktion der SPD abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Kühnel.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Timm. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Udo Timm, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ik bin keen Buer, aber verstahn dau ik lütt bäten wat von. Aber, meine Damen vom Protokoll, ich bleibe beim Hochdeutsch.

Ich habe in der vergangenen Woche interessante Gespräche gehabt mit Betriebsleitern von landwirtschaftlichen Betrieben und mit dem Geschäftsführer des Bauernverbandes Rügen. Und, Herr Minister, Sie haben hier vorhin so schnurzig reingehalten: Ziehen Sie mal den Antrag zurück! Ich hau jetzt mal schnurzig dagegen: Fahren Sie mal nach Rügen, reden Sie mit den Leuten!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Frau Peters, auch Ihnen kann ich das nur empfehlen, hier bäten lut twischenräden reikt nich.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Informieren ist die große Sache, mit der man nach vorne kommt.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich will Ihnen mal ein paar kleine Beispiele aus der Praxis erzählen: Drei Betriebe tragen mir vor, Größen 600 bis 1.200 Hektar, sie haben die Kündigung der Flächen von der Landgesellschaft in der Hand, selbst gesehen. Sie haben auf dieser Kündigung vermerkt, dass sie sich am Erwerb dieser Flächen nicht beteiligen dürfen. Das heißt, es steht von vorneherein fest, dass ihre Betriebsgröße kleiner wird. Alle drei sind Diplomagraringenieure, die sehr große sozialistische Landwirtschaftsbetriebe geleitet haben, die ich aus der Vergangenheit sehr gut kenne und die ich als hervorragende Landwirte einschätze. Der eine Betrieb auf Mönchgut – es gibt auf Mönchgut nur einen Landwirtschaftsbetrieb mit ungefähr 600 Hektar – hat eine Kündigung bekommen für 16 Hektar. Diese 16 Hektar liegen in 4 Gemarkungen auf 6 Fluren und auf 29 Flurstücken. Nun frage ich Sie, Herr Minister: Welchen anderen Agrarbetrieb wollen wir mit solchen Flecken beglücken, damit er ein glücklicher Landwirtschaftsbetrieb wird? Ich wüsste keinen und ich nehme an, dass Sie auch keinen sagen können.

Zweitens. Was kommt dabei heraus? Die Organisationsstruktur dieser Betriebe wird gestört, weil ihre Flächeneinheit kaputtgeht.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Als Projektierungsleiter im Meliorationskombinat Rostock habe ich mal auf der Grundlage eines Modellprojektes sehr großen Anteil daran gehabt, dass wir große Fruchtfolge- und Arbeitsschläge in den Landwirtschaftsbetrieben wegen ihrer guten Wirtschaftlichkeit gemacht haben. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Voraussetzungen für gute Agrarbetriebe andere seien. Ich kann mir vorstellen, dass sie nur noch enger geworden sind.

(Beate Mahr, SPD: Die
müssen besser geworden sein.)

Und das nächste Problem, was hinzukommt, ist, dass die einjährige Verpachtung – und ob das nun ein Stück ist oder ob das hundert Stücke sind, das spielt dabei gar keine Rolle – die Betriebswirtschaft dieser Landwirtschaftsbetriebe schlicht und ergreifend stört. Und eine Störung des Betriebes ist immer gleichzusetzen mit finanziellen Ausfällen. Frau Kühnel, Sie sind Landwirtin, Sie wissen das besser als ich zu beurteilen, aber ich nehme an, Sie können mir da beipflichten.

Wir wissen auch für die Tierproduktion – und da kann ich nur wieder von Rügen ausgehen, Frau Kühnel, Sie mögen andere Zahlen haben, was auch völlig normal ist –, auf Rügen ist der Besatz an Rindviechern gegenüber 1990 kleiner als 50 Prozent geworden

(Angelika Peters, SPD: Ach ja?!)

und der Besatz an Schweinen ist kleiner, zehn Prozent, geworden, so dass also das Anliegen, dass unter anderem Betriebe, die in der Tierproduktion nun tätig werden, durch dieses neue Verfahren oder durch die Neuverteilung beziehungsweise Umverteilung begünstigt werden sollen, zumindest auf Rügen nicht zutrifft. Und ich kann mir vorstellen, dass es in anderen Bereichen auch nicht der Fall ist.

Ich habe auch Sorge, dass durch die Umverteilung von Flächen – Frau Kühnel, auch das haben Sie angesprochen – Lohnarbeitsbetriebe wirksam werden, die mit Landwirtschaft, mit natürlichen Standortbedingungen, mit land-

wirtschaftlicher Produktion, mit Natur, Umwelt und Mensch in der Region sehr wenig zu tun haben werden. Und ich will versuchen, eine Brücke zu bauen. Die Landwirte der Insel Rügen haben mit mir in der vergangenen Woche gesprochen und ich habe ihnen empfohlen, setzt euch bitte mit der PDS- und SPD-Fraktion in Verbindung, damit wir wenigstens eine Überweisung dieses Antrages in den Landwirtschaftsausschuss erreichen.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Birgit Schwebs, PDS)

Ich nehme an, auch wenn Sie davon ausgehen, dass er an vielen Stellen schlecht ist, was alles sein muss, Frau Monegel, dann ist es aber doch möglich, sich im Interesse der Sache viele Dinge noch mal zu überlegen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Und wenn schließlich und letztendlich bei der gemeinsamen Behandlung dieses Antrages im Ausschuss herauskommt, dass er wahrhaftig in der Form nicht umsetzbar ist oder dass er das Ziel nicht erreichen kann, dann, glaube ich, werden sich auch die Mitglieder der CDU-Fraktion diesem nicht verschließen. Ich möchte deshalb namens der CDU-Fraktion die Überweisung dieses Antrages in den Landwirtschaftsausschuss beantragen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Timm.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister.

(Zurufe aus dem Plenum: Ohhhh!)

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, es tut mir Leid, aber das kann ich und darf ich nicht einfach im Raum stehen lassen.

Herr Timm, was Sie hier gerade dargestellt haben, muss ich Ihnen sagen, entweder haben Sie eben die ganze Sitzung auch nicht zugehört oder Sie haben vor allen Dingen bei dem Redebeitrag von Frau Kühnel nicht zugehört.

(Angelika Peters, SPD: Es
haben viele nicht zugehört.)

Ich will nur noch mal eins deutlich machen: Die Bodenpolitik, die wir versucht haben umzusetzen, zieht sich wirklich wie ein roter Faden durch die Agrarpolitik. Wir haben versucht, wettbewerbsfähige Unternehmen hier aufzubauen und diese zu stabilisieren und auch den Grund und Boden möglichst gerecht zu verteilen. Dass es hier Disharmonien in diesem Lande gibt, das weiß jeder, das weiß der Bauernverband, das weiß man auch auf Rügen. Im Übrigen bin ich in den letzten Wochen beziehungsweise im ersten halben Jahr mehrfach auf der schönsten und größten deutschen Insel gewesen.

(Angelika Peters, SPD: Mehrfach. –
Wolfgang Riemann, CDU: Schön! Größte nicht!)

Doch.

Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, Sie haben das ja selber schon widerlegt. Wenn ich mir überlege, Sie haben hier angedeutet, auf Rügen soll ein Betrieb von 600 Hektar sein, wo jetzt Landesflächen ausgeschrieben worden sein sollen, da kann ich nur sagen, wir schreiben

keine Flächen zum Verkauf aus. Das Land Mecklenburg-Vorpommern verpachtet nur und es werden keine Flächen zum Verkauf angeboten. Das heißt, Sie müssen das verwechseln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vielleicht verwechseln Sie das, das kann ja auch leicht mal passieren, denn das ist eine komplizierte Materie. Aber ich sage ausdrücklich noch mal, das Land Mecklenburg-Vorpommern verkauft und schreibt keine Flächen zum Verkauf aus, sondern ausdrücklich nur zur langfristigen weiteren Verpachtung. Frau Kühnel hat gesagt, was ein Lohnunternehmen anbetrifft. Das Lohnunternehmen hat in der Vergangenheit 300 Hektar bewirtschaftet. Diese bewirtschaftete Fläche wird jetzt rausgelöst und wird an drei Unternehmenskonzepte gebunden. Damit werden wesentlich mehr Menschen beschäftigt in der Fläche, als das unter dem Lohnunternehmen in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das anders gesehen wird von der CDU.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister Dr. Backhaus, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Timm?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, gleich. Ich bin gleich fertig und dann kann Herr Timm auch gerne fragen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gut.

Minister Dr. Till Backhaus: Und dann das Letzte noch mal. Natürlich ist doch jedem bewusst, wenn Flächen ausgeschrieben werden, entweder zur Verpachtung oder zum Verkauf – ich sage noch mal ausdrücklich, das ist durch die damalige Bundesregierung, durch das ELG und das Treuhandgesetz, ausdrücklich durch die CDU entstanden –, dass von der BVVG die Treuhandflächen verkauft werden müssen, und zwar unverzüglich, und dass wir erkennen müssen, wenn die Betriebe gezwungen werden, die Flächen zu erwerben, dass damit Liquidität aus den Betrieben gezogen wird.

Deswegen habe ich ja immer wieder gesagt und stehe zu der Aussage, ich halte die langfristige Verpachtung für das sicherste Konzept, um Unternehmen in ihrer Struktur zu erhalten und auch Perspektiven aufzuzeigen. Im Übrigen stehen wir in Verhandlungen, in Kontakt und ich hoffe, dass ich da auch weiterkomme. Und ich stehe nach wie vor dazu, dass wir einen Fonds anstreben wollen, einen Landwirtschaftsfonds, und zwar nicht durch das Land Mecklenburg-Vorpommern. Das Geld haben wir nicht zur Verfügung, Frau Holznagel, das müssten Sie auch erkennen und das wissen Sie auch sehr genau. Sondern es geht darum, wie können wir Geld mobilisieren, um Flächen zu erwerben, die dann von der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern angekauft beziehungsweise verwaltet werden. Daran arbeiten wir auch mit dem Ziel, dass die Flächen der landwirtschaftlichen Unternehmen, die in Liquiditätsproblemen stecken, die sie heute bewirtschaften, nicht ohne Sinn und Verstand aus diesen Betrieben herausgezogen werden.

Und eine letzte Zahl, die zeigt, wie leistungsfähig trotz aller Schwierigkeiten die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist: Im letzten Jahr haben 21.000 Hektar den Besitzer gewechselt. Das heißt, hier ist doch ein erheblicher Markt im Gange. Ich glaube, das zeigt auch, dass die Landwirte sehr wohl klug agieren und damit Flächen erwerben beziehungsweise Konzepte schreiben für die Menschen und um letzten Endes auch Geld zu verdienen. So weit vielleicht.

Vizepräsident Andreas Bluhm: So, Herr Minister, gestatten Sie jetzt die Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Timm.

Udo Timm, CDU: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass die Landgesellschaft die Kündigungen, ich sprach nicht von Verkauf, die Kündigungen an die Landwirtschaftsbetriebe mit dem Vermerk betreibt, dass sie sich nicht bewerben können um die Neuverpachtung oder den Ankauf?

Minister Dr. Till Backhaus: Also es ist so und das ist in den Redebeiträgen deutlich geworden: Es gibt eine ganz klare Vereinbarung, einen Erlass, den wir mit der Landgesellschaft vereinbart haben, wie in Fällen zu verfahren ist, in denen die Pachtverträge der Unternehmen auslaufen. Und da ist es so – die Kriterien stehen fest –, entweder haben die Betriebe wenigstens 0,4 Großvieheinheiten pro Hektar oder sie haben zehn Prozent höhere Veredlungsproduktion. Wenn sie die nicht haben – und wahrscheinlich ist das auf Mönchgut so einer, der das nicht hat, nämlich keine arbeitsintensiven Bereiche –, dann wird er die Fläche los, die wird rausgelöst und damit wird ausgeschrieben. Da kann sich der Betrieb auch bewerben, auch der benannte Betrieb. Der muss dann aber nachweisen,

(Angelika Peters, SPD: Er kann nicht so weitermachen wie bisher.)

dass er innerhalb der nächsten drei Jahre, und das habe ich Ihnen versucht zu erklären, investieren möchte, und muss den Nachweis erbringen, dass er das, wozu er sich nun verpflichtet hat, auch umgesetzt hat, ansonsten werden die Flächen wieder rausgelöst. Und natürlich ist es oftmals so, dass das auch kleinere Flächenanteile sind. Aber es ist so, Frau Kühnel hat ja sehr schöne plastische Beispiele genannt, dass Betriebe, die dringend darauf angewiesen sind, weil sie sich erweitern wollen, insbesondere zum Beispiel bei der Schweineproduktion oder in der Gemüseproduktion, zusätzliche Flächen bekommen, damit sie eben nicht in diese gewerbliche Diskussion über gewerblich behaltende Unternehmen rutschen.

Im Übrigen ist das alles mit dem Bauernverband mehrfach, mehrfach diskutiert worden und das Präsidium des Bauernverbandes hat dieser Verpachtungspraxis zugestimmt. Insofern bin ich bestens informiert, was auf Rügen oder auch in anderen Landstrichen unseres Landes los ist.

Es gibt eine Diskussion, die wird es auch weiterhin geben. Und das ist auch noch mal eine wichtige Aussage: An diesen Flächen, und dadurch kommt doch diese Konkurrenzsituation auf, das wissen Sie doch, an diesen Flächen hängen Ausgleichszahlungen, nämlich 343 Euro in diesem Jahr auf dem Ackerland. Und jeder, der ein bisschen rechnen kann, und die Landwirte können das in Mecklenburg-Vorpommern, der möchte natürlich auch die 343 Euro pro Hektar weiter behalten, weil er ansonsten

diese Liquiditätsengpässe noch zusätzlich bekommt. Deswegen kann ich auch verstehen, dass die Landwirte unruhig sind und hoffen, dass sie die Flächen weiter pachten können. Sie können sie weiter pachten, wenn sie das, was wir an Grundlagen geliefert haben, hineininvestieren, dann kann auch der Betrieb auf Mönchgut diese 16 Hektar weiterhin bekommen.

Udo Timm, CDU: Ich bedanke mich für die Antwort.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich danke auch.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1235. Im Rahmen der Debatte ist von Seiten der CDU-Fraktion die Überweisung in den Landwirtschaftsausschuss beantragt worden. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag nicht gefolgt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1235 in der Sache. Wer dem vorliegenden Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/1235 bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir sind damit am Schluss der heutigen Sitzung. Mit großem ehrenamtlichen Engagement ist es gelungen, die Großwetterlage zu verbessern,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

so dass um 16.00 Uhr vor der Bühne zur Liebesinsel die Eröffnung des Sommerfestes stattfinden kann, zu der ja alle Abgeordneten eingeladen sind. Also, die Liebesinsel, wer das nicht weiß, das ist im Schlossgarten das kleine niedliche Eiland mit der Bank.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 24. Juni 2004, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.41 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Michael Ankermann, Sylvia Bretschneider, Ilka Lochner-Borst, Frank Ronald Lohse, Bernd Schubert, Dr. Margret Seemann, Gesine Skrzepski und Dr. Henning von Storch.

Namentliche Abstimmung

über die geänderte Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 4/1246 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Dankert, Reinhard
Friedrich, Holger
Heydorn, Jörg
Keler, Sigrid
Krumbholz, Bodo
Kühnel, Lilly
Mohr, Klaus
Monegel, Hannelore
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin
Volland, Angelika
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
Bluhm, Andreas
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Neumann, Karsten
Ritter, Peter
Schmidt, Karin
Schulz, Gabriele
Schwebs, Birgit
Walther, Gerd
Wien, Alexa

Neinstimmen

SPD

Brodkorb, Mathias
Frieze, Siegfried
Jarchow, Hans-Heinrich

CDU

Dr. Born, Ulrich
Brick, Martin
Caffier, Lorenz
Fiedler-Wilhelm, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Petters, Andreas
Prachtl, Rainer
Renz, Torsten
Riemann, Wolfgang
Ringuth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Strenz, Karin
Thomas, Reinhardt
Timm, Udo
Vierkant, Jörg

Enthaltungen

SPD

Dr. Körner, Klaus-Michael
Mahr, Beate
Dr. Timm, Gottfried

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	61
Gültige Stimmen	61
Jastimmen.....	36
Neinstimmen	22
Enthaltungen	3